

Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aundfun“, „Sozialistische Literatur-Bundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugpreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Bismarckstr. 4/6, durch die Geschäftsstellen der „Volksrecht“, Neue Graupenstraße Nr. 6 und Neue Poststraße 11, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugpreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rml. monatlich 2,76 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rml. Durch die Post einschl. Belegungsgebühren 2,46 Rml.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Verantwortl. Anstalt: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Siebengeheute, Vereine, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf. das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Bismarckstr. 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Anverlangt eingelebte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Der Polizei ausgeliefert.

Die Zentrale der kommunistischen Partei verriet Urbahns an die Polizei. — Man steht vor einem Abgrund menschlicher Gemeinheit.

Vielfach glaubt man, daß die Kommunisten nur einen Feind kennen, die Sozialdemokratie. Das ist aber nicht richtig. Es gibt für sie noch einen anderen Feind, den sie mit derselben Verbissenheit und fanatischen Mut bekämpfen, und das sind die Kommunisten der jeweils anderen Richtung. In Rußland, wo der Kommunismus regiert, werden die Kommunisten der anderen Richtung, wie Trozki und Kadel, mit Gewalt mundtot gemacht und nach Sibirien geschickt. In Deutschland, wo man noch nicht so weit ist, hilft man sich mit kleineren Mitteln, so z. B. mit den sogenannten „faschistischen Prügelmethoden“, über deren Anwendung durch die Rechte sich die Presse der Linken täglich beklagt. Täglich wird da erzählt, wie linke Kommunisten oder, wie sie sich selber nennen, Leninisten von Stalinisten niedergeschlagen und bis zur Bewußtlosigkeit gedrückt werden.

Mag in diesen Schilderungen auch eine gewisse Übertreibung stecken, so sind sie doch sicher nicht so ganz erfunden, wie die Schauergerichten von „Kollkommandos des Reichsbanners“, die die „Rote Fahne“ ihren Lesern täglich aufzählt. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß wüste Schlägereien zwischen Kommunisten verschiedener Richtung an der Tagesordnung sind. — Weit darüber hinaus reicht jedoch eine Angelegenheit, die schon vor längerer Zeit im „Vorwärts“ berührt wurde, jetzt aber von dem offiziellen Organ der linken Kommunisten, dem in Suhl erscheinenden „Volkswillen“, wieder aufgerollt wird. Es handelt sich um nichts mehr und nichts weniger als um die Beschuldigung,

daß die kommunistische Parteileitung oppositionelle Kommunisten, um sie unschädlich zu machen, der Polizei denunziert!

Die Behauptung, daß dies in einem eklatanten Fall tatsächlich geschehen ist, wird vom „Volkswillen“ jetzt in aller Form aufgestellt. Es handelt sich dabei um den Organisator des Hamburger Oktober-Aufstandes, Urbahns, der, was beachtet werden muß, zur Zeit, als jener Vorgang spielte, noch nicht aus der Partei ausgeschlossen, sondern ihr vollberechtigtes Mitglied und Abgeordneter der offiziellen kommunistischen Reichstagsfraktion war. Ueber die Abenteuer dieses einst in der KPD hoch gefeierten revolutionären Führers weiß der „Volkswillen“ folgendes zu erzählen:

Genosse Urbahns erhielt im Herbst 1926 die Aufforderung, sofort zur letzten erweiterten Exekutive zu kommen. Er besiente sich eines illegalen Passes.

Eine Bierzehntunde nach Abreise aus Berlin erhielt das Berliner Polizeipräsidium von einem Angestellten des Zentralkomitees der KPD, die telefonische Mitteilung, daß Genosse Urbahns auf den Namen Janbdo unterwegs nach Moskau sei.

Das Zentralkomitee hatte ein Interesse, diese Reise zu vereiteln und schreckte nicht vor der Lumperei der

Denunziation bei der Polizei

zurück. Der Erfolg blieb nicht aus. An der Grenze wurde unser Genosse verhaftet. Später wurde er zu 20 Tagen Gefängnis oder 400 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Zentralkomitee der KPD meigerte sich, die 400 Mark zu zahlen, obwohl die Frage im Auftrag der Exekutive unternommen wurde, und verhaftet somit Genossen Urbahns zu seinen 6 Jahren Festung noch zu weiteren 20 Tagen Gefängnis.

Somit das offizielle Organ des Leninbundes. Wenn seine Angaben stimmen, dann steht man hier allerdings vor einem Abgrund menschlicher Gemeinheit, in dessen Tiefe kein Sentiment reicht. Urbahns war, wie gesagt, damals noch Mitglied der KPD, stand aber schon im Kampfe gegen die offizielle herrschende Richtung. Deshalb wurde er vor die Leitung der 3. Internationale nach Moskau berufen. Das Zentralkomitee der KPD fürchtete jedoch den Eindruck, den Urbahns in Moskau machen würde, es fürchtete die räumlichen Zugänge, die er der Exekutive überbringen konnte, und deshalb bereitete es — wenn man dem „Volkswillen“ glauben darf — die Absicht der Exekutive, Urbahns anzuhören, mit Hilfe der preußischen Polizei! Die Polizei mußte natürlich pflichtgemäß einschreiten, sobald ihr die Mitteilung wurde, daß ein Reisender die Grenze mit einem falschen Paß überschreiten wollte — daß sie dabei als Instrument im kommunistischen Richtungstempel mißbraucht wurde, dürfte ihr selbst unbekannt geblieben sein.

Woher sonst der Polizei die Kunde von dem falschen Paß des Abg. Urbahns gekommen sein könnte, ist durchaus rätselhaft. Denn die Reise wurde mit dem Schleier des strengsten Geheimnisses umgeben, nur drei Mitglieder des kommunistischen Zentralkomitees wußten von ihr und kannten den falschen Namen, unter dem Urbahns über die Grenze gehen sollte.

Die schwere Beschuldigung gegen das kommunistische Zentralkomitee, einen mißliebigen Parteigenossen der Polizei denunziert zu haben, wird wohl gemerkt nicht von uns erhoben, sondern von Personen, die vor wenigen Jahren noch selber die Führung der

Kommunistischen Partei in Händen hatten. Sie wird von den Leuten erhoben, die bei der letzten Reichstagswahl als Kommunisten in den Reichstag gewählt wurden, also in der Kommunistischen Partei das höchste Vertrauen genossen. So zeigt dieser Fall zum mindesten das eine ganz klar und deutlich:

Wie führende Kommunisten über einander denken, und was sie sich gegenseitig zutrauen.

Wenn die „Rote Fahne“ neulich selbst in Zusammenhang mit den kommunistischen Richtungskämpfen von „Fäulnis“, „Zerfegung“ und „Gestank“ sprach, so hat sie ausnahmsweise einmal das Richtige getroffen — nur darin irrt sie, daß sie Fäulnis, Zerfegung und Gestank nur auf der einen Seite, bei der kommunistischen Führergarnitur von gestern bemerkt. Heute erzählt die „Rote Fahne“, daß die Leute, die vor dreieinhalb Jahren auf ihren Rat in den Reichstag gewählt wurden, Judas, Verräter und schmutzige Verleumder sind. Aber die moralische Zerfegung hat nicht nur eine Richtung, sondern die ganze kommunistische Bewegung erfasst. Die Arbeiter, die sich diesmal trotz aller üblen Erfahrungen noch einmal verleiten lassen, nach dem Rat der „Fahne“ zu wählen, werden bald mit Entsetzen bemerken, was sie damit angerichtet haben!

Der ausgepiffene Hugenberg.

Bielefeld, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die beiden Spitzenkandidaten der Deutschnationalen im Wahlkreis Westfalen-Nord, Hugenberg und Treviranus, hielten am Mittwoch in Bielefeld eine deutschnationale Wählerversammlung ab. Der Versammlungssaal war überfüllt — aber nicht mit Anhängern der Deutschnationalen! Die Opposition war größer als der deutschnationale Anhang. Sie setzte sich aus dem Jungdeutschen Orden, den Inflationsschädigsten, dem Reichsbanner und den Sozialdemokraten zusammen. Es war eine große Abrechnung mit Hugenberg! Er wurde mit einem Hagel von Zwischenrufen überschüttet und geriet dadurch so in Verwirrung, daß er minutenlang stehen blieb und verlegen in seinen Papieren blätterte.

Die schärfste Auseinandersetzung erfolgte zwischen den Jungdeutschen und Hugenberg. Für den Jungdeutschen Orden sprach ein Herr Helmers aus Berlin, der Hugenberg sehr peinliche Fragen über seine Kongerne vorlegte. Hugenberg antwortete ausweichend, dabei aber so provokatorisch und verbissen, daß es zu fortgesetzten Entrüstungstürmen in der Versammlung kam. Die Auseinandersetzungen griffen selbst auf den deutschnationalen Vorstandstisch über, sie wurden so heftig, daß Herr Helmers dem deutschnationalen Parteisekretär am Vorstandstisch eine Ohrfeige anbot.

Niederlage der polnischen Regierung im Verfassungsauspruch des Sejms.

Berlin, 10. Mai. In dem schon seit Monaten währenden Streit zwischen Landtag und Regierung, ob der Sejm das Recht habe, Dekrete des Staatspräsidenten mittels einfacher Beschlußes abzuheben, während die Regierung auf dem Standpunkt steht, daß hierzu ein eigens vom Sejm und Senat verabschiedetes Gesetz notwendig sei, wurde gestern im Vereinigten Rechts- und Verfassungsauspruch des Landtages ein wichtiger Beschluß gefaßt. Dem Antrag des Berichterstatters des Sozialdemokraten Liebermann, daß Verordnungen des Präsidenten durch den Sejm kassiert werden könnten, wurde mit 19 gegen 12 Stimmen stattgegeben, während ein entgegengesetzter Antrag eines Abgeordneten des Regierungsbunds verworfen wurde.

Ein hereingefallener Muder.

Frankfurt a. M., 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am 15. Oktober a. V. veröffentlichte die Frankfurter „Volksstimme“ ein Feuilleton „Die Sintflut“, das einem von der tschechoslowakischen Sozialdemokratie herausgegebenen Buche entnommen war. „Die Sintflut“ ist eine Parodie auf die Koch-Legende. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Baum, der von dem Autor erfunden wurde, stellte bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag wegen Gotteslästerung. Der verantwortliche Redakteur der „Volksstimme“ mußte sich jetzt wegen dieses Politikers vor dem erweiterten Schöffengericht verantworten. Der Staatsanwalt jagt in dem Artikel die religiösen Gefühle Andersdenkender verletzt und beantragte außerdem wegen Gotteslästerung eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Das Gericht sprach jedoch den Angeklagten auf Kosten der Staatskasse frei.

Nochmals: Die „Bruderpartei“.

Von Paul Löbe.

Mein Ruf gegen die Selbsterleischung im Wahlkampf hat ein so lebhaftes Echo bei den Arbeitern beider Lager gefunden, daß sich einer der Unberufenen, der frühere Monarchist Dr. Neubauer-Düsseldorf, zu einer Rechtfertigung gedrängt fühlt. Da er mich darin persönlich anredet, sei ihm mit Vergnügen die Antwort erteilt.

Herr Dr. Neubauer beginnt mit einer Behauptung, von deren Unwahrheit er selbst überzeugt sein muß, auch nach der verhältnismäßig kurzen Zeit, die er als Kommunist mein Wirken beobachtet kann. Er sagt:

„Warum haben Sie, der Sie doch für jeden Bürgerlichen sehr zugänglich sind, wenn er ein Anliegen an Sie hat, warum haben Sie stets es abgelehnt, die Arbeiter und Arbeiterinnen zu empfangen, die in irgend einer Sache von einer Belegschaft oder von den Erwerbslosen oder sonst irgend einer nichtsozialdemokratischen Organisation in den Reichstag gefandt waren, um dort bei den Parteivertretern ihre Anliegen vorzubringen?“

Mit Verlaub, Herr Doktor, diese Behauptung ist glatt unwahr. Die Amtsdienere im Reichstag sind Zeuge davon, daß ich in den acht Jahren meiner Amtszeit Hunderte von Erwerbslosen und ähnlichen Bittstellern, einzeln und in Deputationen, aus allen Lagern empfangen und ausgedehnte Besprechungen mit ihnen gepflogen habe.

Der auffälligste Fall, der mir in Erinnerung ist, ist folgender: Die kommunistische Parteileitung hatte eine Konferenz der Erwerbslosenräte in den Reichstag einberufen, ohne daß die Verwaltung des Hauses überhaupt von dieser Veranstaltung unterrichtet war. Als die Stunde der Konferenz anbrach, war kein kommunistischer Abgeordneter im Hause. Die am Portal 5 des Reichstages sich Einfindenden konnten also keinem kommunistischen Abgeordneten gemeldet werden, weil keiner da war. Der Portier, der Zusammenfüße der Versammelten mit der Polizeiwache befürchtete, da man sich in der Banneile befand, schickte zu mir um Rat, was er mit den Leuten anfangen sollte. Ich ließ die Erwerbslosenräte aus dem ganzen Reich, es mögen 50 bis 60 gewesen sein, in ein Zimmer des Reichstages führen, ging dort zu ihnen, stellte ihnen vor, daß niemand von den Kommunisten anwesend sei und ließ mich von ihren Anliegen unterrichten. Ich erinnere mich dieses besonderen Falles deutlich, da ich den Enttäuschten gerade eine Kiste Zigarren herumreichen ließ, als endlich der von mir herbeigerufene Herr Koenen erschien und zugeben mußte, daß er die Arbeiter ins Haus bestellt hatte, ohne daß überhaupt jemand anwesend war. Auf meine Bitte sind dann erst kommunistische Unterhändler erschienen.

So klöbig die erste Unwahrheit von der Verweigerung der Empfänge ist, so unwahr ist auch der ganze übrige Inhalt des Artikels. Ich muß das etwas deutlich sagen, Herr Neubauer, denn Sie stellen die weitere Behauptung auf, daß Sie

„beim besten Willen keinen einzigen Fall entdecken können, wo Sie (Löbe) oder einer Ihrer Parteifreunde den Kommunisten gegenüber irgend so etwas wie Brüderlichkeit an den Tag gelegt hätten“.

Es ist Ihnen aber ebenso gut wie Ihrer Fraktionsleitung bekannt, wie oft ich es gerade erreicht habe, daß verfolgte Abgeordnete Ihrer Fraktion von polizeilichen und gerichtlichen Zugriffen bewahrt blieben durch meine rasche Herbeiführung des Immunitätenschutzes und durch andere Maßnahmen, die sich bis in die letzten Tage des Reichstages erstreckten. Wenn Sie es nicht wissen sollten, dann fragen Sie die Herren Höllein, Stöder, Torgler, die Ihnen Beisaid geben können. Warum haben jetzt erst wieder Max Höls und Bela Kun die Hilfe des sozialdemokratischen Bruders Dr. Rosenfeld erbeten, statt eines kommunistischen Anwalts? Aus Mißtrauen gegen die Brüderlichkeit? Das ist also die zweite Unwahrheit.

Sie wollen sich, Herr Dr. Neubauer, über die Spaltungspolitik der Sozialdemokratie bei den Arbeitern beklagen, die Sie nicht einmal die Kommunisten zusammenhalten können! Die Sie fünfzehn Mann, also ein volles Drittel Ihrer Fraktion, als Verräter ausgeschlachten haben! Fünfzehn Verräter unter denjenigen, denen die kommunistischen Wähler vor vier Jahren ihr Vertrauen bezeugen mußten! Ist so etwas überhaupt je in der Geschichte der Parteien dagewesen? Wissen Sie selbst, ob Sie über vier Jahre noch der herrschenden Richtung des Kommunismus angehören dürfen oder ob Sie bis dahin nicht selbst gespalten worden sind? Wissen Sie nicht, daß kommunistische Abgeordnete sich gegenseitig vor den Sitzungstüren des Reichstages ihre Einigkeit mit Dutzenden dokumentierten, wie Herr Schlagewerth und Herr Pfeiffer, und Sie wollen sich über andere Spaltungsvorfälle beklagen? Sie wagen weiter zu behaupten, Sozialdemokraten hätten nie gegen Zentrum und Volkspartei gekämpft! Abgesehen davon, daß ich das in jeder meiner Versammlungen tue, beweisen nicht Duzende von Protokollen des

Reichstags, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten scharf gegen die Volkspartei und das Zentrum, wo es arbeiterfeindlich handelte, vorgegangen sind: beim Zoll, beim Arbeitszeit-Gesetz, bei unzähligen anderen Vorlagen? Was haben Sie in allen diesen Fällen mehr getan als wir? Vielleicht ein paar Schimpfwörter mehr in die Reden verwoben; aber die erhöhten weder die Angriffskraft, noch den Erfolg.

Sie fragen, ob die Kommunisten mit den Klassenfeinden der Arbeiter jemals Kompromisse gesucht haben? O ja, haben geschlossen sie das Bündnis mit den Deutschnationalen wegen Annaherung der Gememörder.

Aber, wenn Sie uns unter gelegentliches Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien zum Vorwurf machen, wissen Sie nicht, daß die von Ihnen abgeschalteten kommunistischen Abgeordneten Urbahns, Scholten, Ruth Fischer Ihnen selbst den gleichen Vorwurf machen? Daß sie die russischen Kommunisten wegen des Votierens mit dem westeuropäischen Kapitalismus anklagen und ihnen den Vorwurf der Unterfütterung und Liebedienerei bei dieser Politik machen?

Alle Ihre Vorwürfe gehen also daneben oder aber sie werden Ihnen selbst von den weiter links stehenden Kommunisten gemacht.

Vorwärts aber kommt es im Wahlkampf an?

Sozialdemokraten und Kommunisten hatten im alten Reichstag 175 Mandate. Es kann doch auch von Ihrem Standpunkte aus die politische Lage nicht verbessern, wenn sich die Zahl unter uns selbst vermindert und drüber 300 Abgeordnete der bürgerlichen Parteien unangestastet bleiben!

Deshalb wird unter Kampf geführt, um aus den einhundertfünfundsechzig möglicherweise zweihundert und fünfzig zu machen, weil die Abstimmungen über Arbeiterfragen dann günstiger ausfallen als jetzt; denn Sie wissen ja so gut wie ich, wie oft die beiden Linksparteien allein gegen die anderen standen!

Ihr Kampf gegen die Sozialdemokratie hat aber nicht zur Folge, daß die Zahl der bürgerlichen Abgeordneten sich vermindert, sondern könnte, wenn es nach Ihnen ginge, nur den Erfolg haben, daß sich einige Kommunisten mehr statt der bisherigen Sozialdemokraten im neuen Reichstag befinden. An dem Kräfteverhältnis zwischen Kapitalismus und Arbeit aber hätte sich nichts geändert, und deshalb ist es eine Verminderung der Kraft der Arbeiterklasse, die Ihr Kampf gegen die Sozialdemokratie bedeutet — zum Glück wird er nach meinen Erfahrungen in den größten Teilen Deutschlands keinen Erfolg haben.

Seien Sie versichert, Herr Neubauer, der Abend des Wahltages wird Ihnen das Resultat dieser Auseinandersetzung bringen.

Die Sozialdemokratie wird, wie bisher, die große, gewaltige Millionenschare der deutschen Arbeiter um ihre Fahnen sammeln und wird ihre Abgeordneten erheblich vermehren, und daneben wird, einflußlos wie bisher, trotzen die kleine Gruppe der Unbeschreiblichen, die ihre Kraft im Bruderkampf vergeudet hat.

Die Japaner erobern Tsinanfu.

Nach mehrstündiger schwerer Beschließung der Stadt.

Die Japaner haben den von Südhinesen besetzten Teil von Tsinanfu durch mehrstündige schwere Beschließung in ihre Gewalt gebracht und eine Sieben-Meilen-Zone an der Schantung-Bahn samt der Brücke über den Selben Fluß besetzt. Die Zahl der Opfer der Beschließung ist noch nicht bekannt. Nach japanischer Meldung sollen die 7000 Südhinesen bei Tsinanfu schon beim Erscheinen japanischer Flugzeuge sich ergeben und die Waffen abgeliefert haben. Die Japaner selbst geben an bei den Kämpfen in Tsinanfu 150 Chinesen getötet zu haben. Während die japanische Regierung in London und Washington versichern läßt, daß sie in China nichts weiter wolle als Leben und Eigentum der Japaner zu schützen, bereitet sie die Ueberföhrung der Kasoga-Division vor.

Tschangtschajin erklärt in einer Proklamation, entgegen dem fremden Einfall, den Kampf einzustellen. Eine Vereinigung Nordjüd gegen Japan scheint bevorzustehen.

Tschiangkai-schek scheint in Schantung den japanischen Truppen ausweichen zu wollen. Die Erbitterung der Chinesen im Jangtsetal steigt von Stunde zu Stunde.

jedoch Japaner-Pogrome erwartet werden. Die japanischen kaufmännischen Verbände fordern von der Regierung kraftvolles Vorgehen. Die oppositionelle Minseito-Partei hat beschlossen, ihren Kampf gegen die China-Politik der Regierung vorläufig zurückzustellen.

Schwere chinesische Verluste in Tsinanfu.

London, 11. Mai. In Peking eingegangene amtliche japanische Mitteilungen bestätigen die gestrigen Privatberichte, wonach 300 Mann japanischer Infanterie etwa sieben Meilen östlich von Tsinanfu durch eine 5000 Mann starke Abteilung chinesischer Südruppen angegriffen wurden. Die letzteren wurden zurückgeschlagen und zogen sich unter Hinterlassung von etwa 300 Toten zurück. Die japanischen Verluste werden mit etwa zwanzig Toten angegeben.

Die chinesische Presse veröffentlicht weitere Berichte aus Tsinanfu, wonach General Tschiangkai-schek seinen Posten als Oberbefehlshaber der südhinesischen Armeen aufgeben will und durch General Fung ersetzt werden soll, während General Szwang Ju, der gegenwärtige Nanjingener Außenminister, durch Wang ersetzt werden soll.

Das japanische Kriegsministerium teilt nach Tokioer Meldungen mit, daß in der am Dienstag durchgeführten Säuberungsaktion in den Vororten von Tsinanfu vier japanische Soldaten getötet und 22 verwundet wurden. Überall sind die chinesischen Truppen hinter die vom japanischen Befehlshaber festgelegten Grenzen in sieben Meilen Umkreis von Tsinanfu zurückgedrückt worden.

Der japanische Botschafter erneut bei Kellogg.

Tokio, 10. Mai. Aus Tokio wird gemeldet, daß nach Angaben des Außenministeriums gestern eine Besprechung zwischen Kellogg und dem japanischen Botschafter Masudaira stattgefunden habe. In japanischen amtlichen Kreisen heißt es, daß die Besprechung die Ereignisse in China zum Gegenstand hatte. Die amerikanische Regierung wolle Gewähr dafür haben, daß Japan die Schantungprovinz nicht einverleibt und den Washingtoner Vertrag voll einhält. Der japanische Außenminister hat sich gegen die Verschärfung des Völkerbundes mit den chinesisch-japanischen Zwischenfällen ausgesprochen. Die Behandlung dieser Angelegenheit im Völkerbund könne nicht ohne Auswirkung auf das Verhalten Japans gegenüber dem Völkerbunde bleiben. Die japanische Regierung hat ihren Vertreter beim Völkerbund Sigmura entsprechende Anweisungen erteilt.

Paris, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die chinesische Gesandtschaft hat am Donnerstagabend ein Telegramm aus Peking veröffentlicht, in dem es heißt, daß die Pekingener Regierung ihren Truppen befohlen habe, auf der ganzen Linie die Feindseligkeiten einzustellen. Der Lauf der Innenpolitik Chinas werde künftig von dem Urteil des chinesischen Volkes abhängen, dessen Meinung allein ausschlaggebend sein solle.

England und der Friedenspakt.

Große außerpolitische Aussprache im englischen Unterhaus.

London, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die große außerpolitische Aussprache im Unterhaus, in deren Mittelpunkt die Vorgänge in Ägypten und die Stellung Großbritanniens zu den Kelloggischen Vorschlägen zur Beendigung des Krieges standen, wurde am Donnerstag mit einer Rede des Führers der Arbeiterpartei, Ramsay MacDonald, eingeleitet. MacDonald sprach zunächst auf die anglo-ägyptische Krise eingehend, sein Bedauern über den Tod der jüngsten britischen Noten in Ägypten aus und kritisierte die von der Regierung in diesen Noten vertretene Auffassung, wonach Großbritannien die Vereinbarungen von 1922 nicht zum Gegenstand von Erörterungen mit Ägypten machen könne. England sei im Gegenteil hierzu geradezu verpflichtet. Nichts, was sich in den letzten sechs Jahren ereignet hätte, könne eine Verweigerung, hierüber mit Ägypten zu verhandeln, rechtfertigen.

Sich den Vorschlägen des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg zuwendend, bemerkte MacDonald zunächst, daß jeder Staatsmann, der sich in den jüngsten Jahren mit Friedensplänen beschäftigt habe, einem wahren Rattenkönig von Befürchtungen, Verdächtigungen und Vorurteilen ausgelegt gewesen sei. Kellogg sei nunmehr mit einem äußerst einfachen Vorschlag vor die Welt getreten. Dieser Vorschlag sei so einfach, daß er zunächst vielen Leuten verdächtig vorgekommen sei. Die englische Antwort auf die Kelloggischen Vorschläge würde einen bedeutenden Einfluß auf die englisch-amerikanischen Beziehungen haben, die zurzeit nicht die allerbesten wären. Es könnte vielleicht gesagt werden, daß die Unterzeichnung eines Paktes wie des von Kellogg vorgeschlagenen, Kriege nicht verhindern werde. Darüber sei heute Endgültiges nicht zu sagen. Was jedoch schon jetzt

gesagt werden könnte, sei, daß im Falle des Abschlusses eines solchen Paktes mit Kriegsdrohungen von den großen Nationen und der internationalen Diplomatie nicht mehr zu erwarten werden können. Ein solcher Pakt werde Amerika näher als bisher an die praktischen Probleme der europäischen Politik heranrücken. MacDonald gab schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß der Außenminister in der Lage sein werde, Ausführungen zu machen, die zu einer Verbesserung der anglo-ägyptischen Beziehungen beitragen würden.

Chamberlain, der sofort nach MacDonalds Rede sprach, polemisierte zunächst gegen seinen Vorredner über dessen Auffassung zu der anglo-ägyptischen Lage. Er betonte, daß nicht die zukünftigen Verhandlungen mit Ägypten im Wege stünde. Kelloggs Vorschläge eingehend, betonte Chamberlain, sie seien von größerem Interesse und größerer Wichtigkeit als die ägyptische Krise. „Ich brauche“, so fuhr der britische Außenminister fort, kaum zu wiederholen, daß die britische Regierung die Initiative der Vereinigten Staaten war zu begrüßen. Ich will heute noch weiter gehen und sagen, daß wir diese Vorschläge nicht nur willkommen heißen haben, wir hoffen sogar, daß sie zu einem erfolgreichen Abschluß führen und ein wirklicher Beitrag zum Frieden der Welt werden. Auf die Frage eingehend, warum sich die britische Antwort auf Kellogg so sehr verzögere, stellte Chamberlain fest, daß die britische Regierung zunächst noch mit den Dominien verhandeln müsse. Die britische Regierung wünsche, daß alle Mitglieder des englischen Reiches einige dieser Abmachungen unterzeichnen werden. Sobald die Antworten der Dominien eingetroffen seien, hoffe die britische Regierung, ihre Antwort abliefern zu können.

Chamberlain schloß mit der Feststellung, daß die britische Regierung den Abschluß eines derartigen Paktes wie des von Kellogg vorgeschlagenen wünsche und Großbritannien bereit sein werde, mit den interessierten Regierungen die erforderlichen Verhandlungen aufzunehmen. — Das Haus nahm die Ausführungen Chamberlains mit allgemeinem Beifall entgegen.

Amnestie für die politischen Gefangenen in Polen.

Warschau, 10. Mai. Nach einer Mitteilung des Justizministers in der Mittwochsitzung des Reichsaussschusses des Sejm bereitet die polnische Regierung gegenwärtig ein Amnestiegesetz für die politischen Gefangenen in Polen vor. Der Minister hat daher, mit der Beratung über einen diesbezüglichen Antrag der Ukrainer und der Sozialisten bis zur Veröffentlichung dieses Gesetzes zu warten, das in der nächsten Sitzung des polnischen Ministerrates zur Beratung kommen soll.

Das Verfahren

gegen die russischen Emigranten in Polen.

Warschau, 10. Mai. Das Untersuchungsverfahren gegen die russischen Emigranten in Polen wird fortgesetzt. Die Verhafteten, die größtenteils in Einzelzellen untergebracht sind, werden täglich verhört. Wie mitgeteilt wird, wird Rechtsanwalt Niedzielski, der seinerzeit auch Rechtsanwalt verteidigte, die Verteidigung Wojciechowski, der den Revolveranschlag auf den Leiter der russischen Handelsvertretung unternahm, und der übrigen Angeklagten übernehmen.

Ausschluß des Führers der ukrainischen Kommunisten aus der Partei.

Kowno, 10. Mai. Aus Moskau wird gemeldet, daß das Zentralkomitee der ukrainischen Kommunistischen Partei den Leiter der nationalen ukrainischen Gruppe, Maximowitsch, ausgeschlossen habe, da er sich wiederholt gegen die Diktatur Stalins in der Ukraine ausgesprochen hat. Maximowitsch wurde nach Astrachan verbannt.

Der Prätendent verspricht brav zu sein.

Er muß aber doch gehen.

Prinz Carol hatte, wie aus London berichtet wird, dem englischen Innenminister die Zusicherung angeboten, sich während seines Aufenthalts in England in Zukunft jeder politischen Aktivität zu enthalten. Er hoffte dadurch die Zurücknahme seines Ausweisungsbefehls zu erreichen. Der Innenminister hat am Donnerstag im Parlament erklärt, daß er und der Außenminister nicht in der Lage seien, diese Versicherung anzunehmen und daß er hoffe, daß Prinz Carol bis spätestens Montag das Land verlassen haben werde.

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.

Copyright 1927 by Wolff-Verlag G. S., Berlin W. 50.

1927

(Nachdruck verboten.)

„Ich weiß es, Vater, aber das war ein Fehler, es ist anders ausgefallen, als du erwartest hast. Wenn einem jungen Menschen alles zu leicht gemacht wurde, wird er weich und hat keinen eigenen Willen. Ich weiß, was das für mich getan hat, bin dir dankbar, aber ich muß für eine Zeitlang etwas anderes versuchen.“

„Kannst du bei der Leitung der Petroleumindustrie nichts finden, das dir schwer genug erscheint?“

„Ich könnte es vielleicht, wenn ich sie tatsächlich leiten dürfte. Aber du weißt doch, das geht nicht. Sie gehört dir, und selbst wenn du sie mir schenken wollest, würden Berne und die Unternehmervereinigung mir nicht gestatten, das zu tun, was ich will. Nein, Vater, bei der Petroleumindustrie ist nichts für mich in der Deutung, und ich kann an diesem Spiel nicht teilnehmen. Ich will fortgehen und selbständig etwas unternehmen.“

„Wirst du allein gehen?“

„Einer meiner Bekannten hat die gleiche Idee, wir wollen zusammen gehen; Gregor Nikolajew.“

„Der Klasse! Kannst du denn nicht einen Amerikaner finden?“

„Zufälligerweise interessiert sich kein Amerikaner dafür.“

„Eine lange Pause trat ein. Schließlich fragte der Vater: „Hast du dein Ernst?“

„Ja, Vater, ich werde es tun.“

„Du weißt, mein Sohn, daß es in der Ölindustrie weißes Gold heißt. Da werden viele Arbeiter verlegt, oft sogar weiche getötet.“

„Ja, das ist es ja gerade!“

„Es ist sehr bitter für einen Vater, der nur einen Sohn hat, auf den er alle seine Hoffnungen setzt. Du weißt, daß ich viel an dich gebacht habe, da warst die Hauptstütze, weshalb ich so hart arbeite.“

„Ich weiß, Vater, daß ich nicht, das hätte mit meinen Kameraden gemacht. Aber ich kann nicht anders.“

„Eine weitere Pause, dann: „Hast du auch an Bi gebacht?“

„Ja.“
„Hast du es ihr gesagt?“
„Nein, ich hab es immer wieder hinaus, genau wie bei dir. Ich weiß, sie wird es nicht ertragen — ich werde sie verheiraten.“

„Ein Mensch sollte es sich lang überlegen, ehe er auf diese Art sein Glück forwirbt, mein Sohn.“

„Ich habe es gründlich überlegt. Aber ich kann nicht mein ganzes Leben auf die Ölindustrie zubringen. Ich würde im Luxus ertrinken. Ich muß meiner Ueberzeugung folgen. Ich will den Scheitern heißen, und dazu muß ich erst wissen, was sie fühlen.“

„Du sprichst wie ein Arbeiter, mein Sohn, das heißt, wie ein Vater.“

„Vielleicht kommt es dir so vor, Vater, die Kloten finden es nicht.“

„Heutiges Schweigen. Dem Vater gingen die Worte aus: „Ich habe in meinem ganzen Leben noch nie so etwas gehört!“

„Es ist eine uralte Idee, wenigstens zweitausendvierhundert Jahre alt.“ Und Bunny erzählte dem Vater von dem jungen Prinzen Siddharta im fernem Indien, den die westliche Welt als Buddha kennt, wie er auf sein Land und seine Schätze verzichtete und als Bettler umherwanderte, um eine Wahrheit zu finden, die am Hofe unbekannt war.

„Als Bunny auf dem Gesicht des Vaters einen völlig verblüfften Ausdruck bemerkte, sagte er: „Was wäre dir lieber, Vater, wenn ich Buddha wäre, oder Rockefeller?“

Die Frage konnte der Vater wirklich nicht beantworten.

XI.

„In unserem Jahrhundert wurde der Welt durch die Wissenschaft ein neues Universum erschlossen: das Unterbewußtsein, von dem viele seltsame Dinge berichtet werden. Das Unterbewußtsein will unheimlich den eigenen Willen durchsetzen, bietet man ihm Trost, so läßt es sich bismitteln, indem es den Körper krank macht. Es erweist zum Beispiel eine eifersüchtige Frau einen Kennzeichenanstand und schickt auf diese Weise die Aufmerksamkeit des Mannes. Derartige seltsame Phänomene gibt es in großer Zahl. Da jedoch die uralte Lehre nicht mit der der Katholiken übereinstimmt, war sie noch nicht nach Südamerika gebracht. Bunny aber hat nicht, was es bedeutet, als der Vater gleich nach den Prinzen an einer Infirma erkrankte. Selbstver-

ständlich mußte Bunny seine Abreise mit Gregor Nikolajew verschieben, er hatte ja nun daheim Sorgen genug. Ein paar Tage lang schwebte der alte Mann in Lebensgefahr, und Bunny verging in Reue — ganz wie Bernon Koscoe es prophezeit hatte. Außerdem heftigte ihn der Gedanke, vielleicht alle Millionen des Vaters übernehmen zu müssen.

Der alte Mann genas, doch blieb er schwach und hilflos; der Arzt erklärte der Familie, die Infirma greife häufig das Herz an, und Herr Hof müsse vor jeder Aufregung behütet werden. Das Unterbewußtsein des Vaters mochte nun fröhlich lachen, denn jetzt war es für Bunny unmöglich, fortzugehen. Der Vater klammerte sich an seine Hand wie ein kleines Kind, und Bunny mußte bei ihm sitzen und ihm die traurige und jährlige Geschichte des jungen Prinzen Siddharta vorlesen.

Hatte der Vater Bi von der Verschönerung benachrichtigt, oder war es ein telepathischer Kontakt zwischen den beiden? Jedenfalls kam sie häufig ins Haus, war teilnahmsvoll und gütig, und Bunny fühlte, daß er mit Millionen lebender Schürze gefesselt wurde.

Als der Vater wieder aufstehen und in der Sonne auf der Veranda sitzen durfte, begann sein kluger Geist zu arbeiten und entwarf einen Plan: „Mein Sohn, ich habe über dein Problem nachgedacht und anerkenne, daß du das Recht hast, deine Ideen auszusprechen. Ich frage mich, ob wir nicht ein Kompromiß schließen könnten und du mir erlauben würdest, dir zu helfen.“

„A welche Art, Vater?“

„Du könntest etwas Geld haben, das du nach deinem Gutdünken verwenden kannst, damit du nicht das Gefühl hast, es von dem meinen zu nehmen. Ich würde dir selbstverständlich nicht helfen, etwas Ungeheures zu tun, aber wenn es eine Aufklärung gibt, die nicht die Gewalt predigt, dann wäre alles in Ordnung. Wäre es eine Hilfe, wenn du tausend Dollars im Monat für detaillierte Propaganda ausgeben könntest?“

Tausend Dollars im Monat! Herrgott! Bunny vergaß den Standard der eigenen Klasse, demzufolge tausend Dollars im Monat nicht genügen, um Voloponos oder eine kleine Kennerschaft zu halten; er rechnete nach dem der Radikalen für die tausend Dollars im Monat eine ganze Arbeiterhochschule oder eine Wochenchrift bedeuteten. Es wurde nicht mehr über Bunny's Fortgehen geredet. Er begriff, daß dieses Angebot eine Beschäftigung darstellte: denn er würde den Fonds zu verwalten haben. (Fortsetzung folgt.)

Zentrumsliügen im Wahlkampf.

Wir haben uns lange nicht mit der „Schleisschen Volkszeitung“ beschäftigt, weil das Blättchen nach dem Zusammenbruch des Bürgerblods und der Niederlage des Zentrums in der Frage des Reichs-Schulgesetzes einen so jämmerlichen Eindruck machte, daß es unser Mittelstübchen hervorrief. Jetzt aber unmittelbar vor den Wahlen wird das Blättchen wieder frisch. Es versucht über die Sozialdemokratie eine Fülle von Lügen zu verbreiten. Zu diesem Zweck hatte es sich von seiner Morgennummer am 10. Mai einen langen Leitartikel, „Sozialdemokratische Kampfesweise“, von seinem Berliner Parteifreund, dem Stadtrat z. D. Treffert, schreiben lassen. Dieser Artikel, der sich nach außen den Schein absoluter Sachlichkeit gibt, ist aber in Wirklichkeit das Unschärfste und Verzerrteste, was man sich denken kann. Entweder ist Herr Treffert so unwissend, daß er die wichtigsten politischen Tatsachen und Vorgänge der letzten vier Jahre nicht kennt, oder aber er belügt die Wähler bewußt. Wir wollen das an einigen Beispielen aus seinem Aufsatz zeigen:

Da behauptet Herr Treffert zum Beispiel, die Sozialdemokratie habe vielfach den Wohnungsbau gehemmt. Sie habe ein Hauptprojekt vor einem Jahre abgelehnt, das den Bau von 5000 Wohnungen vorsehe. In Wirklichkeit liegt die Sache doch so, daß ein bestimmtes Projekt einer Gruppe von Bauunternehmern abgelehnt wurde, weil die Stadt Berlin dabei in ähnlicher Weise ausgenutzt und übersteuert werden sollte. Die Sozialdemokratie ist aber überall in den Landtagen der Länder dafür eingetreten, daß ein möglichst großer Teil des Aufkommens aus der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau verwendet wird, während das Zentrum stets gegen diese Anträge gestimmt hat und für Verwendung der Hauszinssteuer für andere Zwecke eingetreten ist.

Ferner behauptet Herr Treffert, die sozialdemokratischen Minister Preußens ließen sich neben der Gehaltserhöhung eine Aufwandsentschädigung von 12000 Mark zahlen. Das ist schon die gemeinste und verlogenste Behauptung, die überhaupt möglich ist; denn erstens bekommen die preußischen Zentrumsminister die gleiche Aufwandsentschädigung wie die sozialdemokratischen Minister Preußens, zweitens beträgt die Aufwandsentschädigung nicht 12000 Mark, sondern der Minister und sein Staatssekretär erhalten zusammen eine Aufwandsentschädigung von 12000 Mark. Ferner ist es auch unwahr, daß die höheren Staatsbeamten in Preußen gehaltlich befreit gestellt wurden als die höheren Reichsbeamten. In Wirklichkeit liegen die Dinge gerade umgekehrt. In der preußischen Besoldungsreform sind die höheren Staatsbeamten gehaltlich hinter den gleichgehenden höheren Reichsbeamten zurückgelassen worden. Darüber kann sich Herr Treffert bei seinen eigenen Parteifreunden im Parlament und in der Regierung erkundigen.

Weiter behauptet Herr Treffert verlogenweise, die sozialdemokratischen Ländervertreter hätten im Reichsrat gegen die Senkung der Lohnsteuer gestimmt. Das ist wiederum nicht wahr. Im Reichsrat haben zwar die Vertreter Preußens gegen die Senkung der Lohnsteuer gestimmt, aber dieser Beschluß der preußischen Regierung kam dadurch zustande, daß die demokratischen und die Minister des Zentrums die sozialdemokratischen Minister im Kabinett überstimmten. Diese Abstimmung ist also gerade durch das Verhalten der Zentrumsminister gegen den Willen der sozialdemokratischen Minister zustande gekommen.

Ebenso erlogen ist es, wenn behauptet wird, die sozialdemokratischen Minister der Länder hätten sich für hohe Fleischpreise eingesetzt. Die Sozialdemokratie besitzt überhaupt keinen Minister in irgend einem deutschen Land, der die Landwirtschaft verwaltet. Diese Behauptung ist eine glatte Lüge, auch die nächste Behauptung ist eine demagogische Verdröhung. Es wird dort behauptet, die Sozialdemokraten hätten der Mietserhöhung von je 10 Prozent am 1. April und am 1. Oktober 1927 zugestimmt. Zunächst einmal ist das nicht wahr insofern, als die Sozialdemokratische Fraktion mit aller Kraft sich gegen diese Mietserhöhungen gewehrt hat. Sodann aber ist es zwar richtig, daß die preußischen Vertreter im Reichsrat dafür gestimmt haben, wiederum aber gegen den Willen der sozialdemokratischen Minister, weil im preußischen Kabinett eine Mehrheit von Demokraten und Zentrumsleuten besteht.

Ganz ähnlich verhält es sich mit der weiteren Behauptung, daß die Sozialdemokratie für die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft eingetreten sei. Die Sozialdemokratie hat nicht nur Hirtfelder deshalb scharf angegriffen, sondern sie hat auch im Landtag für die Aufhebung der Verordnung des Zentrumsministers Hirtfelder, die auf Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft hinauslief, gestimmt. Die sozialdemokratischen Minister konnten aber gegen diese Verordnung nichts unternehmen, da es sich um eine reformmäßige Angelegenheit des Wohlfahrtsministeriums handelte, die der Zuständigkeit des Gesamtministeriums nicht unterlag. Das ist mehrfach amtlich festgelegt worden. Schließlich umfaßt Preußen zwei Drittel des Deutschen Reiches. Wenn in anderen Ländern in einzelnen Fällen die Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume schon früher aufgehoben worden ist, so kann das in rein agrarischen Ländern, wie z. B. Lippe, ganz bedenkenlos sein, weil es dort keine Städte mit Wohnungsmangel gibt. In Tecklenburg aber, wo die große Wohnungsnot herrscht, ist außerhalb Preußens die Sozialdemokratie in keiner Regierung. Sie ist seit vier Jahren weder in der Regierung Bayerns, noch Sachsens, noch Württembergs. Das sind aber die hauptsächlichsten Länder, in denen die Lockerung der Zwangswirtschaft schon früher erfolgte. In zwei von diesen Ländern ist das Zentrum in der Regierung führend.

Endlich sei erwähnt, daß die Behauptung über den Genossen Lipinski, der früher in Sachen Minister war, wegen des Lichtentages in den Heil- und Pflanzentagen ebenfalls einfach erlogen ist.

Zum Schluß sei noch auf die Frage des Reichs-Schulgesetzes eingegangen. Da wirf Herr Treffert der Sozialdemokratie vor, daß sie dazu beigetragen habe, das Schulgesetz zu zerlegen. Ja, das hat die Sozialdemokratie. Darauf ist die Sozialdemokratie besonders stolz. Sie hat das aber nur deshalb tun können, weil sie dabei von der Zentrumsfraktion und den Zentrumsministern des preußischen Landtages und der preußischen Regierung tatkräftig unterstützt wurde. Die Anträge der preußischen Regierung zum Reichs-Schulgesetz, die bestimmt waren, die Aufhebung der Besatzungsmaßnahmen an den Schulen zu fördern, und die wohl mit als eines der schwersten Hindernisse für die Annahme des Reichs-Schulgesetzes bezeichnet werden können, sind von der preußischen Regierung mit Zustimmung der Zentrumsminister im Reichsrat eingeleitet worden. Es sind also die preußischen Zentrumsleute selber gewesen, die geholfen haben, das Reichs-Schulgesetz mit zu Fall zu bringen.

Angehängt dem Artikel des Herrn Treffert ist dann noch eine Polemik, die offenbar aus der Feder der Redaktion der „Schleisschen Volkszeitung“ selbst stammt. In dieser Polemik wendet sie sich gegen unseren Artikel, in dem die Ablehnung der 5 Millionen für Rinderpeilung durch den Bürgerblod und die Bewilligung der ersten Rate für den Panzerkreuzer einander gegenübergestellt wurden. Auch in dieser Polemik wieder versucht das Zentrum, sich damit herauszureden, daß es behauptet, die Durchführung der Rinderpeilung sei gar nicht Sache des Reiches, sondern Sache der Länder. Letzteres ist an sich richtig. Das hindert aber nicht, daß das Reich Mittel für diese Zwecke zweckmäßig und durch bestimmte Summen die Länder unterstützt, damit die Länder diese

Rinderpeilungen in größerem Maßstabe durchführen können, als sie das aus eigenen Mitteln zu leisten vermöchten. Schon oft hat das Reich für kulturelle Zwecke Mittel eingeleitet, obwohl die Durchführung der Maßnahme Sache der Länder war und auch für Rinderpeilungen sind früher sehr wohl vom Reich selbst größere Summen bewilligt worden. Tatsächlich ist also die Sache doch so, daß die Ablehnung dieser fünf Millionen durch die Bürgerblodemehrheit des Reichstages dieser Bürgerblodemehrheit der Rinderpeilung in Deutschland den Todesstoß versetzt hat, zumal es auch die Bürgerblod-Fraktion war, die den Finanzausgleich mit den Ländern so gestaltet hat, daß den Ländern die Mittel für die Durchführung der Rinderpeilung immer mehr beschaffen wurden. Das Zentrum mag sich also drehen und wenden, wie es will, es kommt um die Verantwortung für diese unsoziale Maßnahme nicht herum.

Die Arbeiterfeindlichkeit der Wirtschaftspartei.

Eine Kampfanzeige des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Wenn es gegen die Arbeitnehmer geht, ist die Wirtschaftspartei immer dabei. Auch ihr gilt deshalb der Kampf des schaffenden Volkes. Was von dieser Partei zu halten ist und wie sie auf die Dauer bekämpft werden muß, zeigt das Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes in seiner jüngsten Nummer. Es schreibt:

„Keine Partei hat mit widerlicheren Waffen gegen den sozialpolitischen Fortschritt und für die Sozialreaktion gekämpft als die Mannen der Wirtschaftspartei. Welche Kreise sammeln sich nun in der Wirtschaftspartei? Es sind Gastwirte, Hauspächter, Bäcker- und Schlächtermeister, Kolonialwarenhändler usw. Sie repräsentieren heute angeblich den deutschen Mittelstand und tun das in der Weise, daß sie gegen die Arbeiterbewegung sinnlos toben und den Reichsparteien gefügig sind. Aus den Programmen der großen bürgerlichen Parteien hat die Partei der Krämmer, die Wirtschaftspartei, alle jene Teile übernommen, die sich gegen die Arbeitererschaft richten. Die Vertreter der Wirtschaftspartei übertreffen sogar noch die Vertreter der großen bürgerlichen Parteien an Arbeiterfeindlichkeit.“

Inzwischen haben die sogenannten mittelständischen Vereinigungen beschlossen, einen Wahlfonds zu bilden, der nur den bürgerlichen Parteien zur Verfügung steht. Das Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes sieht darin mit Recht den „bewußten Kampf gegen die Arbeiterparteien, die Arbeiterbewegung“. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeitererschaft diese Kampfanzeige nicht ohne Gegenwehr hinnehmen wird. Es muß schnell und gründlich zur Abwehr geschritten werden. In diesem Sinne sagt das Organ des Textilarbeiterverbandes:

„Die Arbeitererschaft ist schließlich nicht dazu da, politische Gegner noch wirtschaftlich zu unterstützen, und es wird angesichts des Vorgehens der mittelständischen Vereinigungen an der Zeit sein, einmal gründlich zu überlegen, was sich dagegen tun läßt.“

Vorerst wird den Arbeitnehmern empfohlen, alles, was sie bei den Genossenschaften nicht erreichen können, in den Warenhäusern zu kaufen. Auch sie vertreten selbstverständlich ihre händlerischen Interessen, aber sie haben sich noch nie, wie die Wirtschaftspartei, als Vorposten für die arbeitserfeindlichen Ziele der Reichsparteien mißbrauchen lassen.“

Es ist eine große Gewerkschaft, die sich hier gegen den Unfug der Wirtschaftsparteier wendet. Vielleicht gibt ihre Kampfanzeige den Nachläufern dieser Partei, den kleinen Handwerkern und Gewerbetreibenden, doch zu denken. Sie sind letzten Endes nur Opfer einiger ehrgeiziger Syndizis, deren Interesse für den Mittelstand aufhört, sobald sie das ersuchte Mandat erlangt haben. Wir möchten bezweifeln, daß dieser Ehrgeiz einzelner Personen an der Spitze der Wirtschaftspartei für das Gros der Nachläufer einen offenen Konflikt mit der Arbeitererschaft lohnt.

Wahlterror der Roten Frontkämpfer

Im oberen sächsischen Erzgebirge, wo die Rot der Arbeitererschaft schon sprichwörtlich ist, treibt auch der Rote Frontkämpferbund in der Wahlagitiation sein Unwesen. Parole ist: Keine SPD-Verammlung darf ungeführt verlaufen.

In einer sozialdemokratischen Wahlversammlung, in einem kleinen Grenzort, der etwa 1100 Einwohner zählt, hörten die Arbeiter die Ausführungen eines sozialdemokratischen Referenten wie eine Offenbarung an. Hatten die Arbeiter doch in diesem Orte bisher bürgerlich oder kommunistisch gewählt. Argumente hatten die für diese Versammlung mobilisierten Roten Frontkämpfer den sozialdemokratischen Darlegungen nicht entgegenzusetzen, dafür hatten sie eine Musikkapelle. Sie griffen zu Pauken und Schalmeyen, nachdem sie vorher entsprechend alkoholisiert worden waren. Eine wilde Ragenmusik der Rotfrontpauken machte eine ordnungsgemäße Fortsetzung der Wahlversammlung unmöglich.

Das ist bezeichnend für die Kommunisten! In der fraglichen Gegend handelt es sich um eine Bevölkerung, die aus ihrem Elend und ihrer Absonderung heraus zur wahren Erkenntnis ihrer Klassenlage gedrängt werden muß, bei der Aufklärung im wahren Sinne des Wortes nottut. Und gerade diese Bevölkerung versuchen die Kommunisten in Unwissenheit und Verwirrung zu halten, wenn es sein muß, mit Pauken und Trompeten.

Wie die Deutschnationalen zu Gelde kommen.

In einzelnen Kreisen der Provinz Pommern erhebt die Deutschnationale Partei ihre Mitgliederbeiträge von den bäuerlichen Besitzern nach der Zahl der in der Wirtschaft vorhandenen Pferde. Vierteljährlich sind für ein Pferd 50 Pf. zu zahlen. Da alle ländlichen Besitzer ohne weiteres als Mitglieder betrachtet werden — auch solche, die niemals Mitglieder der Deutschnationalen Partei gewesen sind, oder es sein wollen — ergeben sich bei der Einlösung der bundnesten Pferdearten oft merkwürdige Szenen.

Wie wäre es, wenn die Deutschnationale Partei angesichts der bevorstehenden Wahlen die Pferde zu ordentlichen, wohlbesetzten Mitgliedern ihrer Partei machen würde? Vielleicht ist auf diese Art der zu erwartende Stimmenzuwachs weit zu machen.

Deimling erkrankt.

Der General der Infanterie u. Deimling ist in Schleien wo er sich einige Tage aufhielt, schwer erkrankt.

Ein katholischer Pfarrer über die Zentrumspolitik.

Vor wenigen Wochen wurde dem katholischen Pfarrer Kanjer in Volkertshausen am Bodensee von der erzbischoflichen Kurie in Freiburg das Aeden in Versammlungen außerhalb seiner Gemeinde verboten. Kanjer hatte sich in verschiedenen Versammlungen scharf gegen das an den Aufwertungsgläubigern begangene Unrecht gewandt.

Dieser Tage fand nun in Volkertshausen eine sozialdemokratische Wählerversammlung statt. Kanjer benutzte diese Gelegenheit zu einigen Ausführungen über Recht und Gerechtigkeit, Kapitalismus und Christentum. Er erklärte, daß er den Ausführungen des sozialdemokratischen Redners, des Abgeordneten Schöpplin-Karlruhe zu 90 Prozent zustimmen könne. Dann wandte er sich scharf gegen die Auswüchse des modernen Kapitalismus; ebenso scharf verurteilte er die Politik der Regierungsparteien im Reich.

Auch das Zentrum habe sozialreaktionäre Politik getrieben

und habe es als christliche Partei fertiggebracht, ohne einen Pfennig Abzug 700 Millionen Mark für Reichswehr und große Summen für einen Panzerkreuzer zu bewilligen, während die von den Sozialdemokraten beantragten fünf Millionen Mark zur Speisung armer und hungriger Kinder abgelehnt worden seien. Ein Christentum, das sich mit dem Kapitalismus kompromittiert, könne seines Erachtens seiner Aufgabe nicht gerecht werden.

Wohlgemerkt: Das sagt ein katholischer Pfarrer und ein geschriebener Zentrumsmann.

Wieder eine Hege zusammengebrochen.

Die von mehreren Thüringer Blättern verbreitete Nachricht, daß das gegen den früheren thüringischen Staatsbankpräsidenten Loebe seit vier Jahren schwebende Verfahren wegen angeblicher Untreue endgültig eingestellt worden sei, ist inzwischen amtlich bestätigt worden. Die Einstellung wurde von der Weimarer Strafkammer unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Hinkel beschlossen. Auch alle anderen gegen Loebe gerichteten Verfahren, so zum Beispiel die wegen angeblichen Zinswuchers, Kapitalverchiebung usw. sind eingestellt. Damit ist das Reststreben gegen einen Sozialdemokraten wieder einmal zusammengebrochen.

Der Attentäter ein Narr.

Wien, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag begann im Großen Schurgerichtssaal des Landgerichts die Verhandlung gegen den Attentäter Richard Streibinger, der am Abend des 26. November 1927 den Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien, Karl Seitz, zu töten versuchte. Der Angeklagte gab verworrene Erklärungen für seine Tat an und behauptete, von den Sozialdemokraten verfolgt worden zu sein. Der Vorsitzende bezeichnete diese Äußerungen als wenig glaubwürdig. Der Onkel des Angeklagten sagte aus, daß er seinen Neffen für einen Narren halte, der sich von jedermann verfolgt sieht.

Rückzug eines politischen Staatsanwalts.

Der Generalstaatsanwalt tritt im Colmarer Prozeß den Rückzug an.

Im Colmarer Autonomienprozeß beantragte der Generalstaatsanwalt am Donnerstag, auf die Zeugenvernehmung zu verzichten, da sonst der Prozeß vor dem Herbst nicht zu Ende gehen würde. Rechtsanwält Ziegeler erklärte für die Verteidigung, in der Bevölkerung überwiege die Ansicht, daß die Riesenblamage dieses Prozesses abgeklärt werden könne. Die Verteidigung sei bereit, auf den größten Teil der Zeugen zu verzichten, falls die folgenden Bedingungen erfüllt würden: 1. Sofortige Wiederaufnahme des Verhörs der Angeklagten, das sich aber streng auf die Angelegenheit der Teilnahme an einem Komplott gegen die Sicherheit des Staates zu beschränken habe. 2. Die vor dem Untersuchungsrichter gemachten Aussagen jener Zeugen, auf die der Generalstaatsanwalt verzichtet, dürfen nicht zum Gegenstand der Verhandlung gemacht werden. 3. Der Generalstaatsanwalt hat die Namen der Zeugen bekanntzugeben, auf die er verzichtet, damit die Verteidigung in einem gewissen Augenblick nicht überrascht werde. — Der Vorsitzende ist bereit, die Vernehmung der Angeklagten sofort fortzusetzen und macht den Vorschlag, jedem Angeklagten eine Stunde Redezeit zu geben. Die Verteidigung erklärt sich prinzipiell damit einverstanden.

In der Nachmittagsitzung wird die Vernehmung der Angeklagten Schall fortgesetzt. Er sagt aus, daß der Lokspichel Reichel bemüht war, die Schutztruppe in eine Art von deutschen Soldatenbund umzuwandeln. Das hat sie niemals geworden. Sie habe im Februar 1927 überhaupt aufgehört zu existieren und nur noch wenige Mitglieder gehabt. Da sie als Saalkampf nicht mehr ausgereicht habe, habe er ein Flugblatt auf Werbung neuer Mitglieder hinausgeschickt. Der Vorsitzende fragt, wie der Angeklagte die in dem Flugblatt vorkommenden Fragen nach der Arme, in der die Leute gedient hätten, nach dem militärischen Grad und die ferneren Fragen, ob sie ein Motorrad, ein Auto oder ein Telefon zur Verfügung hätten, erklären wolle. Schall erwidert, daß er wissen wolle, welche Leute möglichst rasch nach Straßburg zu bringen wären. Die Frage nach der Arme und dem militärischen Grad sei notwendig gewesen, um festzustellen, daß die Schutztruppe aus deutschen und französischen Frontkämpfern zusammengesetzt. Die früheren Angehörigen der französischen Armee hätten etwa die Hälfte der Mitglieder ausgemacht. Man könne daher gegen die Schutztruppe nichts den Vorwurf erheben, daß sie eine Filiale des Stahlhelms oder des Wikingbundes gewesen sei. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob die Statuten der Schutztruppe nicht vom Stahlhelm übernommen worden seien, bemerkt Schall, daß er die Satzungen des Stahlhelms nicht kenne.

Die Reaktion in Japan.

Die fortgesetzte Verfolgung der Arbeiterparteien in Japan ist ein innerpolitisches Manöver des Kabinetts Tanaka, das sich bemüht, seine schwankende Stellung durch den Gewinn der Sympathien der Mitte und der Rechten des Parlaments zu stärken. Die Sozialdemokratische Partei Japans steht ebenso wie die äußerste Linke unter dem Druck der Regierungsmassnahmen. Eine Reihe ihrer führenden Mitglieder wurde dieser Tage verhaftet. Ihre Organisationen sind durch polizeiliche Verfügungen reiflos aufgelöst worden. Die öffentliche Meinung steht mit ihren Sympathien auf der Seite der Sozialisten.

Die unmittelbare Wirkung der Verfolgungen äußert sich in einer Annäherung der bisher getrennt marchierenden sozialistischen Gruppen. In einer letzten öffentlichen Erklärung wendet sich die Sozialdemokratische Partei gegen die ihr unterliegenden Beschlüssen zur Militär Internationalen. Als Grund für die Maßnahmen der Regierung bezeichnet sie die Furcht der Grundbesitzer und Fabrikanten vor der erwartenden Bewegung der industriellen Arbeiterschaft und der Bauern.

Scheidemann spricht heute Abend 8 Uhr im Zirkus Busch.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 11. Mai 1928.

Schluß auf dem Rathaus!

Ihr Wähler hört und laßt euch sagen, Was jetzt die Rathausuhr geklungen: Die Zeit des Bürgerblods ist um, Nachdenklich ging nach Haus Herr Thum!

Herr Friedrich Kieg herab vom Sockel, Ganz blaß, und dachte nicht an Wiße, Denn weil die Noten siegewohnt, Demüßigt ein solcher wieder thront!

Die Volkspartei will schier verzagen, Weil es auch ihr geht an den Kragen, Bei Halpaa, Krebs und Saermann Sah man, wie eine Träne rann!

Den Sieg erkauft das Zentrum wieder Durch fromm Gebet und Kirchenlieder, Doch wie Herr Herschel es sich denkt, Der Herrgott es wohl schwerlich lenkt!

Indessen, bei den Demokraten Herrscht jetzt ein großes Rätselraten: Reicht künftig es beim Glase Bier, Zum Stat zu Dreien oder Vier?

Gut dran sind stets die Kommunisten, Ein Mann genügt, um sich zu brüsten, Drum schuf man freudig zwei Parteien, Um auch einander anzukneien.

Das Arbeitsvolk muß, um zu leben, In Staat und Stadt nach Mehrheit streben, Drum trete einig an zur Wahl, Und stützt der Sozialisten Zahl!

Reda.

Stimmzettel besorgen!

Wer am 20. Mai von Breslau abwesend ist, muß sich einen Stimmzettel besorgen, um an einem anderen Orte sein Wahlrecht ausüben zu können. Das Wahlaesetz bestimmt hierüber:

(§ 9.) Einen Stimmzettel erhält auf Antrag: I. ein Stimmberechtigter, der in eine Wählerliste oder Wählerkarte eingetragen ist.

1. wenn er sich am Abstimmungstage der Abstimmungszeit aus zwingenden Gründen außerhalb seines Stimmbezirks aufhält;

2. wenn er nach Ablauf der Einspruchsfrist seine Wohnung in einen anderen Wahlkreis verlegt;

3. wenn er infolge eines körperlichen Leides oder Gebrechens in seiner Bewegungsfreiheit behindert ist und durch den Stimmzettel die Möglichkeit erhält, einen für ihn günstiger gelegenen Abstimmungsraum aufzusuchen;

II. ein Stimmberechtigter, der nicht in eine Stimmzettelkarte eingetragen oder darin eingetragen ist.

1. wenn er nachweist, daß er ohne sein Versehen die Einspruchsfrist verjährt hat;

2. wenn er wegen Ruhen des Wahlrechts nicht eingetragen oder eingetragen war, der Grund dafür aber nach Ablauf der Einspruchsfrist weggefallen ist;

3. wenn er Auslandsdeutscher war und seinen Wohnort nach Ablauf der Einspruchsfrist in das Inland verlegt hat.

Stimmzettel werden bis zum 17. Mai ausgestellt. Das Wahlrecht ruht für Soldaten während ihrer aktiven Dienstzeit. Wenn ein Soldat zwischen Auslegung der Wählerliste und Wahltage ausreist, muß er einen Stimmzettel bekommen. Dasselbe gilt für Straf-, Untersuchungs- und Polizeigefangene, die in dieser Zeit aus dem Gefängnis entlassen werden. Schutzhaftgefangene bestehen unter allen Umständen das Wahlrecht und müssen zum Wählen zugelassen werden. Für diese empfiehlt sich die Beschaffung des Stimmzettels.

In Breslau werden Stimmzettel im Wahlamt am Rathaus ausgegeben. Sie gelten nur für Reichs- und Landtagswahl. Für die gleichzeitig stattfindende Stadtverordnetenwahl kann nur in Breslau selbst gewählt werden. (Ebenso für die Preußenwahl nur im preussischen Gebiet).

Handels- und Gewerbetreibende!

Montag, den 14. Mai, 20 Uhr, im „Nußbaum“-Restaurant, Kupferstraße, öffentliche Versammlung. Stadtverordneter und Kaufmann Hugo Frey behandelt das Thema: „Die Stadtverordnetenwahl und die Handels- und Gewerbetreibenden“.

Berufsbeamte!

Der 20. Mai ist ein Schicksalstag für euch! Postsekretär Mag Seppel, M. d. N., spricht Mittwoch, den 16. Mai, 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Das „Betriebs-Gesetz“ Nr. 2

im Parteisekretariat abzuholen. Sorgt für gute Verbreitung in allen Betrieben.

Sozialistische Jungordner.

Sonntag, pünktlich 7.30 Uhr, in Uniform am Gewerkschaftshaus: Antreten, Verpflegung für den Tag mitbringen. Gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte Teilnehmerticket für die Autofahrt heute und morgen bei Socha, Boghammer und Sommer abholen. Wer keine Karte hat oder ohne Uniform erscheint, kann auf Mitfahrt nicht rechnen. Fahnen und beide Spielmannszüge sind gleichfalls pünktlich zur Stelle.

Wochenendkarten beim Verkehrsverein.

Wie alle Jahre gibt der Schlesische Verkehrsverband in der Personalkasse des Verkehrsvereins Breslau im Breslauer Hauptbahnhof - geöffnet von 8 bis 18 Uhr - billige Wochenendkarten zum Aufenthalt in den Gebirgen, Siedern, Südböhmen aus. Preis für Sonntags- und Abendessen, Übernachtung, Frühstück, Mittag- und Abendessen am Sonntag, ab 5 Mark. Es wird empfohlen, von dieser bequemen und preismäßigen Einrichtung möglichst viel Gebrauch zu machen. Gerade jetzt im Frühjahr sind Reisen in die Gebirge und Bäder am schönsten, vor allem sind die Orte noch nicht überfüllt. Auch nach ländlichen Orten in der Umgebung von Breslau werden solche Karten ausgegeben.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Ende schlecht, alles schlecht!

Soweit gestern die öffentliche Sitzung währte, mochte es scheinen, als ob die vier Bürgerblodjahre nach vielem Krach ein friedliches Ende nehmen sollten. Doch in der geheimen Sitzung dachte man rasch noch vor Tagesabgang Dinge zu erledigen, die ohne erhebliche Kritik unserer Partei nicht hingenommen werden dürften. Es gelang, einen solchen Antrag abzulehnen, und als ein zweiter angenommen zu werden drohte, führten unsere Genossen durch Verlassen des Saales die Beschlusfähigkeit herbei. Es gab darüber einiges Toben, aber jedenfalls haben sich die Sozialdemokraten in diesen vier Jahren Minderheit bis zuletzt als treue Hüter der Interessen von Stadt und Arbeiterchaft bewährt. In der öffentlichen Sitzung haben die Parteien des Bürgerblods rasch noch der Hergabe eines Platzes zur Aufstellung eines Eisdenkmals zugestimmt. Genosse Voigt wandte sich dagegen, einmal sollte nicht jeder Gruppe von ehemaligen Soldaten ein besonderes Denkmal für die Gefallenen errichtet werden, sondern man solle sich zu etwas Großem und Wertvollem zusammen tun. Dann erkomme als würdiges Erinnerungszeichen ein Heim für minderbemittelte Krieger und ihre Hinterbliebenen in Betracht. Genosse Stope wies ferner auf das Beispiel von Liegnitz hin, wo eine Krieger-Siedlung mit verbilligten Wohnungen geschaffen wurde. Es liege nicht im Sinne der Gefallenen, Denkmäler im Zeichen der Vergangenheit zu errichten. Der Demokrat Heilberg war gleichfalls gegen die Hergabe des Platzes, da ein solches Denkmal nur Verärgerung bei einem großen Teile der Bevölkerung schafft. Die Mehrheit aber war dafür. So bekommen wir also nach dem Kürassier- und dem Einundfünfzigerdenkmal jetzt das Eisdenkmal. Bald werden sich andere Truppengattungen melden, so daß Breslau einmal voll von Kriegerdenkmälern stehen wird, von denen keines besonders viel Wert hat.

Vorsitzer Dr. Friedrich hat gestern die öffentliche Sitzung mit einer Lobrede auf die verstorbenen vier Jahre geschlossen. Das beste daraus, die Lösung der Theater- und Orchesterfrage, sowie die Eingemeindung, sind das Werk der Sozialdemokratischen Partei. Die Einführung der Eintrittskarten zum Zuschauerraum der Stadtverordnetenversammlung sind zwar das Werk des Bürgerblods, aber deshalb braucht niemand denksnational zu wählen. Nichts hat Herr Friedrich davon gesagt, daß der Bürgerblod von der sozialdemokratischen Mehrheit eine Erbschaft von sieben Millionen Ueberfluß übernommen hat, und mit fünfzehn oder sechzehn Millionen Defizit abschließt. Oberbürgermeister Dr. Wagner dankte den Stadtverordneten für die geleistete Arbeit, aber so warm waren seine Abschiedsworte nicht, als vor vier Jahren, wo er der sozialdemokratischen Mehrheit nachsagen konnte, daß es der Magistrat unter ihr sehr gut gehabt habe, da sie für den Wiederaufbau nach dem Kriege gesorgt und großes Verdienst für die Aufgaben der Stadt bewiesen habe.

Der ganze Spul des Bürgerblods ist nun aus. Vorwärts zum Wahlsiege der

Liste 1, Sozialdemokratische Partei!

Die Sitzung wird kurz nach 17 Uhr durch Stadtverordnetenvorsteher Friedrich eröffnet. Nach den geschäftlichen Mitteilungen des Bürodirektors Schmidt werden ohne Debatten zunächst

vorliegend kleinere Vorlagen

erledigt. Es wird beschlossen, die gemischte Deputation zur Vorbereitung des Neubaus eines Geschäftshauses um ein Magistratsmitglied und zwei Stadtverordnete zu vermehren. Die in den Jahren 1925/26 vorgenommene Pflasterung der Paristraße zwischen Friedrichs- und Ebert-Strasse und Wardenstrasse und der Kreuzung Paristraße/Wardenstrasse wird als endgültiger Ausbau anerkannt und 34 800 Mark werden der städtischen Straßenbahnverwaltung für ihre Aufwendungen beim Ausbau dieses Straßenteiles vorzugsweise erstattet. Die Art der Verwendung des Ueberflusses der städtischen Sparkasse in Höhe von 505 836 Mark wird im einzelnen festgelegt. Es wird beschlossen, von der Behandlung von Schülern (innen) der mittleren und höheren städtischen Schulen in weitemerem Umfang als bisher in der Schuljahrklinik Abstand zu nehmen, da eine Erweiterung bedeutende Mehrkosten für die Schuljahrklinik erfordern würde. Den für 1928 geplanten Erneuerungen und Erweiterungen des Gas- und Wasserrohrnetzes im Betrage von insgesamt 2 700 000 Mark, der Erweiterung der zur Anlage der Wilhelmsruher Straße erforderlichen Vorlandfläche, der Aufwendung von 8500 Mark für Büchereizwecke im Eingemeindungsgebiet, von 52 000 Mark für den weiteren Ausbau von Auskleide- und Schanzräumen im Hof für Obdachlose in der Magazinstrasse, die Erweiterung des vor der Musiklinie liegenden Vorlandes des Grundstückes Gäß 1 wird zugestimmt. Beschlossen wird ferner, daß für Rechnung einer neuen

Eingemeindungsanleihe

ein Zwanzigrenten bis zur Höhe von 10 Millionen Mark im Inlande aufgenommen wird, der mit höchstens 8 Prozent verzinstlich und nach längstens fünf Jahren zurückzuzahlen ist. Bewilligt werden für den Bau eines Ruderbootshauses am Weidenbamm, das dem großen Mangel an Bootshäusern insbesondere für die Schüler der städtischen Schulen abhelfen soll. 23 000 Mark für die verschiedenen Einrichtungen auf dem Gelände des Sportplatzes Geertbeutel 10 000 Mark. Der Pachtvertrag mit der Sportplatz Grünziele G. m. b. H. wird unter den bisherigen Bedingungen bei Neufestlegung der Jahrespacht auf 750 Mark um weitere 20 Jahre verlängert. Zustimmung fand die veranschlagte Einführung der Heizung in einigen Straßenbahnwagen, daß ferner von dem Bau einer Bedürfnisanstalt (Wollanstalt) im Straßenkreuz Kaiser-, Ede Tiergartenstraße Abstand genommen wird, dafür aber eine Bedürfnisanstalt (Wollanstalt) auf dem Lessingplatz an der Turnhalle mit den für diesen Zweck bewilligten 17 500 Mark errichtet wird. Hierbei mußte der diese Vorlage bearbeitende Deputierter von Stadtv. Stope (Soz.) daran erinnert werden, daß die Kaiserstraße nun schon seit vielen Jahren in Freiheitsbrüde umgetauft ist. Dem Chemischen Untersuchungsamt wurde die Ausübung der staatlichen Weinkontrolle für den Regierungsbezirk Breslau und die Provinz Oberschlesien zu den früheren Be-

dingungen weiter genehmigt. Die Deputation der städtischen Arbeitsanstalten erhielt das Einverständnis der Versammlung, sich nunmehr in „Deputation für die Anstalten des Wohlfahrtsamtes“ umzuwandeln. Der städtischen Bank wird für das Rechnungsjahr 1928 Entlastung erteilt. Der Erwerb des zur Durchlegung der Verbindungsstraße zwischen Matthiastraße und Niedergassen-Unterführung erforderliche Straßengrund aus dem Grundstück Obervorstadt wird zugestimmt. Beschlossen wurde die Verlängerung der Ausbildungszeit für Kindergärtnerinnen und Fortnerinnen der sozialpädagogischen Frauenschule und die Angliederung einer höheren Fachschule an die Frauenberufsschule. Nebsther wird es bei einer Anstalt über die

Wiedereinstellung von abgeanteten Beamten und Lehrkräften.

Während Stadtv. Frau Günther (Soz.) fordert, daß bei Wiedereinstellungen auch die verheirateten Frauen berücksichtigt werden sollen, lehnen Stadtv. Fr. Nowak (Ztr.) und Stadtv. Fr. Blüschke (Dnat.) eine solche Gleichstellung ihrer Gesellschaftsgefährtinnen ab. Ein Antrag findet Annahme, daß die auf Wartegeld gestellten Beamten und Lehrkräfte, die von dem Abbauegelei betroffen sind, auf ihren Antrag - sofern sie dienstfähig und Stellen frei sind oder werden - wieder in den Dienst zu übernehmen, soweit nicht Gründe vorliegen, die zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung ausreichen; verheiratete Lehrerinnen jedoch nicht wieder einzustellen. Ein Zusatzantrag der Demokraten, verheiratete Lehrerinnen wieder einzustellen, wenn besondere Härtefälle vorliegen, wird ebenfalls angenommen.

Die letzte politische Debatte

gibt es bei einem Antrag, den Platz an dem Westausgange der ehemaligen Eisfabrik am Berliner Platz der Vereinigung der Kameradenvereine ehemaliger Angehöriger des Grenadier-Reg. Nr. 11 zur Errichtung eines Denkmals zur Verfügung zu stellen. Zunächst wendete sich Stadtv. Hamon (Komm.) gegen ein neues Kriegerdenkmal

und erinnerte die Rechte daran, daß sie feinerzeit mit recht häßlichen Bemerkungen ein Denkmal für die im Kapp-Putsch Ermordeten abgelehnt habe. Sachlich, aber darum nicht minder scharf spricht auch Stadtv. Voigt (Soz.) gegen diesen Antrag. Dagegen die Motive solcher Ehrung verständlich sind, so kann seine Fraktion diesem Antrage nicht zustimmen. Es würde bald jede Truppengattung mit solcher Forderung kommen und die sicher nicht immer schönen Kriegerdenkmäler würden noch vermehrt werden. Wenn schon Kriegerdenkmal, so muß auch der äußere Anstrich zeigen, daß man einer großen Sache gerecht werde. Da solle man lieber für solche Denkmäler ein Krieger- und Hinterbliebenen-Heim, ähnlich wie das zu errichtende Neuterheim schaffen. Im übrigen sei aus städtebaulichen Gründen die Hergabe des Platzes für ein Denkmal nicht zu empfehlen, da über kurz oder lang sicher hier Umbauten vorgenommen werden dürften. Stadtv. Speer (Völk.), der sich vor Tagesabgang ebenfalls noch einmal bemerkbar machen will, fragt unsere Fraktion, ob keine Arbeiter gefallen sind? (Zwischenruf: nur daß wir kein solches Denkmal wünschen.) Stadtv. Strauß (Ztr.) kann die Errichtung eines Denkmals, da er einmal „erschütternd vor einem Gefallenen-Denkmal gestanden“ hat, nur befürworten. Stadtv. Stope (Soz.) kann in solchen Bauten keine rechte Kriegerdenkmal finden. Er erinnert an Liegnitz, wo sich sämtliche Verbände an der Bau einer Siedlung für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebenen geeinigt haben; hier sei der Nachwelt ein weit wertvolleres Denkmal gesetzt worden. Stadtv. Thum (Dnat.) glaubt mit einem Hinweis auf die Grabsteine auf den Friedhöfen die Berechtigung eines Kriegerdenkmals nachgewiesen zu haben. Stadtv. Heilberg (Dem.) und nachmals Stadtv. Voigt (Soz.) ergreifen hierzu das Wort und empfehlen Ablehnung des Antrages, der gegen die Stimmen der Linken jedoch Annahme findet.

Zur Beratung kommt nur noch der

Entwurf einer Wachstumssteuerordnung

für die Stadt Breslau, der durchweg die Bestimmungen der erst vor wenigen Tagen vom preussischen Innenministerium veröffentlichten Mustersteuerordnung enthält und ein Kompromiß der verschiedenen Richtungen darstellt. Stadtv. Schmidt (Bodenreformer) begründet hierzu eine Reihe von ihm gestellter Änderungsanträge. Und nachmals hören wir Stadtv. Hahn-Weigen (Wirtschaftsbund), der unter Beschützer des ganzen Hauses erklärt, daß er nicht für den Hausbesitz sprechen will. Er hat natürlich prinzipielle Bedenken, da durch diese Steuer der Grundstücksmarkt nicht gefördert werden kann, und bittet den Magistrat, die Wertwachstumssteuer, die nach der bisherigen, nun ungünstigen Steuerordnung erhoben worden ist, wieder zurückzuführen. (Seiner ausführlichen Schwanengesang hielt er für so wichtig, daß er jedem Presseerzieher einen wörtlichen Auszug ausshändigte. Als Dokument einer reinen Sonderinteressen-Wirtschaft legten wir es ad acta.) Der Entwurf wird angenommen; die Änderungsanträge abgelehnt.

Der letzte Antrag

fordert für die Wohnungsausstattung im Jahre 1928 städtischerseits eine Garantie von 100 000 Mark, die bewilligt wurde. Es wurden jedoch die Bedingungen gestellt, daß Träger dieses Unternehmens eine G. m. b. H. ist, in deren Verwaltung die vom Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung gewählten Mitglieder die Mehrheit haben, und u. a. das Unternehmen erst dann in Angriff genommen werden darf, wenn von anderen Behörden und Stellen Zuschüsse von 200 000 Mark sichergestellt sind.

Es folgen nunmehr noch die

Abschiedsworte.

Stadtverordnetenvorsteher Friedrich überschaut in kurzem Rückblick die geleistete Arbeit der zurückliegenden Periode, in der 96 Wiener- und 507 Ausschüßigungen abgehalten wurden. Die Anleihe und ein großzügiges Bauprogramm wurden durchgeführt; Siedlung und einige Schulen errichtet, die Besoldungsordnung erledigt, Theater- und Orchesterfrage endgültig gelöst und zuletzt die Eingemeindung zustandegebracht.

Oberbürgermeister Wagner hebt in einer kurzen Schlußansprache noch hervor, daß trotz Meinungsverschiedenheiten ein gutes Zusammenarbeiten zwischen Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung möglich war und stets zwischen beiden Körperschaften ein gutes Vertrauensverhältnis bestanden habe.

Damit gilt gegen 19½ Uhr die Periode unseres Stadtparlamentes abgeschlossen und der Breslauer Wähler hat nun am 20. Mai dafür zu sorgen, daß der Abschluß der nächsten Periode ein für die Arbeiterschaft günstigeres Bild aufweist.

Die Haftentlassung der Mordverdächtigen.

Der Schiffsheizer Joseph Fiedel und die Stittendirne Marie Göhl, die bekanntlich am 14. Februar d. Js. unter dem Verdacht an dem Morde an der Stittendirne Marie Krieger beteiligt zu sein, verurteilt worden waren, sind jetzt aus der Haft entlassen worden. Demnach scheint ein dringender Tatverdacht nicht mehr vorzuliegen.

Wie wird gewählt?

Alle Wähler und Wählerinnen informieren sich an den Wahltag über den Wahlbezirk, in dem sie zu wählen haben. Beim Betreten des Wahllokals erhält man einen blauen oder weißen Wahlzettel, einen weißen Stimmzettel zur Reichstagswahl und einen roten Stimmzettel zur Landtagswahl. Man geht damit in die erste Wahlzelle. Hier macht man auf jedem Stimmzettel ein Kreuz bei

Liste 1, Sozialdemokratische Partei.

Man steckt dann beide Stimmzettel in den gleichen Umschlag. Beim Verlassen der Wahlzelle erhält man einen Umschlag und einen Wahlzettel zur Stadtverordnetenwahl, beide von gelblicher Farbe. Man geht damit in eine zweite Wahlzelle, macht auch hier sein Kreuz bei

Liste 1, Sozialdemokratische Partei.

Man steckt diesen gelblichen Zettel in den gelblichen Umschlag und tritt nun vor den Wahlstisch. Hier gibt man zuerst Straße und Hausnummer, dann den Namen an. Nachdem man in der Stimmliste gefunden und als Wähler angemeldet ist, nimmt der Wahlvorsteher beide Umschläge in Empfang, um sie in die Urne zu geben.

Alle unsere Genossinnen und Genossen gehen möglichst schon gleich früh zur Wahl, damit sie das Verfahren genau kennen lernen und andere aufzuklären vermögen, daß sie drei Zettel bei

Liste 1, Sozialdemokratische Partei

anzukreuzen und in zwei Umschlägen abzugeben haben.

Wo find am Sonnabend, 19 Uhr, Wählerzeugungen abzuholen?

- Scholz, Schillerstraße 23.
- Beihoffs, Garküche, Viktoriastraße, Ecke Rheidigerstraße.
- Kanter, Lemalstraße 27.
- Koschid, Quilowstraße 13.
- Dreißer, Holteistraße 16.
- Glaser, Bergstraße 22.
- Artl, Berliner Straße 82.
- Bräuer, Böpelstraße 36.
- Müller, Altonstraße 62.
- Marshall, Friedrich-Wilhelm-Straße 78 St. 1.
- Ohle, Altonstraße 12.
- Heinrich, Polener Straße 79.
- Graf, Weitenstraße 37.
- Heinrich, Andrieststraße 39.
- Hartrich, Altonstraße 43.
- Weiße, Weite, Döwitzer Straße 1.
- Wolff-Muschau, Mathiasstraße 140.
- Krause, Neumeltgasse 42.
- Goerh, Enderstraße 11.
- Kleiner, Krcuzstraße 11.
- Hirschberg, Mathiasstraße 173.
- Klag, Uferstraße 26.
- Wolf, Hedwigstraße 15.
- Lamert, Brigittenstraße 16.
- Götsch, Böckstraße 13.
- Zeute, Diener Straße 2.
- Uder, Klosterstraße 43.
- Großner, Grünstraße 10.
- Sartmann, Lehmgartenstraße 50.
- Langner, Auguststraße 196.
- Jaks, Neubornstraße 99.
- Kierstein, Neubornstraße 15.
- Kluges, Garküche, Kleine Grobengasse 11.
- Rägerhof, Gräßlicher Straße 191/193.
- Hübner, Garküche, Ecke Mengelstraße.
- Genossenschafts-Restaurant, Comenzer Straße.
- Kahe, Gräßlicher Straße 123.
- Viatowski, Hüftenstraße 103.
- Perche, Hubenstraße 95.
- Schmidt, Polensstraße 34.
- Witte, Zimpfer Weg.

Genossen, ran an die Arbeit!

Das Deutlichkeit der Nationalen.

In jeder Wahlversammlung der Rechten kann man ihre Beratung, ihr Bekenntnis zum wahren Deutlichkeit hören, und trotz Krieg und Kriegswiderstand ist der Sozialist in ihren Augen der „vaterländische Genosse“ geblieben. Höhnisch wird der „rote Internationalismus“ als „vaterverderbende Seuche“ ihrem echten Deutlichkeit gegenübergestellt. Aber außer einigen billigen Phrasen und Gemeinplätzen hat man aber noch nichts erfahren können, wie der Charakter eines hundertprozentigen Deutlichkeit beschaffen ist.

Nun steht sich in seiner „Ersten Mai-Nummer“ der „Deutsche Vorwärts“, das Organ der Vereinigung nationaler Arbeiterführer“ bemüht, eine kleine Charakterstudie eines solchen echten reitenden Mannes zu geben. In einem kurzen Aufsatz „Was 1928 nationalistisch ist“, versucht ein Schriftsteller zu beweisen, daß die Arbeiter im Grunde genommen recht nationale Männer sind, die von dem Internationalismus ihrer Führer nichts wissen wollen. Wir lesen erkant: „Und doch: wie nationalistisch unsere Arbeiter sind! Sie spielen am Stammtisch der Vorkampfschlachten ihren Dauerakt. Sie bauen mit Liebe ihr Schrebergärtchen. Sie beobachten mit Liebe die Tierwelt. Sie betreten ihre Kinder und sorgen um deren Zukunft. Nichts wollen sie wissen, die deutschen Arbeiter, von Weibergemeinschaft, von wilder Ehe! Sie werden all ihr Deutlichkeit trotz der 1., 2. und 3. Internationale nicht los. Gottlob ist es so!“

So, nun wissen wir es! Gemüthlich, Dantestill, Schrebergärtchen, Beobachtung der Tierwelt, Kinderbetreuung sind die charakteristischen Merkmale des guten Deutschen. Vom Sozialismus weiß man nicht mehr wie Weibergemeinschaft und wilde Ehe. Das Charakterbild stimmt — für den deutschen Spießer, von dem der Verfasser solcher Zeilen sicher ein Produkt in Reinfabrik ist. Es geht doch nichts über solch völlige Beschränktheit. Von einem solchen Deutlichkeit lehnen wir uns gern ab. Dem Verfasser aber sei einmal empfohlen, sich die Bücher über Nationalismus der „roten internationalen Führer“ der vater-

Aufmarsch der Frauen.

Zwei stark besuchte Frauenversammlungen legten gestern Zeugnis ab von dem großen Interesse der Frauen am Kampf unserer Partei um eine bessere Zusammensetzung von Reichstag, Landtag und Stadtverordnetenversammlung. Im einzelnen ist darüber folgendes zu berichten:

Der Zentral-Vollsaal

mar wieder überfüllt, als Genosse Cassin die Versammlung eröffnete, zu der fast ausschließlich nur Frauen und Mädchen erschienen waren, von denen viele keinen Platz mehr finden konnten und deshalb an den Seiten Aufstellung nehmen mußten.

Reichstagsabgeordnete Genossin Toni Sender, Berlin konnte den Proletarierinnen in einer temperamentvollen, für einfache Arbeiterfrauen verständlichen Rede das Ausbeuterregiment der Bürgerbürokratie Revue passieren lassen und ihnen auseinandersetzen, daß der durch die Gleichgültigkeit weiterer Arbeiterkreise zur Macht gekommene Bürgerbirokratie für das gesamte arbeitende Volk ein teures Geschäft geworden ist. Eingehend auf die Ursachen, die den letzten Reichstag vorzeitig zum Abbruch gebracht haben, führte die Rednerin aus, daß zwar die Deutsche Volkspartei durch die Ablehnung des Reichstagesgesetzes einen äußeren Anlaß geschaffen hat, aber dies ist nur gegeben, damit die Partei im Wahlkampf ihre Daseinsberechtigung beweisen kann, weil sonst ihre Wähler wirklich keinen Unterschied zwischen Volkspartei und Deutschnationalen hätten finden können. Der mit Verrat begonnene Reichstag ist mit einer Angst vor den Wählern beendet worden. Schmählicheren Verrat konnten die Deutschnationalen an ihren Wählern nicht üben, als sie es getan haben, seit sie in die Regierung einzogen und in Erfüllungspolitik machten. Verwunden waren die starken Heldentöne von der starken Hand und dem Aufstieg durch nationale Vorkriegspolitik. Ihre höchsten nationalen Grundsätze haben sie für 5,50 Mark Getreidegeld verkauft und auch das Zentrum bemühte sich, seine republikanische Gesinnung zu opfern, wenn es dadurch nur die Verkirchlichung der Schule erreicht hätte. Die Tatsache, daß es möglich war, eine gleiche Regierung zur Macht kommen zu lassen, wie die letzte im Kaiserreich, zeigt aber auch die Schuld des Volkes auf, das nur zu schnell vergessen hat und sich einreden ließ, daß es 1913 besser gewesen sei als 1923, ohne dabei zu bedenken, daß sich der von den Nationalisten angezettelte Krieg und die von ihnen bewußt injizierte Inflation auswirken mußten. Nur weil die Massen glauben, es genüge, alle vier Jahre einmal zu wählen, ist es gekommen, daß der proletarische Haushalt heute 182 Mark im Jahre für 3000 L. besteht, dem in der schonungslosesten Weise geführten Klassenkampfe des Bürgerturns mühte Schritt um Schritt der durch die Revolution erlangten sozialen Rechte wieder überlassen werden, weil die großen Proletarierkreise gleichgültig blieben, als sie außerhalb des Parlaments gegen die Ausbeuter zu Protesten auftraten wurden.

Da einigen kommunistischen Zwischentrütern das Fell gar zu sehr juckte, mußte ihnen Genossin Sender, zu ungenen sie es tat, verständlich machen, daß es konterrevolutionär ist, den Kampf gegen die eigene Klasse zu führen und daß selbst die schwerfälligen „Deutsche Bergwerkszeitung“ den Kommunisten attestiert hat, keine revolutionäre Partei zu sein, weil sie ihren Kampf ja nur gegen die Sozialdemokratie richtet. Mit dem Appell, am 20. Mai eine internationale Schuld durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels zu erfüllen, schloß die Rednerin ihre mehrfach von starkem Beifall unterbrochenen Ausführungen.

Die Stadtverordnete werden wollende Stalin-Kommunistin Sahne ließ es sich trotz der erhaltenen Abfuhr nicht nehmen, gegen die SPD. zu Felde zu ziehen, weil sie dem Erwerbslosenversicherungsgesetz und dem Arbeitszeitgesetz zugestimmt habe,

landschaftlichen Geistes, die Schriften eines Jean Jaurès, Kabbuchis oder Otto Bauer anzusehen, um zu erfahren, was Nation und Deutlichkeit für die Arbeiter bedeutet.

Angestelltenversammlung.

Der Zentralverband der Angestellten lobet seine Mitglieder zu einer Angestelltenversammlung auf Montag, den 14. Mai, in den großen Saal des Gewerkschaftshauses ein. Als Redner ist das Hauptorganisationsmitglied Fritz Schröder angekündigt über das Thema: „Der Wahltag, ein Schicksalstag für die Angestellten“. In dieser Versammlung sind Reichstagsmitglieder des Z.N. als Gäste eingeladen.

Der nächste Renntag in Grünliche.

Für keinen am Sonntag, den 20. Mai stattfindenden zweiten diesjährigen Renntag hat der Verein für Radfahren für die Dauerfahrer den „Großen und Kleinen Malen-Preis“ über 50 und 30 Kilometer, für die Berufsfahrer ein offenes Dauerfahren, ein Prämiensfahren und ein Ein-Stundenfahren und für die Amateure ein Punktefahren ausgeschrieben.

Die Belegung der Stehertennen ist bereits vollständig. Mit dem Seliger Emile Thallemeier hinter Gedamte, dem Haländer J. C. Ensel hinter Käfer, den Berliner Karl Seidow mit Karl Schuberz und Emil Lewanow mit Otto Schadebrodt sowie dem Breslauer Paul Thomas mit Karl Schuberz ist wieder ein ganz erstklassiges Feld zusammengestellt worden.

Wegen den am gleichen Tage stattfindenden Wahlen beginnen die Rennen erst um 6 Uhr nachmittags und werden gegebenenfalls bei elektrischer Beleuchtung zu Ende geführt.

„Gemüthliches Beisammensein.“

In dieser Nacht vom Dienstag wird uns mitgeteilt, daß in der „Peterstraße Wilhelmstraße“ ein Lotterieverein war. Vom 10er Verein seien nur einige Mitglieder als Gäste anwesend gewesen. Ein Mitglied des Lotterievereins habe ein Mädchen geschlagen, woraus der Streit entstand. Weder der Wehrherr noch der Revolverherr kein Mitglieder des 10er Vereins gewesen, sondern hätten dem Lotterieverein angehört. Richtig ist, daß sie unter den Gästen ein übles Chaos angerichtet haben.

* **Stinderwohlfahrt.** Heute findet die Ziehung statt, und die Ziehung selbst. Um 3 Uhr werden die ersten Ergebnisse bekannt gegeben.

* **Breslauer Schwertkämpferverein.** Am 15. Mai, 20 Uhr, findet in der Zula der Konfirmationsanstalt, Sternstraße 36, zur Einweihung des Hühnerens ein bunter Abend statt. Konzert, Vortrag, Kunstleistungen usw. haben dankenswerterweise ihre Mitwirkung zugesagt. Der Eintritt ist frei. Die Angehörigen der Mitglieder und die Freunde unserer Sache sind herzlich eingeladen.

* **Bei einem Radfahrer ungefallen** wurde am Mittwoch nachmittag an der Straßenbahnabzweigung vor den Kesseler Friedhöfen der 70 Jahre alte Pensionar Franz Hentschel, Kesselerstraße 11. Er lag so festig auf das Straßenpflaster, daß er eine blutende Verletzung am Kopfe erlitt und bewegungslos liegen blieb. Der Verunglückte mußte zur ersten Hilfeleistung zu einem in der Nähe wohnenden Arzt geschafft werden.

* **Des Lebens überdrüssig.** Vor der Fabrik von Hedmann in der Klein-Kochbörner Straße versuchte am Donnerstag abend der weinmüde Büroangestellte Ludeke Selbstmord zu verüben. Er gab mit einem Trammelrevolver zwei Schüsse auf sich ab, von denen ihn der letzte Schuß in die linke Brustseite

worauf sie Genossin Sender für das letzte einer Lüge erklärte, konnte und ihr erklärte, daß sich in der Frage des Erwerbslosenversicherungsgesetzes die SPD. ihre Haltung sehr wohl überlegen hätte, wenn sie die verantwortungsbewußte Arbeiterfraktion derselben Standpunkt zu eigen gemacht hätte.

Genosse Cassin stellte fest, daß sich bisher keine weiteren Wahlversammlungen in diesem Saale mit den Kommunisten durchgeführt hat und es daher vorbestanden geblieben ist, zu beweisen, daß sie trotz ihrer Bedeutungslosigkeit Arbeiterzerpflückerung zu treiben suchen. Anschließend wurde der padende Film „Die Schicksale“ vorgeführt, der die Ergründlichkeiten der bürgerlichen Parteien vor Augen führt und mit der Aufforderung schloß: Wählt Sozialdemokraten!

Bei Bräuer.

Die Versammlung in dem mit Parteifreunden reichlich besetzten Saale ließ erkennen, daß die Frauen nun endlich aufzumachen beginnen und sich ihrer Pflicht als Staatsbürgerinnen bewußt werden. Vor überfüllter Versammlung sprach an Stelle der verabschiedeten Genossin Bohm-Schuch-Berlin, die Genossin Cassin. Die Rednerin verstand es, die versammelten Frauen nachdrücklich auf die große Verantwortung aufmerksam zu machen, die gerade auf ihnen lastet. Unendlich viele Aufgaben sind es, die auf dem speziellen Gebiete der Hausfrau und Mutter gelöst werden müssen. Dabei ist es durchaus nicht gleichgültig, wenn viele Frauen arbeiten stehen; auf eine Frau kommt es an, daß sie ihren Einfluß auf allen Gebieten geltend macht. Die Rednerin erinnerte an das gewaltige Gewicht der Wohnungsnot, wie gerade die Frauen unter diesen Umständen zu leiden und viele Widerwärtigkeiten zu überwinden haben. Gerade die Frauen sind es, die durch die Abgabe der richtigen Stimmzettels einen großen Einfluß auf Wohnungsangelegenheiten ausüben können. Alle Frauen sollten bedenken, daß heute noch Mietverträge geschlossen werden, wo die junge Eheleute kontraktlich verpflichtet sind, daß keine Kinder geboren werden dürfen. Die Sozialdemokratie aber will, daß gerade den werdenden Müttern geholfen werde. Sie will, besonders die Frauen ihren Einfluß geltend machen müssen, um und Neuenbaugebiet und vor allem eine Schulreform. Die Bürgerlichen wissen ganz genau, daß die Forderungen der Sozialdemokraten nicht zu widerlegen sind, darum kommen sie mit verlegenen Unwahrheiten. Zwei Drittel der gesamten Steuern werden aus dem Volle aufgebracht. Aufgabe nicht nur der Männer, sondern auch der Frauen ist es, für eine gerechte Steuerverteilung einzutreten. Ein besonders wichtiges Gebiet, auf dem besonders die Frauen ihren Einfluß geltend machen müssen, sind die Zölle, durch die die Lebensmittel so ungeheuer verteuert werden. Millionen von Frauen haben bei der letzten Wahl offenbar diese Angelegenheit, die gerade sie am meisten angeht, übersehen. Jetzt wird es ihre Aufgabe sein, sich am 20. Mai daran zu erinnern, daß die sozialen Werte sie am meisten betreffen. Die Frau darf bei dieser Wahl nicht gleichgültig dastehen; es kommt auf jede Frau an, damit endlich einmal die unhalbbaren Zustände, unter denen das arbeitende Volk zu leiden hat, beseitigt werden. Die Frauen haben in der Wahl selbst in der Hand, wenn sie von ihrem Wahlrecht den richtigen Gebrauch machen. Den bürgerlichen Parteien muß dieses Mal eine Niederlage bereitet werden, damit das was gewordenen Proletariat seine Welt neu ordnen kann nach Grundrissen „Frieden, Freiheit, Brot“.

Gräuender Beifall lohnte die Rednerin für ihre trefflichen Ausführungen. Einige Ausschüsse aus der Revue: „Sopple wir wählen!“ fanden bei den versammelten großen Beifall. Genossin König schloß die imposante Frauenversammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie, das die Versammelten begeistert einstimmten.

traf. Der Lebensmüde wurde nach lebend aufgefunden und in einem Krankenwagen dem Wenzel-Hand-Krankenhaus gebracht.

* **Ein Fortemonnaie mit 150 Mark** entwendete ein Taiden dieb einen Kaufmann aus der Garküche, als dieser während einer Eisenbahnfahrt von Camenz nach Breslau eingeschlossen war. — In der Ernststraße entwendeten zwei unbekannt Männer einem angetrunkenen Arbeiter das Fahrrad. — Einem anderen betrunkenen Manne wurde auf dem Nachhausewege der Anorak ebenfalls das Fahrrad von unbekannt Männern gestohlen.

* **Einbrecher** stehlen sogar ihre Handwerkszeug. In der Nacht zum Donnerstag stahlten Einbrecher der Werkstatt eines Schlossermüllers in der Kleinfeldstraße einen Besuch ab und entwendeten 20 bis 40 Stück Wägen-Dietrich.

* **Ein schweres Motorradunglück** ereignete sich am Donnerstag vormittag 10 Uhr, Ecke Helmuth- und Strehlenstraße. Ein von der Helmuthstraße kommendes Motorrad wollte die Straße nach Strehlen abbiegen, als im selben Moment ein von Strehlen herkommendes Privatauto in möglichem Tempo gefahren kam. Der Motorradfahrer war seiner Maschine nicht mehr mächtig und fuhr mit voller Gewalt gegen das Auto. Monteure und Hilfsmonteure von Rabelney der Städtischen Elektrizitätswerke befreiten den Verunglückten aus seiner schrecklichen Lage. Ein Hilfsmonteur löstete sofort das Unfallauto an, das in kurzer Zeit zur Stelle war. Der Verunglückte wurde in das Wenzel-Handliche Krankenhaus gebracht.

* **Mit dem gestohlenen Fahrrad verunglückt.** Zu dieser polizeilichen Meldung wird uns mitgeteilt, daß das Motorrad nicht gestohlen war, sondern einem Freunde gehörte, von dem es sich zu einer Schwarzfahrt geliehen hatte.

Wasserstand

11. Mai.

Kaibör	1.53	Kanien (Unter-Regel)	1.50
Reife (Stadt) vom 10. 5.	0.57	Obenmühl	1.40
Reife (Land) vom 10. 5.	2.31	Abflungenge (schonlich 16 cm)	1.30
Bries (Kloster) vom 10. 5.	3.05	Kürstenberg vom 9. 5.	1.20
Treiden	1.24	Waherwärme + 10°	

Heute Freitag, letzter Tag!
Feme
 der größte amerikanische Antikriegsfilme
Rivalen
 der größte amerikanische Antikriegsfilme
 Für Jugend verboten
 Gebel-Sport-Kartell N. V.

Jetzt kaufen Sie billig!
 Aus eigener Anfertigung
Moderne Herr-Anzüge
 ein- und zweireihig
 40.-, 34.-, 26.- **21 Mk.**
 1 Posten
R'garn- u. Gabardine-Anzüge
 neueste Muster, **fabrikhaft billig.**
Sport-Anzüge
 in vielen Ausführungen
 nur **23**
Surcses- u. Knaben-Anzüge ebenfalls
 Windjackets, Brecheskosen
 Knickerbocker und Lederanzüge
 halt unter Preis.
Tuch- u. Maßgeschäft
Cheimowitz
 Sadowasstraße 4, III. Etage.
 3 Minuten vom Hauptbahnhof
Sonntag geöffnet!

• Schließliche Philharmonie. Auf das am kommenden Sonntag, nachmittags 11.30 Uhr, stattfindende erste Sinfonie-Konzert der neugegründeten Schließlichen Philharmonie (120 Musiker) im großen Saal des Breslauer Konzerthauses wird nochmals besonders hingewiesen. Generalmusikdirektor Erich Kleiber von der Staatsoper Berlin, der als Gastdirigent für das Konzert gewonnen wurde, ist bereits in Breslau zu den Rehearsalproben eingetroffen. Zur Aufführung gelangt die IV. Sinfonie von Beethoven, „Don Juan“, Fandango für großes Orchester von Richard Strauss und das Vorspiel zu „Die Meisterlieder von Nürnberg“. Kartenverkauf, nur bei den beiden Konzerten, direktions Hainauer (rechte Seite des Saales) und Hoppe (linke Seite des Saales) für die Studierenden der Universität und Hochschule werden nach Maßgabe des vorhandenen Platzes ermäßigte Karten ausgegeben. Dieselben sind nur am Sonntag vormittag an der Konzerthauskasse erhältlich. Preise: 3 Mark und 2 Mark (statt 6 Mark und 4 Mark).

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Sportklub. Raft-Übungsstunden. Durch Gesellschaftsmitgliedern wird der morgen, Sonnabend, stattfindende gemeinsame Übungsabend vom Lunapark nach der Turnhalle Steinstraße von 8-10 Uhr verlegt. Es üben nur Männer und Frauen und von jedem Verein nur zehn Mitglieder.

Kreis-Landsknechtensport. Mittwoch, den 16. Mai, abends 9 Uhr, bei Kiste, Frankfurter Straße, Sitzung des Spartenvorstandes.

Freie Turnerschaft Breslau, e. V. An alle Abteilungen. Die Jugendleiter jeder Männer-Abteilung (jede Abteilung mindestens zehn Mann) sind Dienstag, den 15. Mai, 10.30 Uhr, in der Turnhalle Wölgner Straße zur ersten Probe der Mannschaften für Waldenburg. Jede Abteilung muß bestimmt vertreten sein, bezüglichen der Jugendleiter.

Männer-Abteilung. Die für morgen angesetzte Abteilungsverammlung fällt infolge der Wahlverhandlungen aus. Sitzung, Freie Turnerschaft, 8. Abteilung, Sonntag, den 13. Mai, beteiligen sich alle Turngenossen an der Schickelberg. Treffpunkt früh 8 Uhr Schön-, Ecke Münsterberger Straße.

Freie Sportvereine Breslau, 1897, Jugend-Abteilung. Sonnabend, den 12. Mai, abends 8 Uhr, außerordentliche Jugendversammlung in der Turnhalle Brunnenstraße. **Handball-Abteilung.** Treffen zum Nachmärts am Sonnabend ist um 8 Uhr abends bei Kiste.

Kreisvereinschaft im Handball am 13. Mai. Für sämtliche Turnspieler und Reichhaltigen des 1. Bezirks 11. Kreis besteht anlässlich der Kreisvereinschaft strengstes Spiel- und Startverbot.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau“. Ausfahrten für Sonntag, den 13. Mai: 1. Abteilung: Nach Obernief, 6 Uhr früh vom Start Klosterstraße, Ecke Königgräber Straße. — 2. Abteilung: Nach Waldmühle, 6 Uhr früh vom Start Friedrichstraße. — 3. Abteilung: Nach Waldmühle, 6 Uhr früh vom Start Frigauer Platz. — 4. Abteilung: Nach Waldmühle, 6 Uhr früh vom Start Wassergraben. — 5. Abteilung: Nach Obernief, 6 Uhr früh vom Start Hefestraße 21 bei Club. — 6. Abteilung: Nach Waldmühle, 6 Uhr früh vom Start Hefestraße 115 bei Strahlen. — 7. Abteilung: Nach Strahlen-Kammelsberg, 6 Uhr früh vom Start Schönstraße. — **Jugendgruppe:** Nach Waldmühle, 6 Uhr früh vom Start Ring-Giljabethstraße. — **Sammelfahrer:** Nach Waderau, 1 1/2 Uhr nachmittags vom Start Frigauer Platz. — **Motorfahrer:** Nach dem Schältefeld, früh 7 Uhr vom Start Friedberg.

Freie Raft-Vereinigung Breslau, e. V. Montag, 20. Mai, im Kanonenhof Jugendversammlung, Sonnabend gehen alle Genossen zur Flugplatzverbreitung in ihre Bezirkslokale.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“. Sonntag, den 13. Mai, Fahrt von Deutsch-Willa nach Herrnpfisch, aber wie Abfahrt 6.04 Uhr Hauptbahnhof. Sonntagsfahrkarte Deutsch-Willa-Herrnpfisch. (Führer Pittner.) Kuriositäten haben am Sonntag, den 13. Mai, zu verleben Morgenau; Krusch, P. Neumann; Lehter Heller; Streit, Edleifer, Koch; Dswitz; Heilmann; Knapfmühle; Wiede, Hoffmann.

Bezirksverein der Athleten. Die Vereine werden ersucht, Rennen für die Mannschaftskämpfe bis zum 13. Mai an Sportgenossen Mende, Lewaldstraße 14, zu senden.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 30
Telefon: Dble 5452

Direkt 1. Sonnabend treffen sich alle Funktionäre und Wahlhelfer zu einer wichtigen Besprechung bei Scholz, Schillerstraße 23.

Direkt 2. Sonnabend, 19 Uhr, große Wählerzeitungs-Verbreitung von Kantor, Lewaldstraße 27, aus. Jeder Helfer hat zu erscheinen.

Direkt 3. Sonnabend, 20 Uhr, bei Graf, Waderstraße 37, außerordentliche Direktverammlung. Alle Funktionäre und Wahlhelfer müssen beizukommen.

Direkt 4. Wichtige Funktionär- und Wahlhelfer-Versammlung bei Wolf, Hedwigstraße 17, am Sonnabend, 20 Uhr.

Direkt 5. Morgen Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, Sitzung sämtlicher Funktionäre und Wahlhelfer im Gesellschafts-Restaurant. Um 8 Uhr trifft sich alles im gleichen Lokal zur Verbreitung der Wählerzeitung.

Direkt 6. Sonntag früh 8 1/2 Uhr trifft sich alles bei Graf, Waderstraße 37. Entschuldigung gibt es nicht. Wichtige Wahlarbeit ist zu leisten.

Jungerzeitungen.
Heute Freitag, Scheidemann-Versammlung. Sonntag früh 10 Uhr treffen sich alle Genossen zu wichtiger Wahlarbeit an der Parade. Montag Ensemble der roten Kiste: „Hoppa, wir wählen!“ in den Zentralballfäden. Jungordner Köpplow um 7 Uhr zum Ordnungsdienst. Dienstag Demonstration im Ostauer Tor. Jungsozialistischer Tagung ist bei Schuler, Wollwiger Straße 11, abzugeben.

Gruppe Scheidemann-Direktor. Sonntag früh 6 Uhr treffen sich bei schönem Wetter alle Radfahrer am Ring — Staupläule. Wir fahren auf Landspaziergang in die Gegend von Cauth. Wer sich aus anderen Gruppen beteiligen will, ist gern willkommen.

Sozialistische Arbeiterjugend.
Vole Stufen. Heute 18.30 Uhr (später) am Hauptportal Hauptbahnhof, Karten sind bereits gelöst.

Bibliothek. Montag, den 14. Mai, geöffnet von 19.15-20.15 Uhr.

Heim 2. Heute abend treffen wir uns 19.15 Uhr bei Stademaier und gehen zu der Scheidemann-Versammlung. Sonnabend treffen wir uns bei Rademaier um 20 Uhr und gehen auf Radfahrt nach Steine. Leitung Genosse Kufsch. Spielfestung wird auf Fahrt gewährt. Vorkostengebild nicht vergessen. Gutes willkommen.

Heim 4. Freitag gehen wir zur Scheidemann-Versammlung. Treffen 1.20 Uhr an der Anschlagtafel am Jettus Busch. Außerdem sind die Vorkostengebild Freitag zu haben. Sonnabend ist das Material in den einzelnen Distrikten abzugeben. Sonntag gehen wir auf Fahrt. Treffen 1.7 Uhr am Olexter? Kober's Theater.

Heim 7. Der heutige Heimabend fällt aus. Dafür treffen wir uns pünktlich 19 Uhr vor der Parade. Wir gehen in die Scheidemann-Versammlung. Besonders alle Parteien müssen pünktlich sein. Die Vorkostengebild mitbringen in die heutige Versammlung ihren Beitrag. Sonntag treffen sich alle Radfahrer pünktlich 6 Uhr vor der Parade. Abends sind wir 19 Uhr in der Turnhalle des Heim 2.

Heim 10 (Kosenthal). Wir sind heute abend 19 Uhr an der Kosenthaler Straße und gehen in die Scheidemann-Versammlung in den Jettus Busch, Luisenstraße. Heimabend heute nicht hat. Sonntag, den 13. Mai, treffen wir uns früh 6 Uhr vor der Schulze und gehen auf Halbtagesfahrt nach Wadergath. Gäste willkommen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Ortsverein, Kamerad Dudzinski vom Banner 10 ist verstorben. Die Kameraden des Ortsvereins Breslau werden heute heute während der Beerdigung um 15 Uhr am „Rechten Keller“ an.

Heute Freitag. Aufmarsch des gesamten Ortsvereins zur Begrüßung des Reichsbanner-Kameraden Scheidemann. Abmarsch von den Abteilungsstellen um 10.15 Uhr. Abfahrt 11.30 Uhr. Greifenberger-Abteilung 7 Uhr. 19 Uhr Treffpunkt. Abfahrt 19.15 Uhr. Hohenzollernplatz. Abfahrt 19.15 Uhr. Treffpunkt. Die Abteilungen müssen um 19.30 Uhr am Jettus Busch eintraffen.

Spielmannszüge. Heute Freitag Antreten mit den Abteilungen.

Radfahrzüge. Sonntag, den 13. Mai, 8 Uhr, Schloßplatz. Turnierer und Kampen teilnehmen. Tagesstour.

Platzkonzert. Sonntag, den 13. Mai, von 11-12 Uhr auf dem Wachtplatz.

Freiwillige Feuerwehrliche Jugendkassen.
16.3. Sonntag treffen wir uns 8 Uhr am „Rechten Keller“ zur Fahrt in die Wadergauer Wälder. Wir treffen uns dort mit der Deutsch-Litauer Gruppe. Nur bei Regenwetter ist das Verbot ab 18 Uhr geöffnet.

Suchbrennerjugend. Sonnabend haben wir Sonntagabend im Heim. Saitler- und Lappelerjugend. Alle Jugendkollegen treffen sich Sonnabend um 20 Uhr im Gesellschaftshaus, Galeriezimmer (Jugendheim). Bringt eure Berufskollegen mit!

Solzialarbeiterjugend. Alle Kollegen, die sich an der Pfingstfahrt beteiligen wollen, treffen sich zu einer kurzen Besprechung Montag abend 19 Uhr im Büro unseres Verbandes.

Ampliter Wetterbericht
Des Meteorologischen Observatoriums Kriekern bei Breslau.
(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten).
Die Mittelmeerströmung 24. Mai liegt jetzt mit ihrem Zentrum über Finnland. In der auf ihrer Rückseite von Norden vorgedrungenen Kaltluft kommt es nach und nach im Nordsüd zu leichten Fröhen. Der Zustrom der kalten Nordluft beginnt allmählich abzufahren, doch dürfte es vorläufig immer noch vorwiegend zu leichten gemäßigten Schauern kommen. Tagsüber beginnen die Temperaturen allmählich anzusteigen.
Nachrichten für das schließliche Flachland und die schließlichen Mittelgebirge:
Bei nordwestlichen Winden hart wechselnde Bewölkung, vereinzelt nach Schauer, verhältnismäßig kühl, Radfahrtauglich.
Nachrichten für die schließlichen Hochgebirge:
Bei nordwestlichem Winde wolkiges Wetter mit einzelnen Schneehäuten, anhaltender Frost.

Geschäftliches.
Die bekannte Firma Speiers Schuhwarenhaus A.G., die in vielen Städten Deutschlands ihre großzügigen und modernen Schuhhäuser besitzt, eröffnet Sonntag abend, den 12. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Saale Schweidnitzer Straße 3/4, Ecke Junkernstraße, eine neue, große Schuhfiliale. Der Umbau und die Einrichtung dieser neuen dritten Filiale wurde in kürzester Zeit durch erste Firmen Breslaus unter Leitung des Architekten Tschiller im modernsten Stil durchgeführt, so daß wir jedermann die Bekleidung dieses Geschäftes sehr empfehlen können. Die Damen-Abteilung befindet sich im parterre, Herren- und Kinder-Abteilung im ersten Stock. Die Stadwerke sind durch Aufzüge miteinander verbunden, um den Geschäftsverkehr so rasch und reibungslos wie möglich abzuwickeln. Anlässlich der Eröffnung bringt die Firma Speiers Schuhwarenhaus A.G., wie wir hören, extra billige Angebote, die wir den geschätzten Besuchern sehr empfehlen.

Kreis Neumarkt
Neumarkt, tödlich überfahren. Zwischen Maserowitz und Kauffe sprangen vier Knaben von einem Fuhrwerk ab, an das sie sich angehängt hatten. Einer von ihnen wurde von einem herannahenden Automobil überfahren und auf der Stelle getötet.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.
Kreis Breslau-Land.
Sonnabend, den 12. Mai:
Ortsverein Hartleb und Umgegend, Goltshaus Rosenberger, Hartleb, 20 Uhr. Monatsversammlung.
Ortsverein Kottbuschen. Bei Silla, Weigwitz, 20 Uhr. Monatsversammlung. Angehörige und Nichtmitglieder willkommen. Antreten 19.30 Uhr am Lustspielhaus Kottbuschen.
Sonntag, den 13. Mai:
Ortsverein Groß-Mosbren des Reichsbanner-Kreisvereins Republik. Goltshaus Schreier, Groß-Mosbren, 8.30 Uhr. Antreten zum Übungsabende.
Montag, den 14. Mai:
Abteilung 4 (Weiß). Übung. Spielplatz Goltshaus Schreier, Groß-Mosbren, 19.30 Uhr. Antreten sämtlicher Spielzeuge der Abteilung zum Übungsabende. Der Kreispräsident ist anwesend.
Dienstag, den 17. Mai:
Ortsverein Kottbuschen. Sämtliche Radfahrer Antreten zur Propagandafahrt um 12.30 Uhr am Lustspielhaus Kottbuschen.
Freitag, den 19. Mai:
Ortsverein Brodau, Mende's Balkhaus, Brodau, 19.30 Uhr. Monatsversammlung.
Ortsverein Weidwitz, Goltshaus Jaschke, Weidwitz, 19.30 Uhr. Monatsversammlung.
Ortsverein Dömitz, Volkshalle Dömitz, 19.30 Uhr. Monatsversammlung.
Sonnabend, den 19. Mai:
Ortsverein Schmölz, Goltshaus Raditz, Schmölz, 20 Uhr. Monatsversammlung.
Ortsverein Herrnpfisch, Goltshaus Wlaske, Herrnpfisch, 20 Uhr. Monatsversammlung.
Ortsverein Carlowitz, Goltshaus Krause, Schulstraße, 20.30 Uhr. Monatsversammlung.
Ortsverein Camallen, Goltshaus Wesner, Camallen, 19.30 Uhr. Monatsversammlung.
Ortsverein Herrmannsdorf, Goltshaus Gasse, Herrmannsdorf, 19 Uhr. Monatsversammlung.
Es ist Pflicht eines jeden Kameraden, die Veranstaltungen seines Ortsvereins zu besuchen.
Der Kreisleiter.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

New-// Großoffenbarung

der Speier-Ecke
Schweidnitzer Straße 3/4 Ecke Junkernstr.
Sonnabend, nachmittags 3 Uhr — Besonders billige Eröffnungsangebote:
12.50 **16.50**

Dam.-Spangenschuhe beige-rosé, Louis XV. Absatz, hoch apertes Frühjahrs-Modell . . . 12.50	Dam.-Spangenschuhe schwarz u. grau Nubuk m. ech. Louis XV. Absatz. 12.50	Dam.-Spangenschuhe echt Chevr., sekkfarbig, lindenblät., rosa-sekt. in den apart. u. eleg. Mod. 16.50	Dam.-Spangenschuhe in den neuesten Modelfarben mit elegantem, halbhoh. Absatz 16.50
Dam.-Spangenschuhe rot, die Modelfarbe, ech. Louis XV. Absatz 12.50	Herrn-Halbschuhe, braun, ech. Rahmenarbeit, außerordentl. billig 12.50	Dam.-Spangenschuhe mit Crèpesohle, beige u. braun, bes. preiswert . . 16.50	Dam.-Spangenschuhe meerschaum, ech. Chevreux, ech. Louis XV. Absatz, besonders eleg. 16.50
Dam.-Spangenschuhe meerschaum, pergamm., beige-rosé, Louis XV. u. Troffleur-Absatz . . . 12.50	Herrn-Stiefel, schwarz, solide Ausführung, extra billig 12.50	Dam.-Spangenschuhe beige-rosé, mit apart. Verzier., ech. Chevreau . . 16.50	Herrn-Halbschuhe, braun, ech. Rahmenarbeit, mit Crèpesohlen 16.50

Benützen Sie in Ihrem eigenen Interesse diese besonders billigen Angebote!

Speier's

Schuhwarenhaus A-G

Schweidnitzer Straße 3/4 Schweidnitzer Str. 10/11 Ohlauer Straße 87
Ecke Junkernstraße (Speier-Ecke) Gerstelhaus, Ecke Karlstraße Goldene Krone, Nähe Ring

Schuhunternehmern größten Stiles Verkaufsstellen in vielen deutschen Städten

In allen Städten, in denen wir großzügige, moderne Schuhhäuser besitzen, ist der Name **Speier** durch die erstaunlich große Leistungsfähigkeit und demzufolge durch Riesenumsätze bekannt. Wir wollen deshalb auch unsere neue Verkaufsstelle rasch einführen und bringen zur Eröffnung ganz besonders billige Angebote in modernsten Frühjahrschuhen zu unseren berühmten Einheitspreislagen: **12.50 u. 16.50**

Die Schuhe sind mit Luftballon gratis!

Wer trägt fremde Federn?

Zentrum, Sozialdemokraten und Arbeitslosenversicherung.

Das Zentrum leidet an einer fixen Idee. Es bildet sich allen Ernstes ein, der sozialpolitische Fortschritt sei einzig und allein ihm zu verdanken; die Sozialdemokratie dagegen sei an diesem Fortschritt völlig unschuldig und wolle sich nur mit fremden Federn schmücken. „Seit Bestehen der Republik“, schreibt die Zentrumspresse, „war die Sozialdemokratie 3 1/2 Jahre in der Regierung und 5 1/2 Jahre in der Opposition. Sowohl die Arbeitslosenversicherung als auch das Arbeitsgerichtsge- richtsge- richt sind zustande gekommen in einer Zeit, in der die Sozialdemokratie nicht in der Regierung war. Beide Gesetze sind vom Reichsarbeitsminister Dr. Brauns ausgearbeitet worden.“

Gegenüber dieser geradezu naiven Schlussfolgerung muß immer wieder festgestellt werden, daß ohne die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und ohne die freien Gewerkschaften die Arbeitslosenversicherung und das Arbeitsgerichtsge- richtsge- richt überhaupt nicht gekommen oder doch bedeutend schlechter ausgefallen wären. Natürlich hat auch das Zentrum sozialpolitische Arbeit geleistet, denn es mußte doch schließlich auf seine Arbeit unter dem Druck der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der freien Gewerkschaften Schritt vorwärts getrieben werden. Wie war es denn beim Kampf um die Arbeitslosenversicherung? Die Sozialdemokratie hat in diesen Fällen weitestgehende Anträge gestellt. In einem Teil dieser vielen Fälle gelang es, das Zentrum für diese Verbesserungen zu gewinnen, in vielen aber nicht. Hat nicht die Sozialdemokratie z. B. in der Höhe der Unterstützung beachtenswerte Vorschläge gemacht, um vor allem den Unterstützungssatz der Geringverdiener zu verbessern? Hat nicht die Sozialdemokratie eine Anwartschaftszeit von 13 Wochen gefordert, während vom Bürgerblock eine solche von 28 Wochen durchgehend wurde? Das Zentrum, das läßt sich nun einmal nicht leugnen, mußte bei der Arbeitslosenversicherung des öfteren zum Besseren gezwungen werden. Wie war es denn bei den Versuchen, eigene Versicherungen für einzelne Verbände zu schaffen? Erst dem Eingriff der Sozialdemokratie ist es zu verdanken, daß dieser Zwang vermieden wurde, den zu beschreiten auch das Zentrum verächtlich viel Lust zeigte. Und die Unterstützung für die auf Wanderschaft befindlichen Erwerbslosen? Hier erklärt die Zentrumspresse, der Antrag, den Wandernden Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, sei auf Veranlassung der Zentrumsabgeordneten Frau Teusch und Andre in das Gesetz hineingekommen. Die Sozialdemokratie habe diesem Antrag zugestimmt, aber nicht mehr getan. Nur Leute, die an Größenwahn leiden, können diesen Antrag als entscheidenden Anstoß für die Sicherung der Unterstützung der wandernden Arbeitslosen betrachten. Haben nicht die Gewerkschaften seit Jahrzehnten für die Reiseunterstützung gekämpft und sich für deren Ausbau eingesetzt? Hat nicht der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge, an deren Spitze Herr Polliigkeit, Frankfurt a. Main, steht und in dem auch sozialdemokratische Einflüsse bestehen, großen Anteil an der Wandererfürsorge? Ist nicht wiederholt während der Beratungen über die Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung von der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften die Unterstützung der auf Wanderschaft befindlichen Arbeitslosen verfochten und gefordert worden? Wenn Frau Teusch mit ihrem Antrag etwas eher herausbräte, als die Sozialdemokratie, dann handelt es sich dabei um eine reine Zufälligkeit, die für die Frage, wem der Verdienst an der Sicherung der Wandererfürsorge zuguzuschreiben ist, absolut nichts befragt.

Die Sozialdemokratie hat es wirklich nicht nötig, sich in der Frage der Arbeitslosenversicherung mit fremden Federn zu schmücken. Der Sozialdemokratie ist der Ausbau der Erwerbslosenfürsorge und schließlich deren Umbau zur Versicherung zu verdanken. Sie hat die Dämme gegen die bisher mit der Arbeitslosigkeit verbundene fürchterliche Existenznot gebaut, während das Kapital nur hängende und hülflose Arbeitskräfte haben wollte, das Zentrum bei der Reformarbeit mitgeschleift werden mußte und die Kommunisten abseits standen und maulten. Der Sozialdemokratie gehören daher die Stimmen der Arbeiter und Angestellten.

Wiederaufnahme der Arbeit in der sächsischen Metallindustrie.

In der sächsischen Metallindustrie haben sich, nachdem der Reichsarbeitsminister die Schiedssprüche für verbindlich erklärt hat, beide Parteien dahin ausgesprochen, daß sie sich für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit einsetzen werden. Die Wiederaufnahme der Arbeit ist zum Teil bereits am Donnerstag erfolgt.

Der Schiedsspruch für die hannoversche Metallindustrie

Er von den Gewerkschaften abgelehnt und von den Unternehmern angenommen worden. Da die Unternehmern beim Reichsarbeitsministerium den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches gestellt haben, finden heute, Freitag, im Reichsarbeitsministerium neue Verhandlungen statt.

Aus dem Sowjetparadies.

Gehälter der industriellen Angestellten.

Wahre Hungerkünstler müssen die industriellen Angestellten in Sowjetrußland sein. Das Durchschnittsgehalt beträgt bei der großen Masse der industriellen Angestellten 60 bis 90 Rubel den Monat. In Moskau, Leningrad und anderen Großstädten liegt der Rubel gegenwärtig seiner Kaufkraft nach ungefähr einer Mark gleich. Gewissen an den deutschen Gehältern sind die durchschnittlichen Gehaltsätze der russischen Angestellten einfach jämmerlich niedrig.

25 Jahre Gauversteher.

Ein seltenes Jubiläum kann am 11. Mai der Verleger des Sächsischen Schützen im Verbands der Deutschen Jagdverleger, Herr Karl Fiedler, begehen, der an diesem Tage auf eine ununterbrochene 25-jährige Tätigkeit als Gau-

versteher zurückblicken kann. Seit 31 Jahren in der Arbeiterbewegung als Funktionär tätig, verkörpert sich in dem Jubilar ein Stück Organisationsgeschichte der Jagdverleger. In den Jahren 1897 bis 1903 lehrte wir unseren Altan als Vorführer des Breslauer Ortsvereins und als Vorkämpfer des heutigen Tarifwesens bei der Einführung der Tarifgemeinschaft, sowie als eifriger Befürworter des im Jahre 1899 gegründeten Arbeiterssekretariats, bis ihn im Jahre 1903 das Vertrauen der Kollegen an die Spitze des Gauvereins berief. Ein großer Wirkungskreis eröffnete sich unserem Fiedler. Hatte der Verband zwar in Breslau und den meisten Städten der Provinz festen Fuß gefaßt und wirkte dank der Tarifgemeinschaft richtunggebend in bezug auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, so gab es aber in den kleinsten Druckorten noch genügend nachzuholen. Bei der bekannten Einstellung der sächsischen Unter-

Die Arbeitgeberverbände der sächsischen Mühlenindustrie, die Bäckereien zu Dresden und die Schlitzenbrotfabrik haben die Brotpreise auf 90 bzw. 84 Pf. für das viersündige Brot erhöht.

Damit hat es der deutchnationale Ernährungsminister Schiele glücklich zuwege gebracht, daß das Brot doppelt so teuer ist wie vor dem Kriege. Die Massen können darben, wenn die Großkagarrer nur ihre Exportprämie erhalten. Wählerinnen und Wähler, denkt daran am 20. Mai.

W ä h l e i t !

Die Wirkungen der Geldpolitik des Bürgerblocks.

Dargestellt an dem Geschäftsbericht der Kommunalbank für Niederschlesien.

Kr. Der Kommunale Giroverband Niederschlesien und die Kommunalkasse für Niederschlesien veröffentlichen jeden ihren Geschäftsbericht und ihre Bilanz für das Jahr 1927. Das Jahr 1927 ist das erste Geschäftsjahr, in dem beide Institutionen in ihrer durch das Ausschleiden der Kommunalkassen der Provinz Oberschlesien hervorgerufenen verkleinerten Gestalt arbeiteten. Außerdem sind auch im Jahre 1927 noch weitere Zweiganstalten ausgeschieden. Einmal schied der Kreis Groß-Sirehlich aus, der seine Zweiganstalt auf die Provinzialbank Oberschlesien übergab, und sodann die Landgemeinde Schlegel, Kreis Neurode, weil deren Sparkasse sich in eine Zweiganstalt der Kreisbank umwandelte. Dadurch ist natürlich der Umfang der Geschäftszunächst nicht unwesentlich zurückgegangen. Das Jahr 1927 hat aber an sich selbst eine so große Steigerung des Geschäftsumfanges mit sich gebracht, daß insgesamt noch eine Steigerung des Geschäftsvolumens dabei herauskam. Z. B. liegt der kommunale Giroverkehr im Jahre 1927 nach Beiträgen und Postenzahl von 492 624 076,17 RM. auf 594 088 536,87 RM. bzw. von 378 662 auf 539 888. Der Geldumlauf ist also um 20 Prozent, die Postenzahl um 42,5 Prozent gestiegen. Der Jahresumlauf im Kontokorrentverkehr liegt sogar von 1 713 559 798,61 RM. auf 1 769 715 149,07 RM. im Jahre 1927. Der Gesamtumlauf der Zentrale Breslau allein liegt von 2702 Millionen im Jahre 1926 auf 3090 Millionen im Jahre 1927.

Leider ist der erzielte Gewinn nicht entsprechend gestiegen. Er betrug im Jahre 1927 180 539 Mark. Die relative Geringfügigkeit des Gewinns, der nur eine Verzinsung des Betriebskapitals von 4 1/2 Prozent erlaubte, während 91 000 Mark dem Sicherheitsvermögen zugewiesen werden mußten und 15 000 Mark für geplante Umbauten zurückgestellt wurden, der überdies noch der Anteil der Zentrale an den Gewinnen der Filialen entfällt, erklärt sich unter anderem daraus, daß den Verdiensten aus dem sehr verzögerten laufenden Geschäft nicht unerhebliche Kursverluste der Bank gegenüberstehen. Diese Kursverluste sind der Zentrale wie auch den angeschlossenen Sparkassen besonders aus ihrer Zeichnung auf die Reichsanleihe vom Februar 1927 erwachsen. Der Geschäftsbericht schildert eingehend, wie es zu diesen Verlusten gekommen ist, und macht bei dieser Gelegenheit höchst bemerkenswerte Mitteilungen über die Finanz- und Geldpolitik des Reichs und der Reichsbank und deren Auswirkungen auf das deutsche Wirtschaftsgeschehen.

Der Geschäftsbericht stellt zunächst fest, daß zu Anfang des Jahres 1927 in Deutschland eine außerordentlich große Geldfülle herrschte, die einen teilweise sogar übertriebenen Optimismus in bezug auf die weitere Entwicklung des Geld- und Anleihemarktes hervorrief. Besonders, ja übertrieben optimistisch waren das Reichsfinanzministerium und die Reichsbank. Dieser Optimismus veranlaßte sie, im Februar 1927 die große Reichsanleihe von 500 Millionen RM. anzulegen. Damals war der Geldmarkt so flüssig, daß das Reich diese Anleihe zu fünf Prozent bekommen konnte, aber es zeigte sich sehr bald, daß das Reich den Geldmarkt dabei zu stark in Anspruch genommen hatte. Diese große Anspannung des Kapitalmarktes hatte zur Folge, daß die Geldlage sich rapide verschlechterte und daß binnen kurzem die Abzugsfähigkeit für langfristige Anleihen fast vollkommen dahinwandelte. Gleichzeitig stieg natürlich auch der Zinssatz für solche Anleihen rapide und betrug Ende des Jahres 1927 bereits wieder acht Prozent. Das hatte weiter zur Folge, daß niemand mehr die nur fünf Prozent bringende Reichsanleihe kaufen wollte, und obwohl bereits im August 1927 das Reich nachträglich den Zinssatz der Reichsanleihe auf sechs Prozent erhöhte, sank die Reichsanleihe stark im Kurs. Die Sparkassen und Banken, die als Zeichner aufgetreten waren, konnten deshalb diese Anleihe nur zu sehr viel niedrigerem Kurs weitergeben, so entstanden ihnen aus der Zeichnung dieser Anleihe die angegebenen sehr beträchtlichen Kursverluste.

Wegen dieser Kursverluste kann der Kommunalkont und ihre Sparkassen nicht der geringste Vorwurf gemacht werden. Die Vorwürfe können sich allein gegen die Reichsbank und gegen den Reichsfinanzminister richten, die eine so unverhältnißvolle Geldpolitik getrieben haben. Diese Geldpolitik hatte nämlich noch weitere schlimme Wirkungen. Infolge der Ueberbeanspruchung des Kapitalmarktes durch das Reich waren nämlich im späteren Verlauf des Jahres 1927 die Lieferungsverhältnisse für fastvergnügte Werte so gering, und war auf der anderen Seite das Anlagepublikum durch die Kursrückgänge der Reichsanleihe in so hohem Maße von weiteren Käufen abgelenkt, daß die Kommunalkasse nur unter sehr schweren Verhältnissen ihrer Aufgabe, den Kommunen und Kommunalkassen Anleihen zu vermitteln, nachkommen konnte. Hinzu kommt, daß, wie bekannt, in der zweiten Hälfte des Jahres 1927 das Reichsfinanzministerium und der Reichsbank die Aufnahme von Anleihen im Auslande auch der Kommunen fast vollkommen unmöglich gemacht wurde. Uebrigens betont bei dieser Gelegenheit auch der Geschäftsbericht der Kommunalkasse, die es doch wirklich wissen muß, daß sie ja demers mit der Anleihebeschaffung für Kommunen zu tun hat, daß keine Rede davon sein kann, daß die Kommunen verschwendend wirtschafteten und leichtfertig Anleihen aufgenommen hätten. Die Schwierigkeiten blieben sehr groß, trotzdem im Laufe des Jahres 1927 der Bestand an Sparanlagen sich bei den deutschen

nehmer und den Separationsgelüsten des Deutschen Buchdruckervereins war es keine leichte Arbeit, dem Tarifvertrag auch in diesen kleinen Druckorten Geltung zu verschaffen. — Seit 1911 als Angehöriger des Verbandes und als Gehilfenvertreter tätig, hat ihn die sächsische Kollegenschaft seit 1899 zu allen Verbandstagen delegiert und damit den Beweis des gegenseitigen Vertrauens zum Ausdruck gebracht. Groß und stark ist der Buchdruckerverband und die Gewerkschaftsbewegung geworden. Daran hat auch der Jubilar zu seinem Teile mitgewirkt. Die Achtung, die ihm an dem Ehrentage von seinen Berufsgenossen zuteil wird, ist der beste Beweis für die kollegiale Wertschätzung und den Ausdruck des Dankes für die gewiß nicht leichte Arbeit eines Gewerkschaftsfunktionärs.

Standalöse Zustände

müssen in dem Betriebe (Goldener Hecht) Neuschstraße 65, Inhaber E. Sternagel-Haake, herrschen. Wiederholt wird bei uns Klage darüber geführt, daß die dort Beschäftigten außergewöhnlich lang arbeiten müssen. Das Küchenpersonal wird durchweg wöchentlich bis 80 Stunden, das Ladenpersonal wöchentlich bis 64 Stunden beschäftigt. Dazu kommt, daß die Logierzimmer für die Beschäftigten von Wangen wimmeln, so daß in den wenigen Ruhestunden das Personal dann auch keine Ruhe hat. Die Bettwäsche wird höchst selten einmal gewechselt. Vorhänge dürfen sich die weiblichen Angestellten vor die Fenster nicht machen, damit die „gnädige Frau“ die Schlafräume ungehindert beobachten kann. Daß auch andere Leute die Schlafräume sehen können, stört sie dabei nicht.

Wir hatten vor einiger Zeit das Gewerbe-Aufsichtsamt auf diese Zustände aufmerksam gemacht und den Beschäftigten erhalten, daß das Erforderliche veranlaßt worden sei. Nach der Revision durch das Gewerbe-Aufsichtsamt wurde von dem Inhaber und dessen Frau, dem Personal Mitteilung gemacht, daß sie jetzt darüber informiert sind, daß die Angestellten sogar wöchentlich bis 69 Stunden beschäftigt werden dürfen. Wir glauben nicht, daß das Gewerbe-Aufsichtsamt eine derartige Auskunft dem Inhaber gegeben hat. Um aber nun endlich einmal dort andere Zustände herbeizuführen, haben wir die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben.

Sparkassen im allgemeinen und auch bei den Sparkassen von Niederschlesien und Oberschlesien gut entwickelt hat.

Ende 1926 betrug die Summe der Sparanlagen für ganz Schlesien 153 Millionen Reichsmark, Ende 1927 betrug sie allein für Niederschlesien 160,7 Millionen Reichsmark, für Oberschlesien 52,7 Millionen Reichsmark, zusammen also 233 Millionen Reichsmark. Das ist eine Steigerung von mehr als 50 Prozent des vorjährigen Bestandes. Auch die kurzfristigen Einlagen sind von 27 auf 35 Millionen angewachsen.

Der Geschäftsbericht der Kommunalkasse für Niederschlesien ist also nicht nur für die Provinz Niederschlesien selbst und die Geldverhältnisse in ihm interessant, sondern wirkt auch interessante Schlaglichter auf die Gesamtlage auf dem deutschen Geld- und Kapitalmarkt und auf die Geldpolitik der Reichsregierung und der Reichsbank.

Zur Eisenpreiserhöhung.

Das Ausmaß der Erhöhungsanträge.

Düsseldorf, 10. Mai. Von authentischer Seite wird mitgeteilt, daß von den Verbänden der Eisen schaffenden Industrie folgende Preiserhöhungsanträge vorgelegt worden sind: Für Halbzeug 4 Mark, für Normeisen 4 Mark, für Stabeisen 4 Mark, für Bandeisen 6 Mark, für Walzdraht 7 Mark und für Grobblech 7 Mark. Eine Preiserhöhung für Roheisen wird nicht beantragt, da die Verhältnisse auf dem Gebiet der Roheisenerzeugung insofern anders gelagert sind, als es hier eine Anzahl von Hütten gibt, die keine eigene Kohle verwenden, die also Koks zu unveränderten Preisen zu kaufen in der Lage sind. Im übrigen verbietet auch die Marktlage eine Preiserhöhung für Roheisen. Ausschlaggebend war schließlich auch die Tatsache, daß Roheisen den ganzen Rohstoff für die deutsche Maschinenindustrie und zwar in Form von Gießereieisen darstellt und daß man eine Verteuerung der Maschinenfabrikation unter allen Umständen vermeiden zu müssen glaubt. Die Frage, ob auch die Preise für Röhren erhöht werden sollen, ist noch nicht geklärt, ebenso wie auf dem Gebiet der Drahtverfeinerung noch Beratungen stattfinden.

Der Sinn dieser verkauften Darstellung ist, daß der Wirtschaftsminister umgefallen ist und in die von der Schwerindustrie angeforderte Preiserhöhung einwilligt. Die Eisen verarbeitende Industrie hat die Lage ganz richtig erkannt. Sie verzichtet auf einen Einspruch gegen die Preiserhöhung und sucht durch eine Revision der Qualitätsüberpreise zu retten, was noch zu retten ist. Sie hat aus dem Verhalten des Reichswirtschaftsministers bei der ersten Preiserhöhung, die erst einige Monate hinter uns liegt, den richtigen Schluß gezogen. Damals zog der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius sein berühmtes Warnungssignal auf und drohte mit der Kartellverordnung. Diese Drohung ging aber aus wie das Hornberger Schießen und die Schwerindustrie erhielt ihre Preiserhöhung bewilligt. So wird es auch jetzt kommen.

Man kann nur annehmen, daß der Reichswirtschaftsminister sich nicht von wirtschaftlichen, sondern von politischen Gründen bestimmen läßt. Er will die Schwerindustrie, der er ja in mannigfacher Beziehung nahe steht, nicht verstimmen, weil er weiß, wie sehr der Wahlkampf der Deutschen Volkspartei von den Zuschüssen der schweren Industrie abhängt.

Die von der Schwerindustrie verlangte Preiserhöhung ist jedoch phantastisch hoch. Eine Steigerung der Preise zum Beispiel für Grobblech um 7 Mark steht in keinem Verhältnis zu der Kohlenpreiserhöhung. Diese beispiellose Verteuerung des Rohmaterials muß sich auch auf die verarbeitende Industrie, auf die ganze Konjunkturalentwicklung und die Arbeitsmarktlage auswirken. Dafür ist der deutsch-volksparteiliche Wirtschaftsminister Dr. Curtius und seine Partei verantwortlich. Gerade die Geschichte der letzten Eisenpreiserhöhung beweist aufs neue, daß es höchste Zeit ist, mit einer verantwortungslosen Interessentenpolitik zu brechen. Das wird unter anderem eine Aufgabe der Sozialdemokratie im neuen Reichstag sein. Wer dieses Ziel unterstreichen will, wählt am 20. Mai

Liste 1.

Vinke-Hofmann fusioniert sich.

Die geplante Fusion der Vinke-Hofmann-Werke A.G. mit der Waggonfabrik Buzik-Bauhen und der Waggonfabrik Berdau ist grundsätzlich perfekt geworden. Die entscheidende Aufsichtsratsprüfung der Vinke-Hofmann A.G. findet Ende dieser Woche in Berlin statt. Am gleichen Tage hält die Waggonfabrik Buzik ihre Aufsichtsratsprüfung ab. Vor der Stellungnahme der Aufsichtsräte zu den Vorschlägen der Verwaltung können Einzelheiten der Uebereinkommen noch nicht mitgeteilt werden. Im wesentlichen sind die Grundzüge der Fusion die gleichen, wie sie in den Presseeröffnungen der letzten Zeit wiedergegeben wurden.

Folgeschwerer Gerüstesturz in Neapel.

In Neapel ereignete sich auf einem Bau durch den Einsturz eines Gerüsts ein schweres Unglück, das mehrere Tote und zahlreiche Verletzte forderte.

Ein schweres Eisenbahnunglück,

das neun Tote forderte, hat sich in Göttingen in Mittelitalien ereignet. Durch den ankaltenden Regen erfolgte in der Nähe einer Eisenbahnlinie ein Erdbeben, von dem zwei Häuser erfasst wurden. Ein Personenzug, der bald darauf die Strecke passierte, entgleiste infolge der Gesteinsmassen, die die Schienen bedeckten. Sämtliche Wagen des Zuges stürzten um. Unter den Trümmern wurden drei Tote geborgen, von den Gesteinsmassen der in die Tiefe gerissenen Häuser wurden sechs Personen erschlagen. Achtzehn Personen haben Verletzungen erlitten.

Großer Waldbrand in der Grenzmark Posen-Westpreußen.

Ein Waldbrand vernichtete Donnerstag in den Oberförstereien Schönthal und Pleinich bei Schneidemühl etwa 500 Morgen Wald. Das Forsthaus Hirschthal war durch die Flammen so stark bedroht, daß die Bewohner schon die Räumung in Angriff nahmen. Die Gefahr konnte jedoch noch abgewendet werden. Man nimmt an, daß der Brand durch Waldarbeiter, die bei ihrer Arbeit geraucht haben, entstanden ist.

Später wird gemeldet:

Das Feuer, das heute mittag im Forstbezirk Marienbrück der Oberförsterei Schönthal infolge Unvorsichtigkeit eines Waldarbeiters ausbrach, hat nach amtlichen Schätzungen über 7000 Morgen zum Teil schlagbares Holz vernichtet. Die Bevölkerung aller umliegenden Ortschaften, Schutzpolizei aus Schneidemühl und Reichswehr aus Deutsch-Krone beteiligten sich an den Löscharbeiten. Zur gleichen Zeit entstand nicht weit von diesem Brandherd in der Försterei Obericeerofen ein Brand, der ebenfalls etwa 500 Morgen Wald vernichtete.

Kältewelle in Europa.

Donnerstag morgen wurden in Berlin nur zwei Grad Wärme festgestellt. Regenschauer wechselten in der vergangenen Nacht mit leichtem Schneegestöber ab, so daß teilweise sogar Schnee auf den Dächern zu sehen war.

Auch in Paris ist die Temperatur in den letzten Tagen merklich gefallen. In Mittelfrankreich und Lothringen ist sogar dichter Schnee gefallen. Hagelschläge richteten schweren Schaden in der Landwirtschaft an.

Über Weiz u. a. Land ging Mittwoch ein schwerer Orkan hinweg, der zahlreiche Telegraphenleitungen und in Münst sogar die elektrische Stromleitung brachlegte.

Auch in Dresden ist ein plötzlicher Witterungsumschwung eingetreten, der zu großen Befürchtungen namentlich hinsichtlich der Obsterte Anlag gibt. Nachdem am Mittwoch abend heftiger Sturm tobte, setzte am Mittwoch starker Schneefall ein.

Orkan über Ragusa.

In Ragusa richtete in der vergangenen Nacht ein Orkan großen Schaden an. Ein in Bau befindliches Schulgebäude und ein Wohnhaus stürzten ein. Aus den Trümmern wurden drei Tote und mehrere Verwundete geborgen.

Autounfall des Leipziger Polizeipräsidenten.

Am Mittwoch nachmittag ereignete sich in Radewitz bei Dresden an einer Straßenkreuzung ein heftiger Zusammenstoß zwischen einem Personen- und einem Lastkraftwagen. Ersterer wurde stark beschädigt und mußte später abgeschleppt werden. In dem Personentransportwagen befanden sich der Polizeipräsident von Leipzig, Gleißner, der unversehrt blieb, ferner der Regierungsrat Seiland und ein Bürodirektor, die beide leichte Verletzungen erlitten.

Das Urteil im Hochstaplerprozess Frau Brünjes und Genossen.

In dem Hochstaplerprozess gegen Frau Mary Brünjes, die Ehefrau eines bekannten Leipziger Großkaufmanns, ihren Sohn Heinrich und Genossen vor dem Schöffengericht in Leipzig, wurde folgendes Urteil gefällt: Frau Brünjes wegen Betruges in 103 Fällen im Zusammenstoßen mit schwerer Privatuntersuchung zu drei Jahren Gefängnis und zwei Jahren Ehrenrechtsverlust, ihr Sohn Heinrich Brünjes wegen Betruges in 68 Fällen zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrenrechtsverlust. Der Rechtsanwältin Gustaf Schwarz wegen Beihilfe zum Betrug in 61 Fällen zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis. Der Hypothekensmakler Gustaf Bennemann wegen Beihilfe zum einfachen Betrug in sechs Fällen und Beihilfe zum Rückfallbetrug in drei Fällen zu zehn Monaten Gefängnis. Ein weiterer Angeklagter wurde freigesprochen. Die Angeklagten haben sich nach der Zusammenstellung des Gerichts insgesamt 300 000 Mark unter falschen Vorpiegelungen verschafft.

Eine neuartige Wahlpropaganda.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bedient sich für ihre Wahlagitiation eines neuen Propagandamittels. Sie läßt in den großen Städten, hauptsächlich an Frauen, Seifenstücke verteilen, die mit propagandistischen Aufschriften versehen sind und viel lieber entgegengenommen werden als Zettel und Broschüren.

Wegen Mißhandlung eines Schutzmannes

verurteilte das Kölner Schöffengericht einen Mann aus Frechen bei Köln zu einjährig Jahren Gefängnis. Der Verurteilte hatte mit einer Schredpistole Unfug getrieben. Als er von dem Schutzmann verwahrt wurde, bezog er diesen nieder und zertrampelte mit den Füßen das Gesicht des am Boden Liegenden bis zur Unkenntlichkeit. Der Beamte hatte schwere Verletzungen erlitten, daß er noch heute, nach einem Jahre, seinen vollen Dienst nicht aufnehmen kann.

Ein Zwanzigjähriger wegen Raubmordes zum Tode verurteilt.

Das Schwurgericht Schwerin verurteilte den 20 Jahre alten Bootsbauerehrliche Erich Bruhn aus Spandau wegen Raubmordes zum Tode. Bruhn hatte im August 1927 den Musiker Ernst Brandt aus Berlin bei Ludwigslust umgebracht, um sich in den Besitz von Ausweispapieren zu setzen. Der Angeklagte nahm das Todesurteil an.

Eine Prostituierte ermordet.

Der vor einigen Tagen im Rhein in Köln gemachte graufige Leichenfund geht seiner Aufklärung entgegen. Es ist jetzt einwandfrei festgestellt, daß es sich bei der Toten, von der nur der Kumpf gefunden wurde, um die 33jährige Ehefrau Creter handelt, die der Prostitution nachging. Sie hatte am 20. April ihre Wohnung verlassen und einen Ledertroffer mitgenommen, in dem sich ihre Kleider, Wäsche usw. befanden. Inzwischen hat sich bei der Kriminalpolizei in Köln ein Mann gemeldet, der angab, daß er bereits seit dem letzten Apriltag die Creter, die seine Geliebte gewesen sei, vermisse. Sie habe als Dirne in einer Dachkammer der Maibachstraße gewohnt. Dort sei es zwischen ihnen zu einem heftigen Streit gekommen, wobei die Creter erklärt habe: „Du siehst mich niemals wieder.“ Dann sei sie mit ihrem Koffer gegangen und nicht wiedergekehrt. Der Mann konnte sein Alibi nachweisen. Die Nachforschungen nach dem Mörder werden fortgesetzt.

Großfeuer bei Grünau.

In einem Bootschuppen bei Richtersborn nahe Grünau brach Donnerstag nachmittag, angeblich durch Unachtsamkeit, ein Feuer aus, das schnell um sich griff und das dortige sehr bekannte Vergnügungsort mit drei ausgedehnten Schuppen, in denen etwa hundert verschiedene Privat-Ruderboote untergebracht waren, einäscherte. Infolge des herrschenden Sturmes waren die Wehren von Grünau, Schmöckwitz, Köpenick, Schneeweide und anderen Orten sowie das Löschboot III vom Osthafen Berlin und ein Löschzug der Berliner Berufsfeuerwehr unter Leitung des Oberbranddirektor Gempff fast machtlos. Der Sachschaden ist erheblich.

Zwei Todesopfer einer Motorrad-Schwarzfahrt.

Bei einer Motorrad-Schwarzfahrt stießen die Technikumschüler Rohn-Hannover und Gille-Oberhausen bei Lemgo nach dem Besuch einer Gastwirtschaft in einer scharfen Kurve gegen einen Leitungsmast und fanden auf der Stelle den Tod.

Schwerer Kirchendiebstahl im Salemer Münster.

Mittwoch wurde im Salemer Münster bei Heberlingen am Bodensee ein schwerer Diebstahl entdeckt. Aus dem Schatz in der Sacristei sind die schönsten und wertvollsten Monstranzen, außerdem drei der wertvollsten Kelche gestohlen worden. Augenscheinlich sind auch noch andere Kostbarkeiten entwendet worden. In Fenstern und Türen konnten keine verdächtigen Spuren festgestellt werden. Von den Dieben fehlt bis jetzt jede Spur.

Das Urteil im dritten Magdeburger Schwarzbrenner-Prozess.

Im dritten Magdeburger Schwarzbrenner-Prozess gegen Köhler und Genossen wurde am Donnerstag nachmittag nach vierzehntägiger Verhandlungsdauer das Urteil gefällt. Verurteilt wurden: Wegen Vergehens gegen das Branntweinmonopolgesetz Gustav Köhler zu einem Jahre Gefängnis und 4157 918 Mark Geldstrafe, Hermann Feld zu 20 Mark Geldstrafe, Frau zu sieben Monaten Gefängnis und 4125 701 Mark Geldstrafe, Kurt Becker zu neun Monaten Gefängnis und 4157 918 Mark Geldstrafe und Oswald Hoppe zu neun Monaten Gefängnis und 4157 918 Mark Geldstrafe. Wegen Beihilfe zur Monopol-Abgabenhinterziehung erhielten J. Becker einen Monat und 1715 265 Mark Geldstrafe, J. Hoppe drei Monate Gefängnis und 3857 030 Mark Geldstrafe, Maag einen Monat Gefängnis und 3951 631 Mark Geldstrafe, Lohndardt drei Wochen Gefängnis und 1 426 762 Mark Geldstrafe. Außerdem wurde für alle beteiligten Angeklagten Weiterstrafjahre verhängt.

13 Personen wegen widernatürlicher Unzucht verurteilt.

Der ehemalige Bezirkshauptmann von Czernowitz, Mathias Maudhauer von Zgorzynski, ein 64jähriger Mann, hatte sich in Wiener Neustadt mit 17 jungen Leuten aus besseren Bürgerkreisen von Baden bei Wien wegen widernatürlicher Unzucht zu verantworten. Der Hauptangeklagte Maudhauer wurde zu sieben Monaten strenger Kerker und 12 Angeklagte zu bedingten Gefängnisstrafen von einem bis zu vier Monaten verurteilt, während fünf Angeklagte freigesprochen wurden. Maudhauer wurde bereits vor drei Jahren wegen des gleichen Vergehens zu mehrmonatiger Kerkerstrafe und Landesverweisung verurteilt. Er erreichte aber auf dem Gnadenwege die Umwandlung der Strafe in eine bedingte Strafe mit vierjähriger Bewährungsfrist und Aufhebung der Landesverweisung.

Vier Millionen Brandschaden.

In der Nähe von Grenoble lag ein Holzlager im Werte von vier Millionen Franken Feuer, das darauf rasch um sich griff, daß die umliegenden Häuser schnellig geräumt werden mußten.

Eine Notlandung des finnischen Außenministers auf dem Nord-Inseln.

In Helsingfors erregte politische Kreise herrschte Donnerstag nachmittag große Erregung, da das um 11 Uhr aus Stockholm gestartete Flugzeug mit dem Außenminister Procopis überfällig geworden war. Zur gleichen Zeit wurde schwerer Schneesturm von Hangoe gemeldet. Erst am Abend traf die Nachricht ein, daß das Flugzeug mit Procopis auf einer der Nord-Inseln eine Notlandung vorgenommen hatte. Es hätte nicht viel gefehlt, so wäre das Flugzeug in die Ostsee gestürzt.

Raubüberfall bei der Tunneldurchfahrt.

Im Schnellzug Lyon-Kantons wurde Mittwoch nachmittag, während der Zug den Tunnel St. Gene durchfuhr, auf den Beamten im Postwagen ein Attentat verübt. Der Beamte, der sich zufällig allein im Wagen befand, wurde von mehreren Unbekannten überfallen und schwer mißhandelt, bis er bewußtlos am Boden liegen blieb. Diesen Augenblick benutzten die Verbrecher, um einen Postkoffer, enthaltend Einschreibsendungen, zu stehlen. Es gelang ihnen, zu entkommen, bevor noch der Zug den Tunnel verlassen hatte. Der Postbeamte, der nach einiger Zeit wieder zu sich kam, konnte schließlich die genaue Einzelheiten des Überfalles schildern. Der geleerte Postkoffer wurde im Tunnel wiedergefunden. Von den Verbrechern fehlt jede Spur.

40 000 Telegraphenmasten verbrannt.

In einem Kiefernholzlager in Caplin in Frankreich brach ein Großfeuer aus, das infolge des starken Windes binnen wenigen Minuten ungeheure Ausmaße annahm. Mehrere benachbarte Wälder brannten bis auf die Grundmauern nieder. In wenigen Stunden waren 40 000 Telegraphenmasten von den Flammen vernichtet. Bei den Löscharbeiten wurden drei Soldaten der 23. Jäger-Bataillons verletzt. Der Sachschaden wird auf 5 Millionen Franken geschätzt.

Fliegerstichal.

Bei St. Nazaire ist die Leiche des Flugzeugführers Richard Penhöt, der am 25. April mit einem Großflugzeug im Permelkanal abgestürzt war, angeschwemmt worden.

Der Nachklang einer Sensation.

Die englische Polizei verhaftete Mittwoch in Dover John Baskone, der beschuldigt ist, den ägyptischen Prinzen Ahmed Seif-Eddin aus einer privaten englischen Internatschule in der Grafschaft Essex nach 23jährigem Aufenthalt zur Flucht verholfen zu haben. Prinz Seif-Eddins erfolgreiche Flucht am 31. August 1925 hatte damals in der ganzen Welt das größte Aufsehen erregt. Der Prinz ist ein Bruder König Fuads von Ägypten und gilt mit einem Vermögen von etwa 800 Millionen Mark als einer der reichsten Männer der Welt. Seine Unterbringung in einer englischen Internatschule war erfolgt wegen eines Realveranlassunges auf seinen Bruder, den damaligen Prinzen Fuad im Jahre 1898. Seine siebenjährige Gefängnisstrafe wurde nach zwei Jahren aufgehoben und auf sehr geheimnisvolle Weise verschwand dann der Prinz, offenbar für Lebenszeit in ein englisches Internatschule.



Ein Cassalle-Denkmal in Wien.

In Wien wurde dieser Tage ein Cassalle-Denkmal, ein Werk des Bildhauers Mario Petrucci, feierlich enthüllt.

Für die Frauen

Muttertag und Proletarier-Frau.

Zugleich eine Wahlbetrachtung.

Mutter, sag und klag an!
Besonders du, proletarische Mutter, klag die Menschen an, die dich ausbeuten, dich unterdrücken, dich schaffeln lassen, bis spät in die Nacht, die dir keine Erholung gönnen, keine Ruhe, keine Freude.

Die Gesellschaft klag an, die kapitalistisch!
Die dir keine Zeit läßt, um dich mit deinen Kindern zu beschäftigen, sie zu erziehen, ihnen eine wahrhaft gute Mutter zu sein. Schaffen... schaffen... schaffen... dabei kommen die Kinder zu kurz. Sind sich selbst überlassen. Wachsen wild auf und ohne Acht und Ordnung. Es ist nicht deine Schuld, proletarische Mutter!

Man zwingt dich, in die Fabrik zu gehen, man zwingt dich, zu schaffen, denn der Verdienst des Mannes ist zu schmal für eine Familie. Du mußt mitverdienen. Und dein Kind?

Muttertag! Tag der Mutter!

Wie gedenkt man deiner, proletarische Mutter? Erinnert man sich deiner Not, deines Elends, deiner Armut? Denkt man daran, daß du Sonne und Licht brauchst, um deinem Kinde eine frohe Mutter zu sein? Denkt man daran, daß du ein Heim brauchst, um deinem Kinde Fröhlichkeit zu schenken? Man spricht von dir, von deiner Not, man bemitleidet dich, man gibt dir aber keine Wohnung, wo du mit deinem Kinde gesund leben kannst, man gibt dir aber kein Auskommen, damit du dein Kind erziehen kannst.

Muttertag! Keügeres Gepräge. Innere Hohlheit. Man will ja gar nicht helfen, so aus dem Tiefsten des Menschenherzens. Man will nur nach außen prunken, der Mutter gedenken, aber nicht der proletarischen Mutter helfen!

Du möchtest deinem Kinde helfen, du möchtest es gut kleiden, laubst, du möchtest dein Kind, das du liebst, genügend speisen, damit es nicht hungert, du möchtest dein Kind auf eine Schule schicken, wo es etwas lernen kann: Du möchtest, du kannst aber nicht, proletarische Mutter!

Weil du eine proletarische Mutter bist, eine Arbeitermutter, die heute nicht zählt, deshalb nicht, weil du kein Geld, keinen Besitz hast. Der nur gibt dir Geltung in der heutigen Gesellschaft, der nur gibt dir Wert und verleiht dir Achtung. Nicht in der blauen Schürze darfst du in den Laden gehen und kaufen. Du bist nur eine Arbeiterfrau! Man achtet dich nicht, weil man dein hübsches Geld nicht achtet.

Trage diesen Menschen, dieser Gesellschaft! Besinne dich mit Stolz auf deine Würde als Mutter, besonders aber als Arbeitermutter. Du gehörst zu den Menschen, die eine Gesellschaft umändern, die an der Zukunft bauen, die die Welt erobern und die Menschheit befreien und erlösen wollen aus Behdrückung und Ausbeutung. Das sind deine Kinder, proletarische Mutter!

Die bürgerliche Gesellschaft will sich deiner für einen Tag erinnern, will dir geschäftsmäßig durch deine Kinder Blumen usw. schicken, will dich loben und achten. Glaube nicht an Lippengebete. Denke daran, daß es dieselben Menschen sind, die dir die Kinder nahmen, deine Söhne, sie hinausjagen auf blutgetränkte Schlachtfelder, die deine Kinder, die Kleinsten, verhungern ließen, in eigenem Lande, die dir nicht helfen in der bittersten Notzeit, die zugeben, daß Frauen und Mütter, die Geld hatten, aufkauften und hamsterten und dir das Notwendige zum Leben entzogen. Besinne dich dieser Sünden der bürgerlichen Gesellschaft und klag sie an am Muttertag. Denn dein ist das Recht.

Wißt aber auch, daß du, proletarische Mutter, wenn du ein Kind hast, das nicht ehelich geboren wurde, verstimmt bist. Heute noch!

Muttertag! Wer gedenkt der tausend Frauen, die in schwarzem Schmerz geboren haben, verlassen von Menschen, verlassen von Eltern, und verachtet von der Gesellschaft! Dieser Mutter wollen wir heute gedenken, die nichts getan und die nichts verbrochen haben, als zu lieben! Und wenn man dir proletarische Mutter sagt, daß du keine Kinder mehr ernähren und nicht mehr erziehen kannst, und immer wieder ist dein Leib empfänglich für ein neues Kind, und du willst nicht mehr und du bäumst dich auf, aus Verantwortungsgewissen gegenüber dem Neugeborenen, gegenüber dem Menschen, dann wisse, man macht dir dein Recht auf deinen Leib freizig, man geißelt dich, man straft dich, du bist der Sklave deines Leibes. Du mußt ungewollte Mutterchaft tragen. Du mußt! So sagt es dir die Gesellschaft, so der Staat, so die Kirche. Dort sind deine Feinde. Dort sind aber auch die, die Muttertage veranstalten. Dich höhnen!

Nein, schaffe dir deinen eigenen, proletarischen Muttertag, und erhebe deine Forderungen. Du willst Kinder freudig erziehen, du willst eine frohe Mutter sein, du willst Sonne und Licht spenden! Kannst du das heute? Nein! Du willst gerne Mutterchaft tragen, du willst freudig Mutter werden, du willst Kinder erziehen und ernähren mit der Verantwortung eines sittlichen Menschen. Kannst du das, wenn man dich zwingt, zwangsweise zu gebären?

Damit Menschen da sind, wenn neue Kriege ausbrechen? Dafür bist du gut, proletarische Mutter.

Ja, schaffst einen proletarischen Muttertag und bringst ihr der proletarischen Mutter, Liebe, Achtung und Verständnis entgegen, denn sie kämpft für uns, und strebt mit uns zu den höchsten Höhen freier und selbständig verbundener Menschen.

Die Partei der Mütter.

Eins der erfolgreichsten Schlagworte, mit deren Hilfe es den Rechtsparteien und dem Zentrum bis jetzt geglückt ist, Tausend und Abertausende von politisch ungeschulten und unerfahrenen Frauen als Wählerinnen zu gewinnen, bezieht sich auf die „mütterliche Frau“ und die „Heiligkeit der Mutterchaft“, als deren treueste Hüter und Bewahrer sich die reaktionären Parteien bezeichnen. Unzählige Frauen, die infolge ihrer nur auf die engen Wände der Hauslichkeit beschränkten Tätigkeit niemals Gelegenheit hatten, einen Einblick in die praktische Auswirkung der deutshationalen oder der sozialdemokratischen des Zentrums zu tun, geben vertrauensvoll den Rechtsparteien ihre Stimmen, weil sie glauben, damit ihrem Geschlecht und ihren Kindern am besten zu dienen. Unter der zielbewußten Einwirkung der Kirche in ihnen der Sozialismus zum Sündenbock geworden, und die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei bedeutet für sie das Selbstenntnis zur Unsitlichkeit, zur Gottlosigkeit und zur Entartung der Frau.

Wie aber sieht es in Wirklichkeit aus? Werfen wir einen Blick in die Geschichte der Frau, in den unendlich langamen Aufstieg des wirtschaftlich, politisch und geistig durch Jahrhunderte hindurch rechtlichen Geschlechts. Denken wir an die Verhältnisse der mütterlichen Mütter und Väter, in denen Hunderte von hürigen Frauen zusammengepackt waren und vom frühen Morgen bis in die finstere Nacht hinein spannen und webten, säßen und nähten! Betrachten wir die Arbeitsstätten der Frauen im Zeitalter der Mühle, die Fabriken! Mit ihrem Eintritt in die überfüllten Arbeitsstätten sind sie nicht mehr Mütter, nicht mehr Menschen! Sie sind nur noch weibl. Arbeitsware in der Hand ihrer Herren. Ihnen zur Seite stehen die Kinder, oft fünf- und sechsjährige, die 12 und 14 Stunden lange, ja, oft ganze Nächte hindurch in der Fabrik arbeiten mußten. Erst in letzterem langem existenziellen Kampfe ist der Sozialdemokratie gelungen, Entlohnungen und Verbesserungen für Frauen und Kinder zu

erringen. Eine blutige, grauenvolle Ironie ist es deshalb, wenn gerade die Parteien, deren Vertreter Zustände dieser Art um des eigenen Gewinnes willen einführen, sich heute als die Hüter von Frau und Kind aufspielen. Nur infolge der grenzenlosen Unkenntnis und Unerschaffenheit ihrer Wählerinnen, die niemals ein wirtschaftliches oder politisches Werk geleistet haben, die in vollkommener Unkenntnis von der Bedeutung des weiblichen Wahlrechts ihre Stimmen abgeben, ist die Anwendung einer solchen Uhyrde möglich.

Die Aufgabe der sozialdemokratischen Werbe- und Aufklärungsarbeit ist es deshalb, diese Legende vom Schutze der mütterlichen Frau und des Kindes, deren sich die Rechtsparteien und das Zentrum bedienen, ihres mystischen Zaubers zu entkleiden und statt dessen die Tatsachen und die Wirklichkeit zu den Frauen sprechen zu lassen. Die sozialdemokratische Partei hat sich in langjährigem Kampfe gegen die Unterdrückung der Frau und des Kindes das Recht erworben, gerade die Mütter zum Sozialismus zu erziehen, gerade sie geschäftlich darüber aufzuklären, auf welcher Seite ihre Unterdrücker zu finden sind. Die Sozialdemokratie ist aber auch tief innerlich verpflichtet, sich gerade an die Mütter zu wenden und sie zur Teilnahme an ihrer großen Kulturarbeit aufzufordern, denn alle ihre Ziele lassen sich



Wenn dir das hohe Glück noch ist beschieden,
Ein edles Mutterherz an deine Brust zu schmiegeln,
So tue dies mit wahrer Innigkeit,
Nur ist die Spanne Zeit, wo sie mit dir zusammen bleibt,
Und wenn auch Jahre noch vergehn,
Einmal wirst du sie nie mehr wiedersehn.

Ilfred Hoffmann.



unter dem Gesichtspunkte des Muttertums, der Behütung des Lebens, der Bewahrung von Mütterlichkeit und Menschlichkeit zusammenzufassen. Wenn die Sozialdemokratie für gerechte Lohnverteilung, für eine Verbesserung der Arbeitszeit, für eine gesunde Wohnungsverhältnisse kämpft, so kommen ihre Ertragsleistungen in erster Linie Mutter und Kind zugute. Wenn sie die geschlechtliche Gleichstellung von Mann und Frau im Eherecht, in der Staatszugehörigkeit, bei der Verheiratung fordert, wenn sie für die Gleichstellung des unehelichen Kindes mit dem ehelichen eintritt, so beweist sie durch dieses Programm das gleiche Streben nach Fürsorge für Mutter und Kind, nach Freiheit und Menschlichkeit, wie es auf dem Gebiete der Justiz, durch ihre Bemühungen zur Einführung eines neuen Strafrechts, das endlich die primitive Grundfrage der Rache außer Acht läßt, sich offenbart. Ihre Schutzmaßnahmen für schwangere Arbeiterinnen, ihre Fürsorge für werdende Mütter im allgemeinen, ihre Kinderwohlfahrtspflege, ihre Forderung nach Umgestaltung des Abtreibungsparagraphen, dem jährlich zehntausende von Frauen zum Opfer fallen — dies alles bedeutet nur einen kleinen Ausschnitt aus ihrem ungeheuren Arbeitsgebiete, das für Gesundheit und Wohlergehen von Mutter und Kind Sorge trägt. Ihre Schulpolitik: verhältnismäßige Förderung der Jugend, Zusammenarbeit von Elternhaus und Lehrerschaft, atmet den gleichen Geist wie ihre Außenpolitik, die an die Stelle von Verheugung, von Zerstörung und Völkermord die Verständigung und den Frieden setzen will.

Aber gerade dieses großzügige, weitausgedehnte Programm bedarf noch einer weit härteren Mitarbeit der Frauen und Mütter. An alle noch abseits stehenden Frauen und Mütter heranzukommen, ihnen Werbematerial zu übermitteln, sie zu unseren Versammlungen einzuladen, muß darum in diesen Wochen das große Ziel sein, dem sich jede sozialdemokratische Frau zur Verfügung stellen sollte. Es gilt, Tausende und Abertausende aufzuklären und aufzurütteln, sie aus dem Bannkreis der Enge, der Unwissenheit, der Verheugung zu befreien und in unsere Reihen zu führen. Denn die Partei des Muttertums und der Kinderfürsorge, die Partei der Menschlichkeit und des Sozialismus, die Sozialdemokratie, ist auch berufen, die Partei der Frauen und Mütter zu sein!

Landfrauen und Sozialdemokratie.

I.
Auf ihrem Acker Parteitage hat die Sozialdemokratie sich ein Agrarprogramm gegeben, das neben der wirkungsvollsten Förderung der Produktion in der Landwirtschaft das Schicksal des arbeitenden Menschen, also vor allem des Landarbeiters und des Kleinbauern, in den Mittelpunkt stellt. Nach den Gesichtspunkten, „dem schaffenden Menschen in der Landwirtschaft einen gesicherten und angemessenen Ertrag seiner Arbeit zu verschaffen“ und ihm „den Anreiz zu Freiheit, Menschenwürde und Wohlstand zu bringen“, ist das Agrarprogramm in allen Punkten geschaffen worden, die sich mit der Lebensgestaltung der in der Landwirtschaft arbeitenden Menschen beschäftigen.

Viele Forderungen dieses Agrarprogramms gehen auch die in der Landwirtschaft arbeitende Frau an, teils als Ehefrau des Landarbeiters und Kleinbauern, teils als Mutter, teils in ihrer Eigenschaft als weibliche Arbeitskraft. Seit der Revolution, die auch dem Landarbeiter das freie Vereinigungsrecht gab, kämpfen der Landarbeitersverband und die Sozialdemokratie um die Verbesserung der drei Faktoren, die das Leben der Landarbeitersfamilie in erster Linie bestimmen: Lohn, Arbeitszeit und Wohnung. Es ist ganz unverständlich, daß Landbund und sonstige agrarische Unternehmerverbände noch immer über zu hohe Landarbeiterlöhne zu schimpfen wagen, während die Statistik einwandfrei nachweist, daß der Stundenlohn eines Landarbeiters einschließlich des Deputats nicht mehr als 35 bis 45 Pfennige beträgt. Wenn man bedenkt, daß der Verlohn in den verschiedenen Gegenden Deutschlands sich zwischen 5 und 25 Pfennig bewegt, so erscheint es einem ratlosig, wozu die Landarbeitersfamilie ihren Bedarf an Kleidung, Hausrat usw. decken soll.

Die Forderung der Lohnverbesserung in erster Linie eine rein wirtschaftliche Angelegenheit der Gewerkschaft, die nur durch rechtliche Organisierung und festes Zusammenstehen der Landarbeitersfamilie gelöst werden kann, so greift die Frage der Arbeitszeit schon früher in die Lebensgestaltung hinein, und ihre Lösung ist deshalb fast vom Wahlausfall abhängig. Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie fordert ausdrücklich den Achtstundentag als Norm. Was also im Sommer an notwendigen Mehrarbeit geleistet werden muß, das soll im Winter durch entsprechende Verlängerung der Arbeitszeit wieder ausgeglichen werden. Auch die Sommerfrucht soll unabhängig eingehalten werden und soll im Sommer 36, im Winter 42 Stunden betragen. Für den Arbeiter, der die auch am Sonntag unbedingte Arbeit verrichtet, soll ebenfalls ein Ausgleich geschaffen werden.

Am dringlichsten nötig aber ist eine Reform in der Wohnungfrage. Das weiß jeder, der einmal einen Einblick in die trübsamen Verhältnisse einer Landarbeitersfamilie wagt, und die zum Wohlergehen einer einzigen elenden Bauplan gesehen hat. In diese jämmerlichen Behausungen, die oft viel schlechter eingerichtet sind als die nebenbei liegenden Viehställe, haben die Landarbeiter ebendort bei

Rübdüngungen und bei Streitigkeiten mit dem Arbeitgeber erbitterte Kämpfe auszufechten. Fast tausend solcher Streitigkeiten hat der Landarbeitersverband jährlich für seine Mitglieder richtiglich zu vertreten, und meistens ist das Recht des Landarbeiters auf seine Wohnung selbst im heutigen Klaffenstaat anzuzweifeln worden. Die Forderung der Sozialdemokratie geht also dahin, Wohnungen bereitzustellen, in welchen der Landarbeiter in dem Einfluß des Arbeitgebers unterworfen ist. Die Partei der Arbeiter hat dabei an den Bau von Mietwohnungen durch öffentliche Stellen und gemeinnützige Gesellschaften, an den Bau von Eigenheimen und an die Errichtung von Heimstätten für verheiratete, leibliche Landarbeiter, denen von Reich und Ländern bis zu 90 Prozent der Bau- und Einrichtungskosten vorgeschossen werden sollen. Aber dieses Ziel einstweilen noch nicht zu erreichen ist, sollen dem Gutsherrn gehörenden Wohnräume der Landarbeiter einer strengen Kontrolle in bezug auf Einrichtung, Heizung, Lüftung usw. unterworfen werden. Das Heimgärtersystem, die Sozialdemokratie überhaupt befechtigen, schon aus hygienischen und wohnungshygienischen Gründen. Das Interesse der Landarbeiterin an einer gesunden, menschenwürdigen Wohnung, an ihrer Arbeitsstätte ist, und in der sie ihre Kinder zur Welt bringt und aufzieht, ist noch viel größer als das des Mannes.

Nicht weniger als die Landarbeiterin, hat die Kleinbauernfrau, die ja auch mitarbeitende Wirtschaftskraft, ein starkes Interesse an den wirtschaftlichen Reformen, die immer wieder als „bauernfeindlich verkleumdete Sozialdemokratie“ in ihrem Programm für den Bauernstand vorführt. Die Sozialdemokratie denkt weder an Fortnehmen noch an Teilen, noch einseitige Bevorzugung der Großgüterform. Sie will aber den bäuerlichen Betrieb nur durch harte Pladerei von Frauen und Kindern lebensfähig ist — und das ist es in den meisten Fällen — Erleichterung durch genossenschaftliche Einrichtungen schaffen. Gemeinshaftlich angeschaffte moderne landwirtschaftliche Geräte, billige Düngemittel, billiges, durch Zoll nicht unnötig verteuertes Viehfutter und angemessene feste Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse sollen dem Kleinbauern und seiner Familie das Leben erleichtern. Es sei auch hingewiesen auf die Förderung des Siedlungsgedankens durch die Sozialdemokratie, die den Söhnen des Bauernstandes neue Lebensgrundlagen geschaffen hat und in noch viel größerem Maße weiter schaffen will. In aufgeteilten Gütern findet ein Drittel der bisherigen Bevölkerung mehr Raum und Nahrung. Auf die Weise könnten allein in Preußen durch Verkleinerung der Güter etwa hunderttausend Bauernfamilien neu angeordnet werden, ganz abgesehen von den riesigen neuen Flächen, die sozialistisch beeinflusste Regierung aus Oed- und Sumpfland erschaffen lassen würde, und auf denen etwa 150 000 bis 200 000 Familien angegliedert werden könnten. Besonders Aufmerksamkeit verdient die Sozialdemokratie auch seit Jahren einem gesetzlich geregelten Schutze der Kleinpächter zu, einer Frage, die bei den augenblicklichen, abseits unzulänglichen kurzfristigen Regelungen bauernnd als drohendes Verhängnis über der ganzen Pächterfamilie hängt.

Von einer Neuordnung des ehelichen Güterrechts wie sie die Sozialdemokratie erstrebt, hätte die Kleinbauernin die denkbar größten Vorteile. Es ist unnötig, daß während der Frau in der Wirtschaft in gleichem Grade mit arbeitet und erwirbt, der Mann allein das Verfügungsrecht über den Besitz und die Vertretung nach außen hat. Wie oft kommt es vor, daß der Mann durch Einheirat einen schönen Besitz erwirbt, über den nach dem gesetzlichen Güterstande „Verwaltung und Nutznießung“ ausübt, und den er, wenn er sich gar nach „Gütergemeinschaft“ verträglich gesichert hat, durch Unfähigkeit, Verschwendung usw. ruinieren! Wir fordern eine Änderung des bürgerlichen Güterrechts, die einen solchen Mißbrauch der ehelichen Gütergemeinschaft für allemal ausschließt! Die gleiche Forderung gilt natürlich für die Landarbeiterin hinsichtlich des Lohnes, den sie durch eigenen Erwerb zum Unterhalt der Familie beiträgt. Hedwig Schwarz

Frauen wählt Liste 11

Ein Aufruf der Bodenreformer.

Man schreibt uns: Die Arbeitsgemeinschaft der Frauen im Bund Deutscher Bodenreformer zu alle Frauen, ob sie im Erwerbsleben stehen, ob sie als Hausfrau und Mütter unserer Volkswirtschaft an wichtigster Stelle dienen, auf, in den bevorstehenden Reichs- und Landtagswahlen die Fragen der Heberwindung der Wohnungsnot und der Heimstättenbildung in den Vordergrund zu stellen. Gerade die Frauen sind berufen, für die Lebensnotwendigkeiten der deutschen Familie zu kämpfen. Alle anderen Fragen treten demgegenüber in den Hintergrund.

Die Arbeitsgemeinschaft der Frauen im Bund Deutscher Bodenreformer aber weiß, daß hier nicht schöne Worte allein genügen, sondern daß die Möglichkeit billigen Bodens die Voraussetzung jeder gesunden Heimstättenbildung in Stadt und Land ist. Wer von den Parteien und in den Parteien entschlossen hier wirklich mitzuarbeiten, hat die namentliche Abstimmung über den Entwurf eines Bodenreformgesetzes im Reichstag 1926 gezeugt. Fragt jeden Kandidaten: Wie sieht Ihr Ziel in diesem Gesetzentwurf? Danach fällt Eure Entscheidung. Keine gesunde Innenpolitik, keine fruchtbare Außenpolitik ohne den Aufbau eines gesunden Familienlebens in Stadt und Land.

Die Sozialdemokratische Reichsagsfraktion hat dem Entwurf zugestimmt. Die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Frauen im Bund der Deutschen Bodenreformer läuft deshalb praktisch auf die Aufforderung hinaus, am 20. Mai Liste 11 zu wählen.

Eine Vorkämpferin der Sexualgeschgebung.

Vor kurzem (am 13. April) waren 100 Jahre seit der Geburt von Josephine Butler vergangen, einer Frau, deren dankbar zu gedenken wir gerade heute in Deutschland alle Ursache haben. Josephine Butler war die Vorkämpferin des Gedankens, daß die staatliche Reglementierung der Prostitution ein schweres Unrecht gegen die Frau darstelle, weil nur die Frau nicht aber der mit ihr am Geschlechtsakt mit ihr beteiligte und häufig kranke Mann von ihr erkaufte wurde. Sie wies auch nach, daß die Reglementierung keine gesundheitliche Sicherheiten gewährte, während doch gerade der gesundheitliche Standpunkt ausschlaggebend für die Regelung dieser Frage sein müsse. Die von Josephine Butler geleitete, in allen europäischen Ländern organisierte Bewegung zur Beseitigung der Reglementierung nannte sich Abolitionismus (Abkassierungsbewegung). Wenn wir heute endlich in Deutschland das Gesetz zur Beseitigung der Geschlechtskrankheiten anstelle der Reglementierung haben, so dürfen wir einen Teil des Verdienstes am Zustandekommen dieses Gesetzes dem Wirken von Josephine Butler zuschreiben. Dabei soll ihr nicht vergessen werden, daß sie ihren Kampf unter den stärksten persönlichen Schwierigkeiten führen mußte. Man hielt sie für unanständig, wenn sich ehrbare Frauen überhaupt mit diesen Fragen beschäftigten. Als Josephine Butler in einer Wahlbewegung gegen einen Kandidaten auftrat, der sich für die Aufrechterhaltung der Prostitution (!) einsetzte, da griff man sie aufs heftigste an, und sie geriet sogar in unmittelbare Lebensgefahr. In England hat sie eine Veränderung der Gesetzgebung im Jahre 1886 erzielt. In Deutschland ist das entsprechende Gesetz ja erst seit einem halben Jahre in Kraft,

Wohnungsbau im Regierungsbezirk Breslau im Jahre 1927.

Auch das Jahr 1927 hat eine fühlbare Verringerung der Wohnungsnot nicht gebracht. Immerhin entspricht die Zunahme an Neubaumwohnungen doch schon ungefähr dem natürlichen Zugang an neu auftauchenden Wohnungsluchenden. Man wird Zugang in den nächsten Jahren wohl mehr bauen müssen, wenn man die Aussicht bekommen will, die Wohnungsnot zu vermindern. Der Hauptgrund, daß auch heute noch so wenig gebaut wird, liegt vornehmlich darin, daß das Bauen zu teuer wird und die Mieten nicht aufgebracht werden können, die die Verzinsung des Baukapitals erfordert. Dabei ist für 1928 nicht einmal die gleiche Zahl an Neubauten wie 1927 zu erwarten, wenn nicht gleiche großzügige Hilfsmassnahmen eingeleitet werden.

Über die deutsche Bauwirtschaft des vergangenen Jahres gibt eine letzten erschienenen Aufstellung des Statistischen Reichsamtes eine lobenswerte Einzelheiten. Die großen Wohnhäuser mit zahlreicheren Nebenwohnungen werden jetzt wieder mehr bevorzugt, während der Bau von Kleinbauten, dagegen abnimmt. In den Groß- und Mittelstädten des Deutschen Reiches wurden im Jahre 1927 insgesamt 165 140 Wohnungen mit 422 148 Wohnräumen hergestellt.

Auf den Regierungsbezirk Breslau entfielen 2306 Wohngebäude mit 7983 Wohnungen. Die Bautätigkeit hat damit in diesem Bezirk gegenüber dem Jahre 1926, in welchem 2081 Wohngebäude mit 5375 Wohnungen erbaut wurden, eine bemerkenswerte Zunahme erfahren. Von der Gesamtzahl der im Jahre 1927 hergestellten Wohngebäude entfielen auf den Kreis

Breslau-Stadt	370 Gebäude mit 2615 Wohnungen
Breslau-Land	231 " " 436 "
Brieg-Stadt	47 " " 176 "
Brieg-Land	34 " " 106 "
Frankenstein	96 " " 160 "
Glab	106 " " 271 "
Groß-Wartenberg	77 " " 113 "
Guhrau	73 " " 95 "
Habelschwerdt	66 " " 103 "
Militz	135 " " 252 "
Münsterberg	35 " " 81 "
Namslau	80 " " 126 "
Neumarkt	103 " " 191 "
Neurade	63 " " 173 "
Nimptsch	80 " " 124 "
Oels	161 " " 304 "
Ohlau	106 " " 286 "
Reichenbach	88 " " 216 "
Schweidnitz-Stadt	23 " " 163 "
Schweidnitz-Land	69 " " 191 "
Steinau	109 " " 189 "
Strehlen	95 " " 205 "
Striegau	47 " " 129 "
Trebnitz	143 " " 188 "
Waldenburg-Stadt	59 " " 389 "
Waldenburg-Land	82 " " 504 "
Wohlau	118 " " 195 "

Außer den vorstehend schon genannten Städten Breslau, Brieg, Schweidnitz und Waldenburg seien auch noch die übrigen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern mit ihren Baugesetzen angeführt, so:

Frankenstein	38 Gebäude mit 69 Wohnungen
Glab	39 " " 113 "
Oels	22 " " 99 "
Ohlau	30 " " 92 "
Langenbielau	34 " " 83 "
Reichenbach	27 " " 56 "
Strehlen	58 " " 139 "
Striegau	23 " " 62 "
Gottesberg	6 " " 48 "
Dittersbach	8 " " 59 "
Nieder-Hermsdorf	5 " " 30 "
Weißstein	10 " " 71 "

Wenn man sämtliche Gemeinden des Bezirks Breslau nach Größenklassen gruppiert, entfielen auf je tausend Einwohner in den Gemeinden bis zu 2000 Seelen 3,0, in denen von 2000 bis 5000 Einwohnern 5,0, in denen von 5000 bis 10 000 Einwohnern 5,2 und in denen von 10 000 bis 20 000 Seelen 5,6, schließlich in den Gemeinden von 20 bis 100 000 Einwohnern 7,1 und in den Orten mit mehr als 100 000 Seelen 4,7 Wohngebäude. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl wurden demnach in den mittelgroßen Gemeinden durchschnittlich mehr Wohnungen gebaut als in den Landgemeinden unter 2000 Einwohnern und in der Großstadt Breslau. Von den 7983 im ganzen Regierungsbezirk Breslau erbauten Wohnungen wurden die meisten, nämlich 4523, von privaten Bauherren erbaut. 2344 Wohnungen wurden von gemeinnützigen Baugesellschaften und 1116 von öffentlichen Körperschaften und Behörden errichtet. In der Großstadt Breslau wurden jedoch mehr Wohnungen von gemeinnützigen Baugesellschaften als von privaten Bauherren errichtet.

Im ganzen Regierungsbezirk kamen durch Abbrüche, Brände usw. 337 Wohngebäude mit 750 Wohnungen im Jahre 1927 in Abgang. Der Reinzugang betrug demnach 2469 Wohngebäude mit 7233 Wohnungen. Außerdem entstanden durch Umbau und durch Neubau in gewerblichen Zwecken dienenden Gebäuden nach Berücksichtigung der Abgänge 831 Wohnungen.

Starker Schneefall im Riesengebirge.

Seit Dienstag abend sind im Riesengebirge ziemlich starke Schneefälle eingetreten. Auf dem Kamme lagerte am Mittwoch Morgen etwa zehn Zentimeter Schnee. Die Schneelage reicht bis über die Vorderberge herab. Auf dem Kamme waren am Mittwoch fünf Grad Kälte zu verzeichnen.

Beamtenaustausch mit Oesterreich.

Das Preussische Ministerium des Innern hat den Ministerialsekretär im Bundeskanzleramt in Wien, Dr. Körner, dem Landrat Dr. Peuder zur Dienstleistung beim Landratsamt in Glab überwiesen. Die Ueberweisung geschieht in Verfolg des Beamtenaustausches zwischen Oesterreich und Deutschland. Oesterreichische und deutsche Verwaltungsbeamte werden in beschränkter Anzahl gegenseitig ausgetauscht, um die innere Verwaltung des anderen Landes kennenzulernen und Erfahrungen für die auch in Oesterreich geplante Verwaltungsreform zu sammeln.

Waffen in Schlesien.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichten wir am 8. Mai dieses Jahres eine längere Meldung der Schlesischen Provinz-Korrespondenz, worin, gestützt auf Angaben der „Schlesischen Arbeiterzeitung“, dem in Breslau, Lauenhagenstraße 2 wohnhaften Rechtsanwalt Schäfer der Vorwurf gemacht wird, die Umbettung von verrosteten Waffen vorgenommen zu haben. Hierzu teilt uns nun Rechtsanwalt Schäfer mit dem Erlauchen um Richtigstellung mit, daß er weder je Mitglied des Stahlheims gewesen ist, noch Waffen umbettet, wie überhaupt mit Waffenhandel mittelbar oder unmittelbar nichts zu tun gehabt hat. In vorliegendem Fall handelte es sich um einen Mißbrauch seines Namens, der noch untersucht werden soll.

Wochenendfahrten beim Verkehrsverein.

Wie alle Jahre, gibt der Schlesische Verkehrsverband in der Auskunftsstelle des Verkehrsvereins Breslau im Breslauer Hauptbahnhof — geöffnet von 8 bis 18 Uhr — billige Wochenendfahrten zum Aufenthalt in den Gebirgen, Bädern, Städten usw. aus. Preis für Sonnabend-Abendessen, Uebernachten, Frühstück, Mittag- und Abendessen am Sonntag ab 5 Mark. Es wird empfohlen, von dieser bequemen und preiswürdigen Einrichtung

möglichst viel Gebrauch zu machen. Gerade jetzt im Frühjahr sind Reisen in die Gebirge und Bäder am schönsten, vor allem sind die Orte noch nicht überfüllt. Auch nach landschaftlichen Orten in der Umgebung von Breslau werden solche Karten ausgegeben.

Festnahme eines Mörders.

In Duppeln wurde der 34 Jahre alte Zimmerhauer Berthodziej aus Radzionkau, Kreis Groß-Strehlitz, verhaftet, da in ihm verschiedene Zeugen den Mörder erkannten, der kürzlich auf der Chaussee zwischen Penzlin und Goslawitz mit drei Raubfahrern in Streit geraten war, und den einen davon namens Kowal durch mehrere Revolvererschüsse getötet hatte. Der in das Gerichtsgefängnis eingelieferte Berthodziej bestreitet zwar die Tat, kann aber sein Alibi nicht nachweisen.

Raubüberfall am hellen Tage.

Ein vermögerner Raubüberfall wurde heute nachmittag in einem Erbinberger Uhrengeschäft verübt. In dem Geschäft, in dem nur der Inhaber anwesend war, erschien ein junger Mann und verlangte eine Armbanduhr. Während der Geschäftsinhaber sich umwandte, verlegte ihm der junge Mann mit einem Gummiknüppel einen Schlag über den Kopf. Als der Angegriffene sich zur Wehr setzen wollte, bedrohte ihn der Verbrecher mit einem Revolver. Dem Bedrohten gelang es jedoch, durch ein Nebenzimmer die Straße zu gewinnen und Hilfe herbeizuholen. Der Räuber ergriff hierauf die Flucht, wobei er auf seine Verfolger fünf Schüsse abfeuerte, durch die aber niemand getroffen wurde. Mit Hilfe eines Polizeihundes gelang es, den Flüchtigen zu stellen und festzunehmen. Er gibt an, Korn zu heizen und in Breslau wohnhaft zu sein.

Berufung im Beuthener Ruheförer-Prozess.

Beuthen, 11. Mai. Die wegen der Störung einer Versammlung der polnischen Minderheiten in Kogberg verurteilten 23 Selbstschußangehörigen haben gegen das Urteil Berufung eingelegt. Sie begründen ihre Berufung vor allem damit, daß eine planmäßige Zusammenrottung nicht stattgefunden habe, so daß die Strafen deshalb in der zuerkannten Höhe nicht begründet seien.

Reudell in Oberschlesien.

Am Donnerstag abend sprach der Reichsinnenminister v. Reudell in einer Wahlumgebung der Deutschnationalen in Beuthen. Statt die Gelegenheit zu benutzen, um vor der ober-schlesischen Öffentlichkeit die Frage zu klären, warum das Reich in dem vergangenen Jahre besondere Hilfsmassnahmen für das ober-schlesische Grenzland stark beschränkt hat, beschränkte sich der Minister, der sich im übrigen von siebzug preussischen Polizeibeamten bewachen ließ, und trotzdem in seiner Rede auf den preussischen Polizeikraak schimpfte, darauf, mit allgemeinen Phrasen das Bemühen des gemeinsamen Volkstums zu preisen und die stete Dankeschuld der Reichsregierung gegenüber Oberschlesien festzustellen. Gleichzeitig richtete er einen Angriff gegen das Zentrum, das gerade da verlagert habe, als er, Reudell, die Einrichtung einer besonderen Verwaltungsstelle für den Osten beabsichtigte. In seiner Kritik gegen die preussische Staatsregierung sagte der Reichsinnenminister allerdings bedeutende Sätze. So erklärte er zum Beispiel, die preussische Regierung sei den ober-schlesischen Grenzwohnern in den Rücken gefallen. Zum Schlußgeheimnis machte der Minister lediglich allgemeine Phrasen und ging dabei auf die Angriffe der ober-schlesischen sozialdemokratischen Presse ein, die ihm einen besonderen Begrüßungsartikel gewidmet hatte. Den unangenehmen Teilfragen des Schlußgeheimnisses und den kritischen Punkten der deutschen Dithilfe entging er mit der mindestens zehnmal wiederholten Phrase: Ich möchte diese Frage nicht vertiefen.

Natürlich galt ein großer Teil seiner Rede der Politik der Sozialdemokratie überhaupt. Dabei rüht er allerdings ebenfalls beifällig aus und verließ sich zu der gerade für einen Deutschnationalen sonderbaren Behauptung, daß die sozialdemokratische Internationale dem Reichsaußenminister Stresemann bei seiner Vertretung des bekannten Verbots des Roten Frontkämpferbundes durch Reudell war außerordentlich schwach und matt. In der Diskussion setzte sich mit ihm lediglich ein Nationalsozialist auseinander, der den Deutschnationalen ihre Sünden der vergangenen Koalition vorwarf.

Jobten. Lebensmüde. Die 31 Jahre alte Tochter des Stellenbesetzers Pusj wurde auf dem Boden der elterlichen Beschäftigung erhängt aufgefunden. In einem Anfall von Schwermut soll sie Selbstmord begangen haben.

Waldburg. Unglücksfall. Erst kürzlich hatte sich im Querschlag der Segen-Gottesgrube Wälder bis zu 70 Zentimeter Höhe angesammelt, so daß die Bergarbeiter, wenn sie zu ihrer Arbeitsstelle gelangen wollten, hindurchwaten mußten. Trotzdem die Bergbehörde den über-schwellenden Querschlag beseitigt hat, ist bisher Abhilfe nicht geschaffen worden. Der Bergverwalter Koppers hatte sogar den Bergleuten den Vorschlag gemacht, sich in leeren Förderwagen an der Seilbahn, die über die über-schwellende Stelle führt, sich durch das Wasser hindurchziehen zu lassen. Dies hat nun auch der Hauer Wagen 111 aus dem Stadtteil Altwasser versucht, als plötzlich die Seilbahn in Betrieb genommen wurde. Dadurch geriet er mit dem linken Arm zwischen Seil und Rolle, über die das Seil führt. Wenn er nicht mit der rechten Hand schnell den linken Arm zurückgerissen hätte, wäre ihm dieser buchstäblich abgerissen worden. Jetzt ist ihm Handgelenk bei dieser Ueberfahrt einen Bruch des linken Handgelenks davongetragen. Mit aller Entschiedenheit muß gefordert werden, daß die Bergbehörde den Betrieb an der betreffenden Stelle untersagt.

Stadenburg. Unter Totschlagsverdacht verhaftet. Ein gewisser Leopold Ohmann wurde von der Polizei verhaftet und in das Gerichtsgefängnis eingeliefert. Ohmann soll an der Ehefrau Rejepla von hier einen Mordversuch mit einer Art verübt haben.

Landkreis Breslau.

Kosel. In einer öffentlichen Wählerversammlung spricht am Freitag, den 11. Mai, im Lokal Henke, der Gemeindevorsteher Kleiner-Klettendorf. Wählerinnen und Wähler, erscheint alle zu dieser wichtigen Versammlung.

Rantern. Genosse Marjall-Breslau spricht am Sonnabend, den 12. Mai, im Lokal von Seidel, in einer öffentlichen Versammlung zu den Wählern. Erscheint alle zu dieser wichtigen Versammlung.

Carlswitz. Achtung, Sozialrenner! Die Lebensmittel, die ihr von Frau Strahl durch die Rote Kreuz-Schwester erhalten habt, stammen nicht von Frau Strahl, wie so behauptet wird, sondern waren Lebensmittel, die von der Schulspisung der Gemeinde übrig waren. Die Gemeindeverwaltung hatte sie in ihrer letzten Sitzung dem Vaterländischen Frauenverein zur Verteilung an die Sozialrenner überwiefen. Der Arbeiterwohlfahrtsausschuß wurde bei dieser Verteilung ausgeschlossen. Mißt ihr Sozialrenner! Kauft nicht auf die Wahnrede von Frau Strahl herein, sondern wählt Liste 1, Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Alten-Heidau. Am Sonnabend, den 12. Mai, abends 8 Uhr, spricht in der „Männerkränke“ Genosse Rektor Friz Piesch in einer öffentlichen Versammlung. Genossinnen und Genossen, erscheint alle zu dieser Versammlung und bringt Freunde und Bekannte mit.



Tragen
11633
Sie
Qualitäts-
Hüte
von
Schönfeld
& Co.
größtes Spezialhaus
Schlesiens für
Herrenhüte
Mützen
von einfachst. bis zum
allerfeinsten Genre.
Hauptgeschäft:
Schmiedebücke 17/18
Ecke
Kupferschmiedestraße
Filialen:
„Hut-Palast“
Oblauer Straße 20
Neue Schwalbenlär
Straße 42
neb. Leipziger & Kessler
Graupenstraße 12
vis-à-vis Börse
Schwauer Straße 45





Erst
muß
ich
meine

HALPAUS
MOCCA 5 pf
rauchen

Buchhdlg. Volkswacht
Modernes Antiquariat
Breslau 3, Neue Graupenstraße 5

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands

Ortsverwaltung Breslau

Sonntag, den 13. Mai von 9-17 Uhr und
Montag, den 14. Mai von 15-18 Uhr

Wahlen der Delegierten zum Verbandstag

Gaststätte „Zur Eisenbahn“, Bräderstr. 77 | Gaststätte von Schubert, Weinstraße 39
Gaststätte von Artt, Berliner Straße 82 | Gaststätte v. Wende, Brodau, Koloniestr. 4
Im Büro der Ortsverwaltung nur Montag, den 14. Mai, von 9-18 Uhr

Wahlrecht nur mit ordentlichem Mitgliedsbuch. Stimmzettel im Wahllokal.
Die Wahlordnung in Nr. 11 der Verbandszeitung genau beachten!

Wahlrecht bedeutet Wahlpflicht!

Der Ortswahlvorstand

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

G. u. G. Hamburg.

Sonntag, den 13. Mai 1928, vormittags 10 1/2 Uhr,
im Saal „Zum Goldenen Löwen“, Oberstr. 23, 1. Etage:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Wahl der Ortsverwaltung.
4. Wahl der Kandidaten für die Abgeordnetenwahl.
5. Wahl von 4 Beisitzern zum Wahlkomitee.
6. Eventuelle Anträge zur Generalversammlung.
7. Verschiedenes.

Legitimation: Mitgliedsbuch oder Krankenschein.
Um rege Beteiligung ersucht die Ortsverwaltung.

Himbeersaft . per Liter 1.40
(ein Liter wiegt über 2 1/2 Pfund)

Zitronensaft . per Liter 1.40
Orangeade . per Liter 1.60
allerbeste Qualität

Vom Faß

Rheinwein . per Liter 1.40
Bowlen- und Tischwein

Rotwein spanisch, feurig per Liter 1.20

Südwein süß . per Liter 1.25

Tarragona süß, per Liter 1.40

Malaga süß . . . per Liter 1.50

Insel Samos . per Liter 1.50

Wermutwein deutsch per Liter 1.30

Vino Vermouth ital. Liter 1.60

95% Alkohol p. Liter 5.50
Garantie für Prozente

Herzberg & Co.

Höfchenstr. 48
Blücherplatz 17
Michaelisstr. 5
Klosterstr. 64
Leuthenstr. 10

Direkt in der Fabrik
kaufen Sie ihre

Anzüge

fertig und nach Maß
Preise bis 30% herabgesetzt
18⁵⁰ 28⁰⁰ 38⁰⁰ und höher
Auf Wunsch bequeme
Teilzahlung

Rob. Hänel

Herrnkleiderfabrik u. Maßgeschäft
nur Albrechtstr. 20, 1. Etage
am Hauptplatz
Sonntag geöffnet!

Deutschland, Hove,
Hors u. Spezialfabriken
genaue Zeitangaben! Wochenraten von 3,00 RM.
W. Walzky, Friedrich-Wilhelm-Str. 13
am Hauptplatz.

Zentral-Ballsäle

Wendlandstraße 50 52
Straßenbahnlinie 1, 21 u. 4
Achtung! Neu eingeführt! Achtung!
Jeden Freitag und Sonntag:
Vornehmer Tanz

Laßt Blumen sprechen!
zum Muttertag am 13. Mai



Pfingsten

die Tage der Ausflüge

kommen heran. Vergessen Sie nicht die Hauptsache
den neuen Anzug
Nachstehend einige gute Qualitäten zu wirklich
niedrigen Preisen:

Jacketanzüge i. d. mod. Stoffen
70-, 68-, 60-, 56-, 48-, 42-, 36-, 32-, 26.00

Sportanzüge a. Fantasie- u. Kordst.
78-, 72-, 64-, 58-, 52-, 48-, 42-, 36-, 28.00

Tennishosen
21-, 16-, 12.50, 9.50, 7.50

Eigene Anfertigung daher sehr preiswert!
Waschanzüge, Jacketts, Bekleider,
Hitzableiter, Windjacke, Gebirgsjacke

Oskar Dehmel

Breslau 1, Neumarkt 45

Haut-Bleichkrem

Jetzt ist es Zeit, Sonnenbräunung, Leberflecke, gelbe Flecke im Gesicht und an den Händen zu beseitigen durch Bleichen mit Klorokrem.
Tabe 1 RM. und Klorosäure à 60 Pf. Unschädlich und seit Jahren bewährt. Mit genauer Anweisung in allen Apotheken-Verkaufsstellen zu haben.

Billige Bezugsquelle für
Fahrräder
Gummil- und Zehnböck
Geier, Straße 16
Ecke Grapenstraße.

Ordnungsvolles Volkswagen
kriegt moderne Druckarbeiten
bestenfalls

Kleiner Tischler
und immer gerichte ein
inallige Anzüge von den
Kleinen, Handgeübten u. c.
nur von Preiswerten. Werk
3. Etage, seit 4. Etage

Besten wegen Fertigkeit:
1. Schloßschlüssel, 2. Hänge
2. Schlüssel mit Schlüssel
3. Schlüssel mit Schlüssel, ein
Schloßschlüssel, 1. Hänge
4. Schlüssel, 1. Hänge
5. Schlüssel, 1. Hänge
6. Schlüssel, 1. Hänge
7. Schlüssel, 1. Hänge
8. Schlüssel, 1. Hänge
9. Schlüssel, 1. Hänge
10. Schlüssel, 1. Hänge

Leichtwie elegante
Frad-1. Mod.
Herm. Mohaupt
Kerlstraße 1, 1. Tel. 9.150
in der Albrechtstraße.

Nußbaum-Schrank
140- und 160 cm mit Spiegel,
pol. Weißlack, Chrom
Ecke, verkauft Sonntag, 13.
Mai, 2. Tür

Kuchldg. Volkswagen
Modernes Antiquariat
bestenfalls, Ecke Grapenstraße

Arbeiter
kann gute Wäsche und
Arbeitsachen bei
Wäsche-Mannberg
Inhaber:
Lutz Mannberg
Kerlstraße 47/48
im Hofe, 5675

Großes Zimmer
mit Hochgeschwindigkeit zu ver-
mieten. Optimal um 221
an die Ecke d. Balken, etc.

Arbeiter
kann gute Wäsche und
Arbeitsachen bei
Wäsche-Mannberg
Inhaber:
Lutz Mannberg
Kerlstraße 47/48
im Hofe, 5675

Arbeiter
kann gute Wäsche und
Arbeitsachen bei
Wäsche-Mannberg
Inhaber:
Lutz Mannberg
Kerlstraße 47/48
im Hofe, 5675

Arbeiter
kann gute Wäsche und
Arbeitsachen bei
Wäsche-Mannberg
Inhaber:
Lutz Mannberg
Kerlstraße 47/48
im Hofe, 5675

Arbeiter
kann gute Wäsche und
Arbeitsachen bei
Wäsche-Mannberg
Inhaber:
Lutz Mannberg
Kerlstraße 47/48
im Hofe, 5675

Arbeiter
kann gute Wäsche und
Arbeitsachen bei
Wäsche-Mannberg
Inhaber:
Lutz Mannberg
Kerlstraße 47/48
im Hofe, 5675

Pfingsten im neuen Anzug

möchte wohl jeder spazieren gehen.
Für wenig Geld finden Sie bei mir
stets das Richtige!

So billig verkaufe ich:

Herren-Anzüge in mod. Formen und Farb., 65.00, 48.00, 36.00	27 ⁵⁰	Windjacken imprägnierte Stoffe, 21.75, 16.50, 12.75	9 ⁵⁰
Herr. Sport-Anzüge mit kurzer oder langer Hose 68.50, 55.00, 48.00	36 ⁰⁰	Regen-Mantel mod. Form., wasserdicht, Stoffe, 35.00, 28.00, 22.00	16 ⁷⁵
Herren-Mantel moder., haltbare Qual., 65.00, 48.00, 36.00	25 ⁵⁰	Lüstre- u. Leinen- Sakkos 12.50, 9.75, 6.50	4 ⁹⁵

Kinder-Bekleidung in bekannt reichhaltiger Auswahl!
Vorzeiger dieses Inserats erhält 5% Rabatt!

N. Steinitz jr.

Spezialhaus für Herren- u. Knaben-Bekleidung
Breslau, Albrechtstraße 57
2. Haus vom Ringe

Sonntag, den 13. Mai, von 1/2-6 Uhr geöffnet!

Damen-Mantel-Fabrik

M. Berger Nachfolger

Ohlauer Straße 80

Eigenfabrikation großen Umfangs
Neuheiten
Kasha- Rips-Mantel Kostüme
fische Formen - neuartige Farben

Der schöne Mantel
imprägniert, aus sehr gutem
Herrenstoff, auch für starke Damen

28

Mk.

Berücksichtigt unsere Interenten!

Otto Liebler

Zwingerplatz 5 und 31 Filialen
Größtes Lebensmittelhaus im Osten Deutschlands

Für die Salatzeit

Altena-Dillwendi St. 100 gr. 250 gr. 1/2 kg. 1 kg.	0.65 1.20 2.00 3.60	Rheinwein-Essig Etragon-Essig "Zobus" Süßwein-Essig Lager-Süßwein-Essig Salatöl v. Apfel 1/2 1/4 Original-Flasche	1/4 Str.-Fl. 0.55 1/2 Str.-Fl. 1.20 1 Str.-Fl. 2.25 1/4 Str.-Fl. 0.35 1/2 Str.-Fl. 0.70 1.50 2.50 1/4 1/2 1/4 Original-Flasche 0.75 1.10 1.75
Feinestes Salatöl St. 250 gr. 1/2 kg. 1 kg.	0.70 1.15 2.10	Puddingpulver in Paketen	

Dreimühlen-Pudding	0.20	Penner-Fabrikate:	
Kerl-Pudding	0.25	Norddeutsche rote Grütze	0.20
Mandelchen-Pudding	0.25	Altebackener Pudding	0.25
Walden-Pudding	0.30	Schokoladen-Pudding	0.30
Frucht-Dessert-Bonbons		Erdbeere-Pudding mit kand. Frucht	0.50
Apfel-Pudding	1/4 Bfd. 0.20	aus dem Hause	
Schokoladen-Pudding	1/4 Bfd. 0.25	Vanille-Pudding	1/4 Bfd. 0.25
Walden-Pudding	1/4 Bfd. 0.35	Sahne-Karamellen	1/4 Bfd. 0.40
Zitronen- und Orangen-Drops		Koffee 0.10, 3 Rollen 0.25	
Landleberwurst 1/2 kg	0.80	Münchener Bierkäse voll- fest 1/2 kg	
Berlinerwurst Mannberg	1/2 kg 2.00	Häufiger Limburger	
Salami, Weißwurst	1/2 kg 1.40	Käsebutter	
Wurstwägel	1/2 kg 1.20	Quadratkäse	
Hammer, Rohwurst	1/2 kg 0.85	aus past. Rahm	
Schmalz	1/2 kg 0.45	1/2 Bfd. Stück	
		1/2 Bfd. Stück	

Molkereibutter

aus past. Rahm
1/2 Bfd. Stück
1/2 Bfd. Stück

Für den Muttertag
am Sonntag, den 13. Mai, bieten wir
praktische und preiswerte Geschenke
in besonders geeigneter Aufmachung an.